Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951
1950

39 (27.9.1950)

Visual Library

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 39 — 5. Jahrgang (Wirtschaftsamt: 2101/2102) Karlsruhe, 27. September 1950 • Preis 50 D-Pfennige

Die aktuelle Reportage dieser Ausgabe auf Seite 8 ist der Stadt Offenburg und ihrer Bedeutung als Tor zum Westen gewidmet. Die in diesen Tagen beginnende Ortenauer Herbstmesse in Offenburg war der aktuelle Anlaß zu diesem Bericht. Das Bild von links nach rechts das Landratsamt, das Hotel Post und das nach alter Tradition immer mit Blumen geschmückte Rathaus

Kredite werden gekürzt

Kampf gegen Hortung und Preissteigerungen durch Kreditverknappung

Pfund und Dollar im Kreuzfeuer - Umstellung auf Rüstung bringt erhöhten Wettbewerb

In der vergangenen Woche hat die günstige militärische Entwicklung in Korea auf verschiedenen internationalen Warenmärkten einen Rückschlag in den Preisen gebracht. Kautschuk und Wolle sind allerdings weiter gestiegen. Wolle scheint aber einen gewissen Höhepunkt erreicht zu haben. Man kann diese Entwicklung unterschätzen, und es ist gut, wenn man sie unterschätzt. Jedenfalls ist ganz klar, daß, selbst bei siegreicher Beendigung des Korea-Konflikts, die Rüstung der westlichen Welt nicht nachlassen wird. Es muß allerdings nicht unbedingt sein, daß der Verbrauchs- und Ausfuhrrückgang stark fühlbar wird. Die Produktion ist laufend gestiegen, und dieses Mehr an Produktion gegenüber der Zeit vor einem halben Jahr könnte gut ausreichen, um den zusätzlichen Rüstungsbedarf zu decken. Das würde dann heißen, daß für den Verbrauch und für den Export etwa die gleichen Mengen zur Verfügung ständen wie vor einem halben Jahr. Wir denken uns das etwa so in England und in Frankreich.

Pfund und Dollar schwach

Man darf dabei aber nicht die Gefahren von der Währungsseite her unterschätzen. Die überseeischen Rohstoffgebiete sammeln durch erhöhte Exporte zu stark gestiegenen Preisen erhebliche Guthaben, insbesondere in Dollar, da ja die USA in erster Linie diese Rohstoffe anfragen. Diese Entwicklung wird vorläufig weiter anhalten. Es ist darum bereits in London die Befürchtung geäußert worden, der Dollar könne dadurch eine Schwächung in der internationalen Bewertung bekommen. Tatsächlich ist in letzter Zeit der Dollar, insbesondere in England, etwas billiger geworden. Auf der anderen Seite sei erwähnt, daß das britische Pfund an den freien Devisenmärkten stetdriger notiert wird, und zwar ausgerechnet in dem Augenblick, in dem die Dollareinnahmen der Sterlinggebiete zu steigen begannen. Es zeigt sich also hier das gleiche wie bei den USA. Die Lieferländer sammeln umfangreiche Pfundguthaben durch den vermehrten und verteuerten Export ins Mutterland, wodurch ein stärkeres Pfundangebot an den freien Devisenmärkten in Erscheinung trat. Es war dem Mutterland bisher nicht möglich, durch erhöhte Exporte das steigende Defizit zu decken — und dies wird ihm auch nicht möglich sein. Immerhin sei interessant, daß die überseeischen Länder die zusätzlichen Pfundguthaben an den freien Devisenmärkten angeboten haben. Dafür gibt es nur einen Grund: diese Pfunde sind in Gold angelegt worden, zumal da eine Erhöhung des Goldpreises wieder einmal ins Gerücht gekommen ist, zumindest aber da man den Besitz von Gold für sicherer hält. Noch stärker ist der Dollar in Gold konvertiert worden, womit sich die Abschwächung zusätzlich erklärt. Dieser Entwicklung ist nur durch eine Aufwertung des Pfundes zu begegnen. Die entsprechenden Gerüchte sind allerdings von der englischen Regierung dementiert worden, aber die „Financial Times" hat auffallenderweise ganz kurz nach diesem Dementi noch einmal sehr positiv zu einer Aufwertung des Pfundes Stellung genommen. Jedenfalls hat England seine Dollarreserven schneller wieder auffüllen können, als sie zu vor der Abwertung des Pfundes verloren hatte.

Erhöhter Wettbewerb

Wir müssen auf diese große internationale Entwicklung heute einmal näher eingehen, weil sich für die innerwirtschaftlichen Vorgänge in den USA, in England und wie wir noch sehen werden auch in Deutschland wichtige Konsequenzen daraus ergeben. Ehe wir auf die Geldseite, also die Bekämpfung der Preissteigerungen eingehen, wollen wir kurz eine Behauptung aufstellen und zu beweisen versuchen: Die Preissteigerungen werden ihre Grenze in dem durch die Rüstung entstehenden erhöhten Wettbewerb finden. (Wir nehmen dafür ein Beispiel, das wir einer Korrespondenz entnehmen.) Nehmen wir also einmal an, die Traktorenbetriebe der Renault-Werke in Frankreich würden auf Panzerproduktion umgestellt. Dann müßte Frankreich aus England (was dort vielleicht wegen der Umstellung ebenfalls nicht möglich ist) oder aus Deutschland Traktoren kaufen. Nun sind nach Ansicht französischer Fachleute die englischen und deutschen Traktoren besser und billiger als die französischen. Die übrigen Traktorenwerke in Frankreich würden also die Konkurrenz zu spüren bekommen. Mit Einfuhrsperren wird man in diesem Falle nicht arbeiten können, weil eine laufende Verbesserung der französischen Landwirtschaft und damit der Traktorenbezug unbedingt notwendig ist und weil durch die Rationalisierung in der Landwirtschaft die Möglichkeit zu zusätzlichen Agrarexporten gegeben ist, mit diesen Erlös die Importe bezahlt werden können. Außerdem wird mit einer erhöhten landwirtschaftlichen Produktion die immer stärkere Inflationsdrohung gebremst. So eigenartig es klingt: eine solche beispielhaft angegebene Umstellung auf Rüstung könnte sowohl für die Devisenposition wie für die Binnenwirtschaft (wegen Vermeidung von Preissteigerungen) günstige Wirkungen zeigen.

Kreditrestriktion

Wir haben nun in Deutschland auch in einem Punkt eine klare Entscheidung getroffen, die sich praktisch als eine erste Kampfansage gegen die Preissteigerungen deuten läßt: der Zentralbankrat hat eine starke Erhöhung der Mindestreserven der Kreditinstitute mit Wirkung vom 1. Oktober 1950 an beschlossen. Die

In dieser Nummer

Westdeutschland exportiert wieder landwirtschaftliche Produkte

Großes Auslandsgeschäft in Frankfurt

Kriegsgefangene in der UdSSR (Teil II)

Berlinhilfe?

Sowjetunion sucht Rüstungsrohstoffe

Jugoslawien hofft auf Handel mit dem Westen

Metallbausse mit Vorbehalten

Tauernkraftwerk Glockner-Kaprun

Koordinierung von Agrar- und Wirtschaftspolitik

Welche neuen Sicherheitslasten entstehen und wie werden sie aufgebracht?

Eine Reihe sehr schwerwiegender Fragen treten jetzt an die Bundesregierung heran, in erster Linie eine Reihe außenpolitischer Probleme, die sich aus der Newyorker Außenminister-Konferenz ergeben. Wir wollen uns aber hier nur mit den Auswirkungen der politischen Entscheidungen auf die Wirtschaft befassen und dann einige wirtschaftspolitische Fragen erörtern, die mehr oder weniger unabhängig von den politischen Entscheidungen von der Bundesregierung beantwortet werden müssen.

Auf der Grenze zwischen Politik und Wirtschaft liegen zwei Probleme: der deutsche Stahl und die Höhe der finanziellen Last, die Westdeutschland für seine Sicherheit ausgeben muß. Es scheint nun sehr sicher zu sein, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie in ihrer Produktion nicht mehr beschränkt wird, also ihre Kapazität ausnutzen darf. Das ist nun leichter gesagt als getan. Um die jetzt noch vorhandene Stahlkapazität wirklich ausnutzen zu können, sind erhebliche Investitionen notwendig, die große Kapitalien verschlingen. Schon diese Gelder aufzubringen, dürfte sehr schwer sein. Weiterhin muß wohl damit gerechnet werden, daß Deutschland als Gegenleistung für die Erlaubnis, seine Stahlkapazität voll ausnutzen zu können, zu einem Stahlexport in gewisser Höhe verpflichtet wird. Das hat nun auch wieder nach drei Richtungen hin seine besonderen Schwierigkeiten: 1. ist der deutsche Stahlexport auf der literalen Grundlage in der letzten Zeit sehr gut angelaufen und die Auftragsbestände aus dem Ausland haben sich so stark erhöht, daß mit längeren Lieferfristen gerechnet werden muß; diesen Export können und dürfen wir nicht beeinträchtigen um Mittel für unsere Rohstoff- und Lebensmittelbezüge zu erhalten. 2. ist im Zuge unserer aufsteigenden Konjunktur und der Intensivierung der Bauwirtschaft auch der Inlandsbedarf an Eisen und Stahl erheblich gewachsen und scheint weiter zu steigen; auch diesen Bedarf wird man wohl kaum drosseln dürfen. 3. würde sich bei einer Verpflichtung zum Stahlexport das Problem der Preise ergeben. Frankreich hat bekanntlich zwei Preise, und der Preisunterschied zwischen Inlands- und Exportpreis beträgt etwa 20 Dollar pro Tonne (Frankreich erzielt dadurch bei einem Gesamtexport von 3 Mill. Tonnen rund 60 Mill. Dollar Mehrerlös. Welche Preise würde man Deutschland für einen Pflichtexport kostendieren? Auch die Sorten werden einige Probleme bringen, insbesondere bei Halbzeug, Fein- und Mittelblechen.

Das zweite halb wirtschaftliche und halb politische Problem sind die zusätzlichen Kosten, die uns für unsere Sicherheit entstehen. Man spricht davon, daß die Bundesrepublik etwa 10 % des Netto-Sozialprodukts als Sicherheitsaufwand ausgeben müsse oder solle. Das würde bedeuten, daß wir etwa 8 Mrd. DM für diesen Zweck aufzubringen hätten. Wird man davon die Besatzungskosten in Höhe von rund 4½ Mrd. DM abziehen oder nicht? Nach der jüngsten Erklärung des französischen Hochkommissars könnte man annehmen, daß die Besatzungskosten abgezogen werden; denn François-Poncet erklärte, daß jetzt, nach der praktischen Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland die Besatzungstruppen Truppen für die Sicherheit Deutschlands geworden seien. Es würden also dann nur weitere 3½ Mrd. DM als zusätzliche Belastung entstehen. Das ist aber immerhin mehr als 25 % des jetzigen Bundeshaushalts. Wie sollen diese Mittel aufgebracht werden? Man erwägt im Schoße der Bundesregierung eine Gewinnabschöpfung oder eine Konjunkturdämmer ähnlich, wie sie jetzt von Präsident Truman angeordnet wurde (sie soll etwa 4,7 Mrd. Dollar erbringen). Da der Bund dieses Geld aufbringen muß, wird es aus verfassungsrechtlichen und auch aus Gründen der Schnelligkeit zweckmäßig sein, die Erhebung an eine Steuer anzuhängen, deren Ertrag sowieso dem Bund zukommt. Es ist daher erwogen worden, diese Gewinnabschöpfung mit der Umsatzsteuer zu koppeln. Es ergibt sich dann die weitere Frage, was mit diesen 3½ Mrd. DM, wenn sie wirklich aufgebracht werden, geschehen werden soll. Kasernen und Tanks dürfen wir ja nicht bauen weder für uns noch für die Sicherheitssoldaten, die sich auf unserem Gebiet befinden. Auf alle Fälle ist dafür zu sorgen, daß dieses Geld in der deutschen Wirtschaft angelegt wird, aber im Endeffekt wird es wohl doch darauf hinauskommen, daß wir einen größeren zusätzlichen Export zu leisten haben, der vom Bund bezahlt und vom Steuerzahler aufgebracht wird.

Es ist nicht nur in diesem Zusammenhang, sondern auch noch aus zwei anderen Gründen in Kreisen der Bundesregierung erörtert worden, die augenblicklich bestehende Marktwirtschaft zu modifizieren. Insbesondere hält sich hartnäckig das Gerücht, daß Bundeskanzler Adenauer die Freiheit der Marktwirtschaft einzuschränken gedenkt. Die anderen beiden Gründe, aus denen sich für die Bundesregierung diese Notwendigkeit ergeben könnte, ist der Import einerseits und die Preisbildung in Deutschland andererseits. Durch die Liberalisierung sind wir zu einem Zeitpunkt mit der Wirtschaft und den Preisen der Welt gekoppelt worden, die nach der preislichen Seite keineswegs geeignet war — und zwar im positiven wie im negativen Sinne; denn einerseits haben manche Importe die Preise in Deutschland (insbesondere auf landwirtschaftlichem Gebiet) unter die deutschen Selbstkosten gedrückt, andererseits ist durch die Kriegs- und Hortungspsychose das Preisniveau für wichtige Rohstoffe sehr stark gestiegen. Es ist möglich, daß man auch die Liberalisierung des Außenhandels modifizieren wird. Erste Ansätze sind bereits da. Der Obstimport ist bis zum 31. Oktober gesperrt worden, um die Absatzlage der deutschen Erzeugnisse zu verbessern. Eine gewisse Verwässerung der Liberalisierung ist auch darin zu sehen, daß die Bundesregierung eine Vorratshaltung beabsichtigt und eine langfristige Bedarfsdeckung anstrebt (Einfuhrsicherungsprogramm). Es wird schließlich sogar schon davon gesprochen, die Einfuhr sogenannter nichtlebensnotwendiger Güter zu erschweren. Es kehren also die aus Kriegs- und Rüstungszeiten wohlbekannten „non-essentials" wieder — womit allerdings die Liberalisierung endgültig begraben würde.

Wir haben damit schon teilweise das schwierigste Problem gestreift, vor dem die Bundesregierung heute auf innerwirtschaftlichem Gebiet steht: Eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik mit der Agrarpolitik. So, wie bisher, kann es unmöglich weitergehen. Man kann die freie Marktwirtschaft nur so lange aufrechterhalten, wie es gelingt, ausreichende Mengen auf den Markt zu bringen. Man kann durch Importe regulierend einwirken, aber auch die deutschen Bauern und deutschen Fabrikanten müssen Preise haben, die ihre Produktion rentabel machen. Man kann gewiß Futtermittel einführen und durch Subventionierung aus allgemeinen Mitteln die Preise für Futtermittel so gering halten, daß es für den Bauern rentabler ist, den Roggen zu Ernährungszwecken zu verkaufen als ihn zu verfüttern. (Dahin gehen Bestrebungen des Bundesernährungsministeriums). Man kann aber auf der anderen Seite nicht wieder mit der Subventionierung der Landwirtschaft aus allgemeinen Mitteln beginnen. Das verbietet sich allein schon aus dem Mangel an Mitteln. Wir sahen ja oben, welche neuen zusätzlichen Belastungen unserer harren.

Es geht uns auch hier gar nicht darum, Vorschläge zu machen und Anregungen zu geben, sondern es geht darum, daß die Bundesregierung eine einheitliche und klare Wirtschaftspolitik betreibt, die Herrn Erhard und Herrn Niklas auf einen Nenner bringt. Es geht einfach darum, daß die Landwirtschaft ebenso wie die übrige Wirtschaft weiß, in welcher Richtung die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung geführt wird. Auf gewisse Beeinträchtigungen und „Modifikationen" sowohl im Außenhandel wie in der Rohstoffwirtschaft sind wir ja nun gefaßt. Das soziale Gefüge wird sich etwas ändern, aber es ist durchaus möglich, diese Änderung gering zu halten und vor allem den sozialen Frieden zu erhalten, worunter wir sowohl das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie das Verhältnis zwischen Stadt und Land verstehen. H.

Einzelhandel im Konkurrenzkampf

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit kehren in der öffentlichen Diskussion Vorwürfe gegen den Einzelhandel wieder, die ganz pauschal behaupten, die Einzelhandelsspannen seien zu groß und der Einzelhandel sei schuld an den hohen Preisen. Wir haben in den letzten Wochen, als im Zuge der Lohnerhöhungswünsche und Streikdrohungen auch diese Behauptungen wiederkehrten, immer wieder betont, daß der Einzelhandel an den Preiserhöhungen gar nicht schuld sein könne, weil ja vollständig freier Wettbewerb herrscht. Jeder kann heute ein Einzelhandelsgeschäft eröffnen, und es ist jedem Einzelhändler unbenommen, in den frei kalkulierten Waren Preise zu nehmen, wie er will. Außerdem ist ja jedem bekannt, daß der Einzelhandel (noch mehr allerdings der Großhandel) übersetzt ist. Also ist der Wettbewerb noch wesentlich größer als bei einem gesunden Verhältnis von Einwohnerzahl und Einzelhandelsgeschäften. Wenn etwa ein Einzelhändler, der auf Grund seines bisherigen Umsatzes nicht zu einem erträglichen Einkommen kommt, auf die Idee käme, seine Waren höher im Preis zu kalkulieren, um sich dadurch ein höheres Einkommen zu verschaffen, würde sich sein Umsatz bestimmt nicht erweitern, denn schon an der nächsten Ecke ist ein ähnliches Geschäft, das die Preise nicht so hoch kalkuliert wie er.

Man möge sich bedenken, daß jede Preiserhöhung für den Einzelhandel eine Erschwerung des Verkaufs bedeutet. Nicht nur, weil sich am Einzelhandel die Mißstimmung und der Unmut der Bevölkerung ausläßt, sondern weil bei jeder Preissteigerung der eine oder andere Kunde nicht mehr kauft, weil er sich den höheren Preis nicht leisten kann. Es ist also gar nicht gesagt, daß ein Einzelhändler vermöge mehr umsetzt in einem teurer gewordenen Produkt. Es wird gänzlich bei diesen Vorwürfen immer von einer Voraussetzung ausgegangen, die gar nicht vorhanden ist, nämlich daß die Nachfrage stabil bleibt. Selbst bei gleichbleibenden Preisen ist die Nachfrage nicht stabil. Bei Preisänderungen ändert sich die Nachfrage meist stärker, als der Preisveränderung entspricht. Es hat sich z. B. herausgestellt, daß der mengenmäßige Umsatz in den Artikeln, die wesentlich billiger geworden sind, keineswegs entsprechend angestiegen ist. Genau so gibt es Artikel, in denen die Umsatzmenge nach einer Preissenkung so stark zunahm, daß trotz dieser Preisermäßigung eine wertmäßige Umsatzsteigerung herauskam (z. B. Zigarren).

Das nächste, was zu untersuchen wäre, ist die Handelsspanne selbst. Wenn die Preise im Einzelhandelsgeschäft steigen, dann braucht die Handelsspanne darum nicht größer geworden zu sein. Gerade bei den letzten Preissteigerungen konnte in vielen Fällen festgestellt werden, daß die Handelsspanne nicht nur gleich, sondern sogar niedriger war. In diesen Fällen hatte der Einzelhändler es nicht nur schwerer zu verkaufen, weil die Preise gestiegen waren, er hatte auch prozentual weniger Gewinn von diesem Umsatz. Hier zeigte sich deutlich die Wirkung des freien Wettbewerbs.

Im Übrigen muß hier etwas hervorgehoben werden, was mancher Leser vielleicht nicht weiß und nicht vermutet. Es gibt immer noch eine ganze Reihe von Waren, für die die Einzelhandelsspannen vorgeschrieben sind und durch die Preisbehörden überwacht werden. Außerdem gibt es insbesondere im Lebensmitteleinzelhandel immer noch die sogenannten sozial kalkulierten Waren, die zu einem festgesetzten Preis verkauft werden müssen und die besonders niedrige Handelsspannen haben (z. B. Zucker: Einkaufspreis 104,75 DM pro 100 kg, Verkauf 1,16 DM pro kg, also Handelsspanne 10 Prozent). Der Anteil dieser Waren am Umsatz ist nicht gering. Weiter ist, wie gesagt, z. B. bei Gemüse und Obst die Handelsspanne festgelegt, ebenso wie (in Württemberg-Baden) die Handelsspanne für Textilwaren.

Es mag an dieser Stelle erwähnt werden, daß vor einiger Zeit, als die Preise für Schweinefleisch auf den Schlachthöfen zu steigen begannen, die Einzelhandelsverbände sich mit den Metzgerinnungen dahin geeinigt hatten, das Schweinefleisch zu boykottieren, um auf diese Weise die Bauern zu zwingen, mit den Schweinepreisen herunter zu gehen. Diese beiden Gruppen wollten die Gewerkschaften veranlassen, sich diesem Boykott anzuschließen. Die Gewerkschaften haben diese Anregung nicht aufgenommen. Das ist sehr bedauerlich; denn man hätte damals sehr viel schneller das erreicht, was jetzt langsam vor sich geht: Die Schweinepreise sinken.

Es ist doch jedem bekannt, daß bis zum Hochsommer dieses Jahres, nämlich bis sich die Beunruhigung durch den Korea-Krieg überall verbreitete, die Preise in Deutschland laufend stark zurückgegangen sind. Wir brauchen nur an die Textilien und die Lederwaren denken. Selbstverständlich werden auf diesen beiden Gebieten die Preise nicht weiter sinken, sondern müssen wieder etwas steigen, da Wolle, Baumwolle und Häute international sehr stark im Preise gestiegen sind und wir in diesen Rohstoffen nicht genügend eigene Erzeugung haben. Von einem Lebensmitteleinzelhändler haben wir uns eine Reihe von Preisen zusammenstellen lassen, die eine ganz hübsche Vergleichsmöglichkeit ergeben. Es handelt sich dabei um Preise, die er in seinem Geschäft als Verkaufspreise vom Kunden verlangt hat:

	1. 8. 49	1. 8. 50
Schmalz (500 g)	1.60	1.40
Konsummargarine	1.—	—.90
Qualitätsmargarine	1.32	1.32
Öl, offen	1.33	1.33
Kaffee	12.—	11.—
Ölsardinen	1.50	—.85
Fettheringe (270-g-Dose)	—.98	—.75
Milchschokolade (100 g)	1.—	—.75
Haferflocken, offen	—.40	—.45
Grieß	—.28	—.33
Reis	—.68	—.70
Kartoffeln	—.08	—.08
Weinbrand	7.00	7.20
Wein, weiß (1-Ltr.-Flasche)	2.50	1.80
Speck	2.90	2.25
Salami	3.25	2.05
Limburger Käse	1.40	—.90
Eier, Klasse B	—.30	—.20
Gewürzgurken (10-Ltr.Dose)	13.20	6.75
Marmelade	1.10	—.80
Milch in Dosen	—.40	—.30

Man sieht also deutlich, daß der Einzelhandel sich den Preiserhöhungen genau so angepaßt hat wie den Preiserhöhungen. Auch dies ist selbstverständlich nur auf den Wettbewerb zurückzuführen. Wenn es noch eines Beweises bedarft hätte, dann hat die Preisentwicklung, wie in der eben angeführten Tabelle sichtbar wird, gezeigt, wie notwendig die Gewerbefreiheit ist. Nur die Gewerbefreiheit garantiert die billigste Versorgung des Konsumenten. Daß dabei der einzelne Einzelhändler sehr tüchtig sein muß, um ein gutes Einkommen zu erzielen, ist klar. Wenn er aber in freier Konkurrenz ein gutes Einkommen erzielt, dann hat er es auch verdient. H.

Tabakeinschreibung bisher eine Enttäuschung

Mengen- und qualitätsmäßig ist die diesjährige Tabakernte in der Bundesrepublik so gut ausgefallen, daß man mit großen Erwartungen den Einschreibungen entgegensah.

Unsere Ernte wird auf 600 000 Ztr. = 30 000 t, die Einfuhr amerikanischer Tabake im Jahr 1950 auf 34 000 t geschätzt. Die Ergebnisse der ersten Einschreibung bedeutet aber für die Anbauer eine große Enttäuschung.

Am 21. 9. bei der ersten in Heidelberg durchgeführten Einschreibung wurden aus der Inneren Hardt zusammen 3170 Ztr. an losen und gebüschelten Grumpen und aus den Bezirken Bergstraße und Gondi 4300 Ztr. lose und 4240 Ztr. gebüschelte Grumpen des Landesverbandes Badischer Tabakbauvereine in Karlsruhe aufgeboten. Außerdem beteiligten sich noch die Landesverbände Niedersachsen und Hessen.

Während die aufgebotenen Mengen der Anbaugebiete der Inneren und Nebenhardt voll abgesetzt werden konnten, wurden als Folge der im Laufe der Einschreibung rapide abfallenden Gebote große Posten aus den Gebieten Bergstraße und Gondi gar nicht erst zum Aufgebot gebracht. Diese Gebiete konnten so nur 50 Prozent ihres Aufgebotes unterbringen. Überhaupt nicht zum Verkauf kamen die Aufgebote von Niedersachsen und Hessen.

Die Innere Hardt erzielte 65—85.50 DM je 50 kg für lose Grumpen mit dem Höchstgebot für Staffort und für gebüschelte Grumpen 103 bis 155.10 DM mit dem Höchstgebot für Friedrichstal. Die Nebenhardt erzielte für lose Grumpen 55—70 DM und für gebüschelte 80—137.10 DM. In beiden Fällen erhielt Linkenheim das Höchstgebot. Die Anbaugebiete Bergstraße und Gondi bekamen 55—70.25 DM für lose und 75—130.45 DM für gebüschelte Grumpen. Die Spitzengebote fielen auf Ofterdingen für lose und auf Plankstadt für gebüschelte Grumpen.

Berücksichtigt man das starke Anziehen der Preise für ausländische Rohtabake, so erhebt sich die Frage, warum übten die Großfirmen der Schneidgutindustrie in Heidelberg eine so offensichtliche Zurückhaltung?

Die nächsten Tabakeinschreibungstermine: Mittwoch, den 4. Oktober: Heidelberg, Königssaal des Schlosses; Donnerstag, den 5. Oktober: Offenburg; Freitag, den 6. Oktober: Heidelberg.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Banken müssen danach jetzt 15 % gegen bisher 18 % der bei ihnen auf Sicht (also kurzfristig) angelegten Gelder bei der Bank Deutscher Länder als Reserve halten, die Banken müssen danach rund gerechnet ihr Kreditvolumen um mindestens 5 % s, praktisch allerdings um etwas mehr, einschränken. Ehrhard hat sich damit vollständig durchgesetzt. Die Bundesregierung geht also den modernen und weicheren Weg: nicht Bewirtschaftung und Kontingentierung, nicht Preisfestsetzungen (die doch nicht eingehalten werden), sondern Kreditrestriktionen. Diese neuen Maßnahmen werden zweifellos die Anlegung von Hortungslägern erschweren und damit die Spekulation auf weitere Preissteigerungen bremsen.

Es ist nun interessant, daß der August-Bericht der Bank Deutscher Länder, der der Presse am gleichen Tage zugeschickt wurde, wie der Zentralbankrat diese Maßnahmen beschloß, bereits die Begründung für die neuen Kreditrestriktionen enthielt. Es wird dort z. B. erklärt, daß die Produktion in einigen Bereichen bereits an die Grenzen stößt, von denen an ihre Erweiterung schwieriger wird, so daß eine zu rasche weitere Ausdehnung der Nachfrage leicht zu Spannungen führen könnte (es wird dabei auf den Facharbeitermangel angespielt). Merkwürdigerweise wird von dem Kapitalmangel, der die Investitionen, auch die sehr notwendigen Investitionen stark verlangsamt, nicht erwähnt, sondern es heißt einfach wörtlich: „Die freien Kapazitäten werden knapper und die Lieferfristen demgemäß länger. Auch die Rohstoffbelieferung bereitet teilweise Sorgen. Dabei nehmen die Hausse-Einflüsse von seiten des Weltmarktes weiter zu . . . Mit den steigenden Rohstoffkosten, der verschärften Lohnbewegung und der stärkeren Nachfrage droht sich der Kreis der Preiserhöhungen naturgemäß auszuweiten."

Erhöhte Kaufneigung

Wörtlich geht es dann weiter: „Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang, daß sich das innere Verbrauchsniveau infolge einer erhöhten Kaufneigung in den letzten Monaten wesentlich stärker gehoben hat, als es der Entwicklung der Einkommen entsprochen hätte . . . Die laufende Sparkapitalbildung hat merklich nachgelassen."

Es ist richtig, daß in der letzten Zeit Angstkäufe getätigt worden sind; bis zum kleinsten Mann hatte es sich herumgesprochen, daß die Wolle und daß die Häute stark im Preis gestiegen sind. Und also folgerte der kleine Mann mit Recht, werden Textilien und Schuhe teurer werden. Was lag also näher, als die Gelder, die man sonst auf die Sparkasse gebracht hätte, in einem Mantel, einem Kleid oder einem Paar Schuhe anzulegen. Das deutsche Volk ist eben ein gebranntes Kind. Solche psychologischen Momente muß man in die Wirtschaftspolitik einkalkulieren, zumal wenn man nicht die Absicht hat, zu bewirtschaften. Da nun, wie der Bankbericht selbst zugibt, die Nachfrage stärker gestiegen ist, als der Einkommensentwicklung entspricht, dürfte dieser Prozeß nicht lange dauern, selbst wenn man berücksichtigt, daß die Kreditverkäufe und die Außenstände im Einzelhandel stark gestiegen sind. Gerade diese Feststellung läßt die Möglichkeit zu, zur Verminderung der Konsumfinanzierung zusätzlich in der gleichen Richtung zu arbeiten. Wenn man die Abzahlungsverkäufe vermindern könnte, so wäre schon viel gewonnen. Wir wollen hier nicht für eine Abschaffung oder vorläufige Abschaffung der Abzahlungskredite eintreten, aber manche übertriebene Nachfrage ließe sich vielleicht auf diesem Wege verhindern.

Die Angstkäufe haben den Nachteil, daß das normale Geschäft nun sehr viel schlechter werden wird. Wer sich jetzt mit Schuhen vollgesogen hat, wird in absehbarer Zeit keine kaufen. Sollten dann nach dieser übermäßigen Räumung der Läger die neuen Waren auch noch zu einem höheren Preis in die Schaufenster kommen, dann dürfte das Geschäft in den kommenden Monaten mehr als ruhig werden.

Löhne und ihre Wirkung

Einen gewissen Lichtblick in diese düstere Prognose werfen die zum Teil durchgesetzten, zum Teil noch durchzusetzenden Lohnerhöhungen. Sie werden eine zusätzliche Kaufkraft zusammen mit der immer weiter steigenden Produktion zeitigen, die einen gewissen Ausgleich für die Angstkäufe bringen werden. Auch aus diesem Grunde also sind die Lohnerhöhungen im allgemeinen positiv zu beurteilen.

Mit einer Ausnahme: wenn die Bergarbeiter an der Ruhr ihre Lohnforderungen im vollen Umfang durchsetzen, wird eine Preiserhöhung für Kohle nicht zu vermeiden sein. Es ist ja bekannt, daß der Lohnanteil bei der Kohle wohl am höchsten von allen Produkten ist. Außerdem sind die Kohlenzechen auch heute noch die am wenigsten rentierenden Betriebe. Eine ganze Reihe von Zechen arbeiten immer noch mit roten Zahlen. Das ist zweifellos in diesem besonderen Fall zu bedenken.

Ein alter Plan?

Was unserer Wirtschaft von der großen Politik in den letzten Tagen gebracht wurde, ist — wir sind es nun langsam gewöhnt — nur mit einem lachenden und mit einem weinenden Auge zu betrachten. Auf der negativen Seite steht der Beschluß der Außenminister-Konferenz, sechs mit Namen genannte Stahl-Konzerne aufzulösen (Stahlverein, Krupp, Mannesmann, Hoesch, Klöckner und Gutehoffnungshütte), weitere sieben, die noch nicht mit Namen genannt sind, werden folgen. Man will an ihrer Stelle Betriebsgemeinschaften gründen mit jeweils einer maximalen Kapazität von einer Million t Stahl im Jahr. Ein solcher Vorschlag kann kaum von Fachleuten gekommen sein. Es sind eben nur Politiker, die solche Vorschläge machen können. Aber diese Vorschläge passen ganz gut in den Untergang des Schuman-Planes, von dessen kräftigem Feuerwerk man nun nicht einmal mehr das Echo der Knall-Geräusche hört — und die schönen bunten Kugeln haben wir nur noch im Gedächtnis. Nur mit der Wiedereingliederung der deutschen Industrie in die europäische Arbeitsgemeinschaft und mit unserem indirekten Beitrag, wohlgemerkt ausdrücklich gewünschten Beitrag, hat dies alles nichts mehr zu tun. Man wäre versucht anzunehmen, daß der erwähnte Auflösungsplan schon vor zwei bis drei Jahren angefertigt wurde und durch irgendeinen technischen Unglücksfall in die Aktenmappe des an der Außenministerkonferenz teilnehmenden Referenten gelangte, und so zur Sprache gekommen ist.

Das lachende Auge sieht fest, daß die Absicht besteht, eine Reihe verbotener Produktionen in Deutschland wieder zuzulassen, so die synthetische Benzinproduktion, die Buna-Produktion, die Produktion von zivilen Geräten und einiger bisher verbotenen Chemikalien.

Unsere Lageberichte

Höchststand der Gießerei-Produktion — Hoher Auftragseingang bei Nahrungsmittelmaschinen — Gut beschäftigte Zigarrenindustrie — Seifennachfrage stark gestiegen — Spielzeugindustrie fast ausverkauft — Vollbeschäftigung in Leinen

Gießereien

Der Auftragseingang in den Eisen-, Stahl- und Tempergießereien des Bundesgebietes lag im Monatsdurchschnitt des zweiten Quartals 1950 weit über 200 000 t gegen 150 000 t im vorhergehenden Quartal. Dementsprechend hat die Erzeugung der Gießereien einen neuen Höchststand seit Kriegsende erreicht. Die Gußverbraucher sind bereits dazu übergegangen, sich bei ihren Dispositionen wieder auf längere Lieferfristen als bisher einzurichten. Ob die gegenwärtige gute Beschäftigungslage der Gießereien weiter aufrecht erhalten werden kann, hängt im wesentlichen von einer ausreichenden Versorgung mit Gießereischrott ab. In Gußbruch und Kupferabfällen macht sich seit einigen Wochen eine in diesem Ausmaße bisher nie gekannte Verknappung bemerkbar, die mit der Steigerung des Inlandsbedarfs und den beträchtlichen Schrottexporten in Zusammenhang gebracht wird.

Trotz der besseren Ausnutzung der Kapazitäten liegen die derzeitigen Verkaufspreise für Gußerzeugnisse infolge des verschärften Wettbewerbs zum Teil noch unter den Selbstkosten. Die Gießereien streben daher an, die als unzureichend angesehenen Preise angesichts der verstärkten Nachfrage zu erhöhen, um sie wieder in das normale Verhältnis zu den Selbstkosten zu bringen.

Nahrungs- und Genußmittelmaschinen

Die Auftragslage in fast allen Gruppen der Nahrungs- und Genußmittelmaschinen-Industrie hat sich in letzter Zeit erheblich gebessert. In einigen Maschinen ist der Auftragseingang so stark, daß mit Lieferfristen von 12 bis 18 Monaten gerechnet werden muß. Besonders gilt das für Verpackungs- und Tablettenmaschinen sowie für Maschinen der Süßwarenindustrie. Aber auch in den übrigen Gruppen, wie Bäckerei-, Fleischerei- und Mühlereimaschinen usw. wird die Beschäftigungslage als gut bezeichnet.

Eine Änderung der Preise ist bisher noch nicht eingetreten. Verschiedene kostensteigernde Faktoren von der Lohn- und Materialseite her sollen so weit wie möglich durch weitere Rationalisierung der Fertigung innerbetrieblich aufgefangen werden. Die Maschinenindustrie hält dies aber nur im begrenzten Umfange für möglich. Bei einer weiteren Verschlechterung der Kostenlage durch etwaige Lohnerhöhungen werden Preissteigerungen für Nahrungs- und Genußmittelmaschinen als unvermeidbar angesehen.

Zigarrenindustrie

Die Zigarrensteuersenkung vom Februar dieses Jahres ist über die Senkung der Verbrauchspreise zunächst dem Raucher zugute gekommen. Die Zigarrenhersteller haben ihren Vorteil in der Produktionssteigerung gefunden, die etwa 25 v. H. beträgt. Die Rückkehr größerer Raucherkreise zur Zigarre ging Hand in Hand mit einer Erhöhung der Verbraucherforderungen an die Qualität der Zigarren. Daher müssen sich die Fabrikanten um die Verbesserung ihrer Erzeugnisse sehr bemühen. Trotz anhaltend starker Beschäftigung ist der Wettbewerb um den Absatz scharf und für die mittleren und kleinen Betriebe oft schwierig.

Die Rohstoffversorgung ist durch ausreichende Tabakimporte gesichert. Die Weltmarktpreise zeigen aber stark steigende Tendenz, und die Barzahlungsklausel bereitet den Betrieben, die finanziell nicht sehr flüssig sind, Kopfzerbrechen. Arbeitslose Zigarrenarbeiter gibt es nicht mehr, doch wird die Zahl der vor der Geschäftsbelebung in andere Berufe abgewanderten und dort verbliebenen Arbeitskräfte auf 30—40 v. H. geschätzt. Der Verband der Zigarrenfabrikanten erhoffte eine nochmalige Steuersenkung gegen Ende des Jahres und dadurch eine weitere Konsolidierung der Lage. In der Wertung hat sich die Zigarrenindustrie anders als die Zigaretten- und Rauchtabak-Industrie, die Einzelfirmen-Werbungen betreibt, für eine große Gemeinschaftswerbung entschieden.

Über die Verwendung der Zigarren-Wickelmaschine ist man sich nicht einig. Vor dem Kriege wurde ihr Gebrauch aus sozialen Gründen untersagt, nach Kriegsausbruch wurde sie aber bedingt zugelassen. Die Gegner der Maschine bringen ähnliche Argumente vor, wie sie vor über 100 Jahren gegen die Einführ der Webemaschinen gebraucht wurden. Ihre Befürworter bestreiten jedoch, daß bei der Maschinenverwendung Arbeitsplätze eingespart werden, versprechen sich im Gegenteil davon die Möglichkeit, ungelernte, weibliche Arbeitskräfte neu einzustellen und halten die maschinell gefertigte Zigarre für besser als die handgefertigte. Gegenwärtig sind etwa 200 Wickel-Maschinen in Betrieb. Weitere 500 Stück würden für die Modernisierung der Zigarrenfabriken benötigt. Diese Menge würde die Serienfertigung und eine wesentliche Verbilligung der Maschine ermöglichen, so daß auch kleinere Betriebe sich damit ausstatten könnten. Wie verlautet, hat kürzlich der große Ausschuß des Bundesverbandes der Zigarrenhersteller sich gegen die Freigabe der Wickel-Maschine ausgesprochen und vorläufig eine Kompromißlösung dahingehend gesucht, die Aufhebung des noch vorhandenen Maschinenverbotes bis zur allgemeinen Tabaksteuer-Reform zurückzustellen.

Seifenindustrie weiter lieferfähig

Die durch den Koreakonflikt ausgelöste Hamsterwelle hat überall in der Welt die Seife besonders stark erfaßt. Aus den bitteren Erfahrungen Europas während der Kriegsjahre hat die Bevölkerung allenthalben die Lehre gezogen. In Deutschland hat sich der Umsatz bei einzelnen Fabriken gegenüber dem Frühjahr verzehnfacht und eine merkliche Abnahme der Nachfrage ist noch nicht festzustellen.

Auf den Weltmärkten haben die Fettpreise erheblich angezogen. Die Seifenpreise sind gefolgt, im Durchschnitt etwa um 20 v. H. Zu Versorgungsschwierigkeiten ist es bisher nicht gekommen. Die Vorräte an Industriefetten waren recht bedeutend. Allerdings hat die Qualität der jetzt hereingekommenen Fette sehr nachgelassen. Auch solche Ware, die noch vor kurzem kaum unterzubringen war, findet nunmehr ihren Käufer. Bei der intensionalen gestiegenen Seifennachfrage ist die billige Ausnahmekonsumseife fast ganz vom Markt verschwunden, so daß die Versorgung wieder überwiegend bei den deutschen Fabriken liegt.

In der Seifenindustrie ist man sich darüber klar, daß die gegenwärtige Konjunktur unbeständig ist und ein Ende finden wird, wenn die politischen Spannungen nachgelassen haben. Dann werden in den Haushaltungen zunächst einmal die Seifenvorräte verbraucht werden und Absatzstockungen sind in diesem Fall kaum zu vermeiden.

Spielzeug-Industrie

Die deutsche Spielzeugindustrie, insbesondere soweit sie Bleche verarbeitet, ist nahezu ausverkauft. Auf den Messen ist sie zum Teil gar nicht mehr erschienen oder hat sie nur repräsentative Stände aufgebaut, ohne daß noch Aufträge für das Weihnachtsgeschäft angenommen werden. Die Lieferungsschwierigkeiten sind u. a. darin begründet, daß Tiefziehbleche kaum noch zu haben sind, weiter aber auch darin, daß die ausländischen Konkurrenzunternehmen wegen ihrer Umstellung auf andere Fertigungszweige in Deutschland viel gekauft haben. Die Nachfrage des Inlandsmarktes ist ebenfalls ungewöhnlich lebhaft. Vornehmlich das Ruhrgebiet hat sich bereits jetzt mit Spielzeug für Weihnachten umfangreich eingedeckt.

Leinenindustrie

Die Beschäftigungslage bei den Leinenwebereien des Bundesgebietes und damit ebenfalls bei den Spinnereien und Zwirnerei-Betrieben hat sich in den letzten Wochen grundlegend geändert. Sämtliche Werke verfügen z. Zt. über einen Auftragsbestand, der eine Vollbeschäftigung bis Jahresende sicherstellt. Besonders stark ist die Nachfrage nach Haushaltsleinen, Bett- und Tischwäsche, die nicht wechselndem Modegeschmack unterworfen ist und insbesondere von der Landkundschaft wieder als Kapitalanlagemöglichkeit betrachtet wird. Die nach über einem Jahrzehnt seit Einstellung des freien Leinenverkaufs zum erstenmal wieder auf den Markt gebrachten Stoffe für die Herrenkonfektion haben Anklang und guten Absatz gefunden. Die Webereien beabsichtigen, nunmehr auch mit Mustern für die Damenkonfektion herauszukommen. Rohstoffschwierigkeiten sind im allgemeinen nicht aufgetreten. Der Bedarf der Spinnereien an belgischem Flachs wurde gedeckt. Die vorjährige deutsche Flachsernte ist verarbeitet worden.

Die diesjährige deutsche Flachsernte wird auf 750 000 da geschätzt. Flachsröster und -Anbauer warten immer noch auf die Entscheidung über den Antrag auf Gewährung eines Anbauzuschusses von 6 DM je da. Sie verweisen darauf, daß auch in England, Frankreich, Dänemark und Schweden der Flachsanbau durch Subventionen in ähnlicher bezw. noch größerer Höhe erhalten wird. Die Einstellung des deutschen Flachsanbaus würde die Notwendigkeit ergeben, 90 000 da fertige Flachsfasern sowie 75 000 da Leinsamen zur Ölgewinnung, die bei eigenem Anbau anfallen, im Werte von 5,4 Mill. Dollar einzuführen. Die dadurch freiwerdende Ackerfläche würde bei Weizenanbau etwa 500 000 da Weizen im Einfuhrwert von 3,8 Mill. Dollar erbringen, mithin ein Devisendefizit von rd. 2 Mill. Dollar bedeuten.

Dollarexporte des Kunsthandwerks

Die deutschen kunsthandwerklichen Erzeugnisse sind in den USA mit großem Interesse aufgenommen worden. Sie haben ebenso gute Absatzmöglichkeiten wie in der Vorkriegszeit. Diese Feststellungen macht der Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks Uhlmeyer, Hannover, auf Grund seiner Messe-Erfahrungen in Chikago. Zwar seien durch wegen ungünstiger Werbung zu wenig Einkäufer gewesen, dennoch aber sei dieser erste Versuch eines deutschen kunsthandwerklichen Messebetriebes in Chikago ein Erfolg, was die erzielten Aufträge und die angebahnten Beziehungen angehe. Uhlmeyer verweist nachdrücklich auf die Ausfuhrförderung und Betreuung, die dem italienischen Kunsthandwerk durch den Staat und den Marshallplan zuteil werde und fordert, daß auch zugunsten der deutschen kunsthandwerklichen Ausfuhr entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

30. September letzter Termin für Altschutzrechte

Das deutsche Patentamt in München weist darauf hin, daß mit einer nochmaligen Verlängerung der bereits bis zum 30. September dieses Jahres verlängerten Frist zur Stellung von Anträgen auf Aufrechterhaltung von Altschutzrechten und Anmeldung von Altschutzrechten nicht gerechnet werden kann. Nach dem 30. September können somit Patente, Gebrauchsmuster und Warenzeichen, die vom früheren Reichspatentamt vor dem 8. Mai 1945 erteilt worden sind, nicht mehr geltend gemacht werden, falls nicht bis zu diesem Tage ein Aufrechterhaltungsantrag beim Deutschen Patentamt München gestellt worden ist. Die gleiche Regelung gilt für Patent- und Warenzeichenanmeldungen, die beim früheren Reichspatentamt eingereicht und noch nicht rechtskräftig erledigt worden sind.

Quecksilberexporte vorlizenzpflichtig

Die Ausfuhr von Quecksilber ist, wie wir von der zentralen Genehmigungsstelle erfahren, vorlizenzpflichtig, obwohl Quecksilber in der Liste für genehmigungspflichtige Waren, welche als Anlage dem Ausfuhrrundschreiben Nr. 1/50 beigefügt war, noch nicht enthalten ist. Es ist in Kürze noch mit einer weiteren Berichtigung dieser Liste zu rechnen.

D-Mark in Stockholm notiert

Sveriges Riksbank hat am 19. September erstmalig die D-Mark amtlich notiert und zwar mit 123,08 sKr für 100 DM Kaufkurs und 123,30 sKr Verkaufskurs.

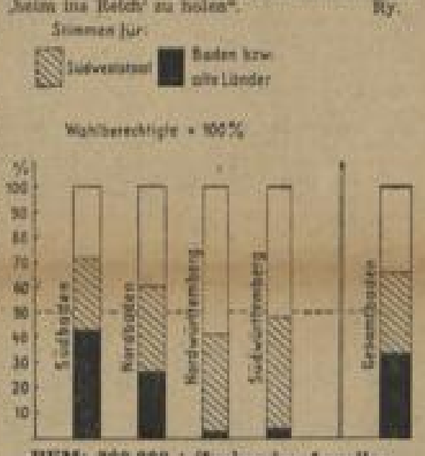
Wir greifen auf:

Die Badener wollen nicht

Das Ergebnis der Volksbefragung zur Südweststaat-Bildung trägt in keiner Weise zu einer Klärung bei. Wenn wir im Leitartikel unserer Sondernummer zur Wahl von einem Wunsch Stuttgarts nach einer „Eingemeindung" Badens sprachen, so gibt das Wahlergebnis unserer Auffassung durchaus recht. Aus dem angefügten Schaubild ist ersichtlich, daß, wenn auch die ganze Südweststaataktion von Württemberg aus gestartet und betrieben wurde, die große Menge der württembergischen Bevölkerung an der Frage uninteressiert ist. Die Wahlbeteiligung liegt dort unter 50 %. Dementsprechend machen die Stimmen der am Südweststaat Interessierten über neun Zehntel der abgegebenen Stimmen aus.

Anders liegt die Sache bei den von den „Eingemeindungswünschen" Betroffenen. Hier zeigt schon die Wahlbeteiligung von über 60 bezw. 70 %, daß man sich mit der Frage gezwungenermaßen ernsthaft auseinandersetzen mußte, um nicht überfahren zu werden. Gesamtbaden hat sich, wenn auch knapp, gegen den Südweststaat ausgesprochen. Die Badener wollen nicht.

Knappe Mehrheiten scheinen sich in Deutschland einzubürgern, wollen und müssen aber als demokratische Entscheidungen respektiert werden. Daher werden, wie ein Frankfurter Abendblatt treffend bemerkt, „die so fortschrittlichen Württemberger es sich nicht einfallen lassen, die so widerspenstigen Badener „heim ins Reich" zu holen". Hy.



BEM: 200 000 t Zucker im Anrollen

Seit der Zuckerverknappung geben die verantwortlichen Stellen in kurzen Intervallen jeweils bekannt, daß „demnächst" größere Zuckermengen zur Verfügung stehen würden. Der Normalverbraucher wartet geduldig und ist sogar gewillt, das Bundeswirtschaftsministerium als eine tüchtige Behörde anzuerkennen, der es also gelingt, die Zuckerkrise so bald wieder zu beheben. Nun ist es bereits Ende September und der Normalverbraucher wartet immer noch auf den „anrollenden" Zucker. Da meldet sich wieder das BEM und erklärt, daß „noch im Laufe des September 200 000 t Zucker, das Doppelte des Monatsbedarfs der Bundesrepublik, freigegeben werden". Im Laufe des Monats Oktober müsse also der Bedarf auf jeden Fall in vollem Umfange gedeckt werden können. Das BEM ist also überzeugt, daß die Zuckerverknappung im Oktober behoben sein wird. Es gibt aber etwas skeptische Verbraucher, die da meinen, daß die nächste Erklärung der gleichen Behörde auf die im Oktober angelaufene Kampagne der Zuckerfabriken hinweisen und weitere Geduld fordern werde, im November werde es dann „bestimmt soweit sein". Also noch etwas Geduld, einmal wird der angekündigte Termin stimmen, und das soll sogar vor Weihnachten der Fall sein.

Feigenblätter für Europa

Als der sehr lockere Zeus sich in einen Stier verwandelte, um die unaufgeklärte und darum wohl nackte Europa auf seinem Rücken in eine einsame Gegend zu entführen, da hatte er, noch bevor er in die fremde Haut schlüpfte, nicht ganz astreine Gedanken. Das ahnte aber das nackte Mädchen nicht.

Auf unseren 5-DM-Banknoten hat man — wohl weil man keinen besseren Einfall hatte — Europa auf dem Stier dargestellt. Also immerhin eine sehr nette Szene aus der griechischen Mythologie. Nun gibt es Leute, die solche Bilder mit Vergrößerungsgläsern betrachten. Je mehr sie aber vergrößern, desto mehr wird ihre Moral gefährdet. Und was tun dann diese Mucker? Sie nehmen Anstoß und greifen zur Selbsthilfe. Und so malten sie der Europa auf unseren 5-DM-Banknoten ein Feigenblatt. Diese eigenmächtigen Malereien zur Verdeckung sündiger Stellen des „nackigen Weibes" hat zu einer Anfrage eines Abgeordneten an seine Landesregierung geführt. Eine Landeszentralbank soll, dem Vernehmen nach, eine Anordnung an die Post gegeben haben, daß die Europa mit Feigenblatt nur zu einem schlechteren Kurs angenommen werden solle, d. h. nur mit 4 DM zu bewerten sei. Der Abgeordnete, der die Interessenvertretung der moralgefährdeten Bürger übernommen hat, fragte also an, ob die Landesregierung eine solche Maßnahme billige, die die Bürger bestrafe, die an der unbekleideten Europa Anstoß genommen haben und die Gefährdung der Sittlichkeit durch „Übermalung an entsprechender Stelle" auszuschalten versuchten.

Wir halten die Anordnung der Landeszentralbank für durchaus angebracht, denn die Mukker werden bestimmt darauf verzichten, Europas Blöße eigenmächtig zu verdecken, wenn sie jeweils für das Kleidchen einen Unkostenbeitrag von einer DM leisten müssen.

Vor dem Vorhang

Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen kam — nachdem es bereits über ein Jahr besteht — endlich auf eine Idee, die es auch verwirklicht, nämlich: Gemeinschaftssendungen der Sender des westdeutschen Bundesgebietes für die Sowjetzone. Da meldete sich der Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, Herr Walter von Cube, mit einem Interview, in dem es u. a. heißt: „Wir sollten nicht immer so tun, als ob und sollten uns nicht einbilden, es gäbe noch ein Deutschland. Solange wir den Vorhang nicht schließen, haben uns die Russen in der Hand. Sie blockieren Berlin, wenn der wirtschaftliche Aufstieg in der Bundesrepublik ihnen zu schnell geht. Wir schicken wieder eine Milliarde DM durchin, die uns hier im Westen für den Wohnungsbau, für die Flüchtlinge und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit dringend fehlen. Das können wir uns nicht leisten. Wir werden noch an unserer eigenen Humanität zugrunde gehen. Wir können erst wieder daran denken, auf die Sowjetzone einzuwirken, wenn wir selbst sicher auf eigenen Füßen stehen. Davon sind wir weit entfernt, nicht zuletzt deshalb, weil wir nicht den Mut haben, die Trennung von der Sowjetzone, die praktisch schon vollzogen ist, anzuerkennen und die Konsequenzen daraus zu ziehen."

Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen war selbstverständlich mit Recht über diese Anmaßung des Herrn von Cube empört und erklärte, daß man seine Äußerungen als einen Dolchstoß empfinde gegen den immer wieder betonten Willen der Bundesrepublik, Berlin und den 19 Millionen Deutschen in der Ostzone zu helfen und sie in der Sicherheit zu bestärken, daß alles getan werde, die Einheit des demokratischen Deutschlands herzustellen. Die antikommunistischen Organisationen Berlins nahmen ebenfalls gegen die Dichtmachungs-Vorschläge Herrn von Cubes Stellung. Sie fordern alle Deutschen auf, die Erwartungen der Bewohner der Sowjetzone nicht zu enttäuschen. „Der Vorhang vor den 20 Millionen Deutschen in der Sowjetzone darf und wird nicht fallen", erklärten sie.

Herr von Cube, der Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, ist kein bayerischer Stammesgenosse, das müssen wir schon der Bayern wegen feststellen, aber er meint eben, ein Realpolitiker zu sein.

Kaviar — ohne Hintergedanken

Am Ende seiner turnusmäßigen Präsidentschaft in der UN hat der sowjetische Vertreter Jakob Malik die Diplomaten zu einem entsprechenden Bankett in das berühmte Waldorf-Astoria geladen, wie es unter den Vertretern in der UN üblich geworden ist. Man ißt und trinkt dann vorzüglich, und zuweilen kommt es auch zu Gesprächen, die fruchtbarer sind als in den Sitzungen dieser Friedensgesellschaft mit beschränkter Haftung. Man müßte dieser diplomatischen Gepflogenheit also kein besonderes Augenmerk schenken. Dieses hat man es sich jedoch in den amerikanischen Blättern nicht verkneifen können, das Menü sehr ausführlich auszuführen mit der Wirkung auf das Volk etwa. „Seht, seht, wie der Vertreter der UdSSR, des Vaterlandes der Werktätigen, kapitalistische Feste feiert, während in seinem Lande noch Millionen Menschen hungern." Und so zählte man sehr gewissenhaft auf: Lachs und Kaviar, gefüllte Rebhühner mit Reis, Ananas, Filet Mignon, Sorbet, Früchte und in rauhen Mengen Wodka. Man brauchte, so erwähnte man, drei Stunden, um sich das Gebotene zu Gemüte zu führen.

Anderntags meinten die Gäste, Malik habe in Erinnerung an das von ihm gebotene Menü, die Heranziehung eines Nordkureners in die UN durchzudrücken versucht. Es ist aber kaum anzunehmen, daß der Sowjet-Vertreter sich eine derartig plumpe Rechnung zurechtgelegt hat, noch — und das ist ebenfalls anzunehmen — wären die Vertreter der einzelnen Nationen der UN auf diese hereingefallen. Es sind also nicht einmal boshafte, sondern reichlich dumme Betrachtungen.

Im übrigen wird es sicher keinem amerikanischen Diplomaten einfallen, z. B. auf einem Bankett in Moskau die Beine auf den Tisch zu legen, umgekehrt wird es den russischen Diplomaten nicht einfallen, im Waldorf-Astoria etwa „Kascha" und Wodka servieren zu lassen. Das eine wie das andere würde einen Mangel an „kultura" aufzeigen. Und man ist doch beiderseits so eifrig bemüht, sich auf diesem Gebiet zu übertrumpfen.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERLAG GmbH., Karlsruhe, Veilchenstraße 28, Telefon 8384. Herausgeber und verantwortlich: O. von Rasp, Karlsruhe. Zuständiges Verlagspostamt Ettlingen/Baden. Bezugspreis vierteljährlich 4.— DM zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veilchenstr. 28, zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 3 gültig. Berliner Verlags-Vertreter: Erich Poser, Berlin-Charlottenburg 4, Leibnitz-Straße 69, Tel. 37 00 19. Satz und Druck: Badendruck GmbH., Karlsruhe.

Bei der in der ganzen vorigen Woche zu beobachtenden Aufwärtsbewegung der Kurse und bei der sich auch gegen Börsenschluß bereits am Montag wieder zeigenden freundlichen Tendenz ist zu erwarten, daß diese Börsenschwäche nicht lange anhalten wird. Im Grunde genommen hat auch die Börse die Kreditrestriktions-Maßnahmen begrüßt.

Man wird nun abwarten müssen, ob diese Maßnahmen die gewünschte Wirkung haben. Es ist sicher, daß die Bundesregierung weitere einschränkende Maßnahmen folgen lassen wird, wenn die gewünschte Wirkung nicht erzielt wird. Es wird sich aber auch zeigen, ob kreditpolitische Maßnahmen genügen, um Preissteigerungen Einhalt zu gebieten und Hortungslager aufzulösen. Es ist heute noch nicht zu übersehen, ob Rohstoffverknappungen nur durch Hortungen oder tatsächlich durch unzureichende Belieferung oder Importe entstanden sind. Die Zuckerknappheit dürfte jedenfalls nicht allein auf Hortungen zurückzuführen sein. Und wir betonen immer wieder, daß eine freie Marktwirtschaft nur funktionieren kann, wenn soviel Rohstoffe und Nahrungsmittel vorhanden sind, daß nicht durch Preissteigerungen der Ausgleich für das zu knapp gewordene Angebot gesucht werden muß. Wir werden also sehen, ob Herr Ehrhard seine freie Marktwirtschaft mit Erfolg weiter betreiben kann. H.

Gedrückte Börsenkurse

Daß die negative Seite überwiegt, geht deutlich aus der Entwicklung der Börsenkurse am Montag hervor. Ausdrücklich mit der Begründung, daß die Auflösung der erwähnten Stahl-Konzerne auf die deutschen Börsen entäuschend gewirkt habe, sind die Kurse am Montag nicht unerheblich gesunken. Wir möchten aber doch um der Gerechtigkeit willen sagen, daß die Kreditrestriktionen, auch wenn dies als Grund ausdrücklich nicht angegeben war, die Schwäche in der Börsenhaltung mit bewirkt hat. In erster Linie waren natürlich die Montanwerte von dieser Abwärtsbewegung betroffen, aber auch fast alle anderen Papiere gaben am Montag nach. Eben dies scheint uns ein Beweis dafür zu sein, daß nicht nur der Auflösungsbeschluß der Grund für die Börsenschwäche war. Die Montanwerte verloren fast alle 4 bis 5 Punkte: Mannesmann 61 (— 4), Hoesch 66¼ (— 5½), Harpener 75, GHH 87½, Klöckner 65½, Stahlverein 54, Siemens lag mit 44¾ um anderthalb schwächer. Auch der Kurs von Süd-Zucker mit 154 war ausgesprochen schwach. Lindes Eis lag um drei Punkte schwächer.

Westdeutschland exportiert wieder landwirtschaftliche Produkte

Es sind noch keine zwei Jahre her, da wäre allein der Gedanke, daß Deutschland wieder einmal in die Lage kommen würde, ernährungswirtschaftliche Güter zu exportieren, als ganz abwegig bezeichnet worden. An fast allen landwirtschaftlichen Produkten bestand ein derartiger Mangel, daß auch noch viele Monate nach der Währungsreform der schwarze Markt sein Leben weiter fristen konnte. Durch die Stabilisierung der Mark und das wiederkehrende Vertrauen im In- und Ausland in die Währung, mit der Wiedereinschaltung vieler Arbeitsloser und Arbeitsscheuer in den Arbeitsprozeß und der damit einhergehenden Ausweitung der Produktion für den Export fing der ausgehungerte deutsche Markt an, sich wieder zu füllen. Die umfangreichen Einfuhren von Grundnahrungsmitteln machten den Anfang, es folgte die ganze Skala der sogenannten nicht lebensnotwendigen Güter, bis allmählich eine gewisse Sättigung der ausgedürrten deutschen Märkte erreicht war. Gerade die Einfuhr von hochwertigen Grundstoffen und auch von ausländischen Fertigprodukten veranlaßte die deutschen Produzenten, in einen scharfen Konkurrenzkampf untereinander zu treten. Dadurch wurden einerseits die Preise ermäßigt, zum anderen aber die Qualitäten so sehr verbessert, daß nach und nach der Anschluß an die Weltmärkte gefunden werden konnte.

Eine interessante Entwicklung hat die Exportwirtschaft auf dem Ernährungsgebiet genommen. Anfangs beschränkte sich die deutsche Ausfuhr notabene auf Produktionsmittel, wie etwa auf Hopfen, Zuchtvieh, auf Feld- und Gemüsesamen, Zuckerrübensaat, Pflanzkartoffeln u. a. m. Aber bald gesellten sich diesen Artikeln Waren zu, wie Kognak, Pumpernickel, Spirituosen, Gänseleberpasteten, Exportbiere. Produkte, die vor dem Kriege einen guten Namen auf dem Weltmarkt hatten. Man hatte einen Anknüpfungspunkt, aber ganz einfach war es meistens nicht.

Mit Beginn der Liberalisierung des Handels zwischen den Marshallplanstaaten gab es für den Export von ernährungswirtschaftlichen Gütern neue Möglichkeiten. Auf den Freilisten der Teilnehmerstaaten erschien eine Vielzahl von Produkten, in denen die Bundesrepublik leferfähig geworden war. Einen guten Aufschwung nahmen vor allem die Konserven-, Nährmittel-, Essenzen- und Südfrüchteindustrien, Pektin, Mineralwasser, Hefe, Suppen und Puddings folgten. Auch frisches Obst und Beeren fanden ihre Liebhaber. Mit der wachsenden Ausweitung der deutschen Märkte wurde die Frage der deutschen Ausfuhr immer mehr zu einer Preisfrage. Produkte wie Mais, Fische, Käse, Milchpulver, Fleisch, Obst, Kleie, ja auch Butter und Getreide, die gleichzeitig nach Westdeutschland eingeführt wurden, fanden mit einem Male auch Absatzmöglichkeiten im Ausland. Hier gab es allerdings bestimmte Grenzen. Die Hohe Kommission stimmte nämlich keinem Export von Waren zu, die zugleich innerhalb der Marshallplanhilfe eingeführt wurden. Das betrifft vor allem Getreide, alle Feltrohstoffe, sodann Futtermittel und Zucker. Diese Einschränkungen sind in der letzten Zeit aufgehoben worden, so daß heute praktisch alle Nahrungsmittel exportiert werden können. Ein Embargo gibt es dagegen für industrielle Waren nach den ost- und südosteuropäischen Staaten.

Die deutsche Exportwirtschaft auf dem Ernährungsgebiet hat mit mannigfaltigen Schwierigkeiten, die insonderheit durch die ausländischen Handelspartner aufkommen, zu kämpfen. Vor allem die Zölle spielen eine große Rolle. In einigen Staaten machen die Schutzzölle, mit denen sie sich umgeben haben, die Ausfuhr nahezu unmöglich. Dazu kommen Einfuhrverbote für verschiedene Artikel. Hierunter hat vor allem die deutsche Bier- und Weinausfuhr zu leiden. England hat z. B. die Steuer für die Einfuhr von Flaschenwein gegenüber der Vorkriegszeit vervierfacht. Der Export von Faßwein kommt infolge der schlechten Kellerverhältnisse in England und wegen der geringen Erfahrungen, die die Engländer in der Behandlung von Weinen haben, kaum in Frage.

Dazu kommen die hohen deutschen Weinpreise und im Laufe des Krieges gewandelte Geschmacksrichtung zu vorwiegend französischen Weinen. Auch der Export von Bier stößt auf große Schwierigkeiten. So hat die Südafrikanische Union gegenüber der Vorkriegszeit die Biersteuer verschiedfacht. Fast nach allen Ländern sind inzwischen deutsche Bierbrauer ausgewandert, die im Besitze des Braugeheimnisses und der nötigen Grundstoffe durchaus in der Lage sind, deutsches Bier im Ausland zu brauen.

Ein anderer Punkt, der die Sachlage nicht gerade vereinfacht, ist, daß einige Staaten es mit der Liberalisierung nicht ganz so ernst nehmen wie die Bundesrepublik. Die Devisen werden nach einer gewissen Dringlichkeitsskala verteilt, insbesondere für hochwertige Industriegüter, Ersatzteile, Grundstoffe usw., so daß für Produkte, z. B. für Fische, Eier, Käse, Obst und Wein u. a. m. fast keine Beträge übrigbleiben, obwohl es sich dabei nachweislich um traditionelle Exporte handelt. Mit dem Anlaufen des Fremdenverkehrsprogramms dürfte sich allerdings die Lage bessern, da sich Österreich bereit erklärt hat, für die zur Verfügung stehenden 2 Mill. Dollar, Einfuhrlizenzen auch für nicht lebensnotwendige Waren zu erteilen. Ähnlich liegen die Verhältnisse für das französische Währungsgebiet, vor allem für das Saargebiet. In der letzten Zeit hat sich die Lage schon wesentlich gebessert, so daß Fisch- und Käseexporte zustande kamen.

Vom 1. 7. 1949 bis 30. 6. 1950 sind für landwirtschaftliche Produkte Ausfuhrlizenzen für im Betrag von 62 Mill. Dollar erteilt worden, wobei nicht feststeht, ob die gesamte Summe auch tatsächlich realisiert wurde. Die stärkste Nachfrage seitens des Auslandes bestand für Zuchtvieh mit 11,5 Mill. Dollar. Es folgte Fleisch, in erster Linie Weidehammel, Schlachtpferde und Schlachtrinder, die im Gegenseitigkeitsgeschäft getauscht wurden, sodann mit 9,7 Mill. Dollar Hopfen, 8,8 Mill. Dollar Bier, 4,5 Mill. Dollar Feldsaaten, 3,3 Mill. Dollar Zuckerrübensaat, 1,9 Mill. Dollar Fische, 1,7 Mill. Dollar Käse, 3,2 Mill. Dollar Branntwein, 48 000 Dollar Mineralwasser. Die Hauptbezieherländer waren der Reihenfolge nach: Frankreich, Schweiz, Belgien, Österreich, die Vereinigten Staaten, Holland, Luxemburg, England. Auch nach Übersee sind landwirtschaftliche Produkte exportiert worden.

Sehr großes Auslandsgeschäft in Frankfurt

Die diesjährige Frankfurter Herbstmesse, die in den 8 Tagen vom 17. bis 22. September insgesamt 234 000 Besucher zählte, stand vor allem im Zeichen einer Zunahme des Auslandsanteils am Geschäft. Ein Fünftel des bisher bekanntgewordenen Gesamtumsatzes stammt aus Exportaufträgen. Mit 49 Mill. DM ist das Exportergebnis der Herbstmesse 1949 um mehr als das Fünffache übertroffen. Nicht nur die ausländischen Aussteller aus 22 Ländern, sondern vor allem auch die Besucher äußerten sich sehr anerkennend über die Messe und das deutsche Angebot. Die ausländischen Besucher kamen aus 47 Ländern, teilweise in Gruppen von bis zu 3000, so daß schließlich mehr als 15% der Gesamtbesucherzahl aus Ausländern bestand.

In einzelnen Branchen erreichten die Aufträge ausländischer Besteller fast die Hälfte des Inlandsumsatzes, so beispielsweise bei Spielwaren, Raucherartikeln und Glaserzeugnissen. Gerade die Spielwaren bildeten ein charakteristisches Beispiel für das, was die ausländischen Käufer bevorzugen: Wirkliche Neuheiten und qualitativ hochwertige Waren, die preisgünstig im Weltmarkt liegen. Gelegentlich interessierte man sich auch für Lizenzfertigung einzelner Produkte. Um einige Beispiele zu nennen: Für einen neuartigen zusammenlegbaren Liegestuhl, der bisher nur in Mustern vorhanden war, wurden von Australien 10 000 Stück bestellt und weitere große Aufträge erteilt. Für ein billiges leichtes Fernglas aus Kunststoff gingen ein Auftrag auf 1 Million Stück aus Übersee, auf 40 000 Stück aus Schweden und im Wert von 180 000 DM aus Holland ein. Ein neuartiges Spielzeugauto ging in Serien bis zu 50 000 Stück nach Holland, Italien und der Schweiz. Auch die Zahl der Musteraufträge war außerordentlich hoch. Deutsche Bürsten und Pinsel sind im Begriff, ihre frühere Stellung am Weltmarkt wieder einzunehmen; hier imponierten vor allem die Qualitäten. Als besonderes Ereignis kann auch das rege Auslandsinteresse für deutsche Textilien gelten. Eine ganze Reihe von Verträgen wurde abgeschlossen, z. B. über Herrenhemden, Plastikstoffe für Konfektion, Lodenmäntel, Kunstseidendrucke, auch preisgünstige Baumwollgewebe, Näh- und Stopfgarne aus Perlonseide und reines Perlon für die Strumpffabrikation u. a. m.

Die 961 ausländischen Aussteller, von denen 731 in den 7 Länderpavillons untergebracht waren, meldeten bisher eine Gesamtsumme von fast 30 Mill. DM an Abschlüssen. Sie betonten allgemein, daß die deutschen Einkäufer vor allem auf die Qualität und erst in zweiter Linie auf den Preis der Waren ihr Augenmerk richteten. Die zur Verfügung stehenden Messekontingente (zusammen 3,22 Mill. Dollar) wurden sehr weitgehend in Anspruch genommen und reichten vielfach nicht aus. Der für englische Aussteller freigegebene Betrag in Höhe von 250 000 Dollar wurde während der Messe um weitere 3000 Dollar erhöht.

Italien verkaufte Weine, Textilien (Angora-Erzeugnisse, Seiden-Gewebe, Damen- und Herren-Hüte und Stumpen, Spitzen), Lebensmittel, kunstgewerbliche Erzeugnisse und Musikinstrumente im Wert von zusammen 7 Millionen DM.

Im belgischen Pavillon standen die in der Freigabeliste vorgesehenen Erzeugnisse im Vordergrund des deutschen Interesses. Wollstoffe, Gardinen und Matratzendrell u. ä. Textilien, landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Pelze und Rauchwaren wurden gut verkauft. Trotz anfänglicher Unklarheit über die Auflösung des 600 000-Dollar-Kontingentes wurden schließlich Verträge über 5,6 Mill. DM abgeschlossen.

Englische Textilaussteller nahmen deutsche Aufträge für Damen- und Herren-Stoffe über fast 8 Mill. DM herein. Auch im neuerbauten ständigen niederländischen Pavillon konzentrierte sich die Kauflust auf Textilien (Wollstoffe, Schals, Wolldecken, Strick- und Wirkwaren), Süßwaren und Käse, Diamanten. Abschlüsse über mehr als 5 Mill. DM wurden erzielt. Verwundert waren die Holländer über das geringe Interesse an niederländischen Boltersorten.

Abschlüsse im Wert von 2,5 Mill. DM wurden für französische Parfümerien, Weine und Textilien getätigt. Österreichische Textilien erfreuten sich großer Beliebtheit, so vor allem Jerseykleider, Mäntel, Pullover, Wiener Blusen und Strickwaren und erzielten gute geschäftliche Erfolge.

Im jugoslawischen Pavillon wandten sich die deutschen Besucher hauptsächlich Weinen und Nahrungsmitteln, Rohhanf, aber auch bosnischen und serbischen Volkskunst-Erzeugnissen zu und erteilten Aufträge von 1,7 Millionen DM.

Die zum erstenmal vertretene Türkei erhielt für 0,45 Mill. DM Aufträge und zwar in erster Linie für Teppiche, Weine, Spirituosen und Trockenfrüchte. Das Messekontingent für Teppiche von 50 000 Dollar reichte nicht aus.

Auch dänische Aussteller erzielten mit Molkereierzeugnissen über Erwarten gute Erfolge.

Erstaunlich war auch das lebhafte Verkaufsgespräch zwischen ausländischen Ausstellern und ausländischen Messebesuchern.

Deutsches Porzellan auf fremden Tischen

Auf einem Pressempfang in Selb-Bayern am 19. September bezeichnete das Vorstandsmitglied der bekannten Porzellanfabrik Rosenthal AG., Philipp Rosenthal, die Export- und Absatzaussichten für hochwertiges Porzellan als sehr gut. Zur Zeit werde 55% der Produktion ausgeführt. Die Firma Rosenthal ist am gesamtdeutschen Porzellanexport mit 37% beteiligt, davon gehen allein nach den Vereinigten Staaten 55%. Der Umsatz hat die Vorkriegshöhe wieder erreicht und würde ihn in diesem Jahr voraussichtlich übersteigen. Erforderlich sei eine intensivere Werbung im Ausland. Dabei sei im Anfang eine Hilfestellung seitens der staatlichen Stellen kaum zu entbehren. Hauptabsatzland werde nach Ansicht des Sprechers auch für die nächste Zukunft die Vereinigten Staaten bleiben. Von Bedeutung für den Absatz deutschen Porzellans im Ausland sind Brasilien, Italien, die Schweiz, die skandinavischen Länder, die Niederlande und Belgien.

Von seinen Eindrücken auf der Chikagoer Messe berichtete Rosenthal, daß das Ergebnis der Messe nicht ganz den Erwartungen entsprochen habe. Die Meldungen über Riesengeschäfte seien übertrieben. Die amerikanischen Käufer seien vielmehr nicht genügend auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht worden. Dieser Fehler erkläre sich daraus, daß die Chikagoer Messe die erste ihrer Art für Amerika war. So sei sie für die deutschen Aussteller eine willkommene Gelegenheit gewesen, den Kontakt wieder aufzunehmen. An prominenten Bestellungen, die in Chikago gebucht wurden, befindet sich u. a. ein Staatsservice für den Vatikan, mehrere Service für andere Staatsoberhäupter, u. a. in der Türkei, in Persien, in den Niederlanden und für General Eisenhower. Es habe sich herausgestellt, daß eine intensive Marktforschung für den Absatz in den Vereinigten Staaten unerläßlich sei. Besonders guten Absatz auf der Chikagoer Messe hätten die bekannten Rosenthalformen mit amerikanischen Dekors in entsprechenden Modefarben gefunden. Gerade zu als Schlager habe sich die unsymmetrische Vase und ein Mokkaservice in ovaler Form erwiesen.

Es sei nicht beabsichtigt, so sagte Rosenthal jr., amerikanisches Porzellan nachzuahmen, sondern die Firma werde im Prinzip an den bewährten Formen festhalten. Zur Zeit gehen in den Vereinigten Staaten besonders gut Tierfiguren, weniger dagegen Luxusgeschirre. Der größte Konkurrent auf dem Weltmarkt sei Großbritannien, doch haben auch die Porzellanfabriken in den Vereinigten Staaten und in Japan große Fortschritte gemacht. Im Gegensatz zur Maschinenproduktion in den Vereinigten Staaten werde bei Rosenthal ausschließlich Handarbeit geliefert. Zur Entwicklung der Preise für Porzellanwaren bemerkte der Sprecher, daß die Verteuerung über den Friedenspreis hinaus rund 100% betrage. Der Exportpreis für die Vereinigten Staaten liege eher noch höher. Da die Rosenthal AG. z. Zt. vollständig ausgelastet sei, bestehen große Schwierigkeiten, die Nachfrage auf dem deutschen Markt zu decken. In Westdeutschland seien besonders gute Qualitäten gefragt. Auf die Erzeugnisse der Sowjetzonenindustrie (Meißen) kurz eingehend, sagte Rosenthal, daß zwar Sowjetzonenerzeugnisse auf dem Weltmarkt angeboten, aber wenig gefragt seien.

Kriegsgefangene in der UdSSR als Spezialisten?

II*)

Beruhigend ist die Meldung der zuletzt Zurückgekehrten, daß die Verurteilten durch erhöhte Arbeitsleistung wieder (wie schon zuvor) in bescheidenem Umfange Geld verdienen und damit durch Zukauf von Lebensmitteln die Ernährung etwas besser gestalten konnten. Zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß die Preise für die meisten Nahrungsmittel Anfang 1950 erneut wesentlich gesenkt wurden, z. B. für Butter von 45 bis 60 Rubel auf etwa 40 Rubel, Margarine von etwa 36 auf 21 Rubel, Schwarzbrot von 3 auf 2 Rubel. Bei einem Durchschnittsverdienst der Masse der gelernten Arbeiter von etwa 350 bis 500 Rubel führt die neue Preissenkung diese breitesten Massen noch immer nicht annähernd an den Durchschnittsstandard der gleichen Kategorie in den verfluchten kapitalistischen Ländern heran. Dies um so weniger, als auch die Preise für Textilien aller Art noch immer außerordentlich hoch sind. Dennoch bedeuten diese zweimaligen Preissenkungen seit der Währungsreform im Dezember 1947 gerade für die Masse der schlechtbezahlten Arbeiter, die bis dahin genau so gehungert hatten, wie wir „Woine-Blenni", eine spürbare Verbesserung ihrer Lebenshaltung, mit der sie überhaupt erst so etwas wie einen untersten Lebensstandard erreichten.

Der einheitliche Einsatz im Kupferbergbau läßt klar erkennen, daß irgendein Sondereinsatz von Spezialisten und technischen Facharbeitern seit der Verurteilung nicht mehr erfolgt. Vielmehr läßt die Zusammensetzung der noch immer zurückgehaltenen Kriegsgefangenen ganz andere Vermutungen und Rückschlüsse auf die Hintergründe ihrer Verurteilung zu. Wir führen wahllos einige Beispiele an:

Dr. jur. Werner Hasenöth, Bayreuth: ehemaliger Oberleutnant, kurze Zeit Ic einer Inf.-Division in Stalingrad. War stets nur als Hilfsarbeiter, zeitweilig als Dolmetscher verwendet und wegen Arbeitsverweigerung brennangelhaftem Arbeitseinsatz wiederholt zu Karzer und Strafkompanie verurteilt.

Studienrat Joachim Haffmann, Konstanz (Bodensee): Oberleutnant der Luftwaffe, zuletzt Ic einer höheren Luftwaffenstabes. Verwendung stets nur als Hilfsarbeiter.

Baufach-Kaufmann Rolf Mohr, Freiburg (Breisgau), früher lange im Ausland (Balkan) als Exportkaufmann tätig. Gab sich bis August 1949 erfolgreich als Bauführer und Dolmetscher aus, wurde dann als früherer Polizeileutnant d. R. entlarvt und seit dieser Zeit laufend durch harte Verhöre geschleppt. Erstellte 1948/49 als sogenannter Brigadeführer mit einer Arbeitsgruppe von rund 80 angeblichen Offizieren einen 180 Meter langen Fabrikneubau und fand dabei für seine hervorragenden organisatorischen Leistungen auch die Anerkennung der Russen. Ab Januar 1950 als gewöhnlicher Grubenarbeiter tätig.

Hermut Schultz, Partenkirchen: bis 1938 Kaffeepflanzer am Kilimandjaro. Während des Krieges Sonderführer und Fachberater für Kautschukanbauversuche in der Ukraine und Polen und in dieser Eignschaft formal dem SD dieser Gebiete zugeteilt. Verwendung stets nur als Hilfsarbeiter.

Gerhard Weber, Eisendreher, Sudetenland: ehemaliger SS-Untersturmführer. Jahrelang als hervorragender Spezialist verwendet, der z. B. 1948/49 in Karpinsk an der Drehbank sehr oft über 1000% (tausend Prozent) der russischen Arbeitsnorm erfüllte. Ab Oktober 1949 nur noch als Grubenarbeiter tätig.

Die Aufzählung könnte jederzeit beliebig erweitert werden. Die meisten dieser Zurückgehaltenen sind, wie erwähnt, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Wie alles im Sowjetparadies war offenbar auch dieses Strafmaß von vornherein „genormt" worden. Aus dem oft groteck und lächerlich anmutenden russischen Ehrgeiz heraus, wenigstens formal mittel- und westeuropäische Gepflogenheiten und Maßstäbe nachzuweisen, versuchte man selbst bei diesem Massen-Justizmord noch immer die Form zu wahren. So wurden anscheinend bei der Verurteilung von Polizei- und Wacheinheiten zuerst die §§ 1 und 17 einer Verordnung des Obersten Sowjets aus dem Jahre 1943 zugrunde gelegt, während in den übrigen Fällen oft der sog. Spionageparagraph, der § 58/VI des sowjetischen Strafgesetzes angewendet wurde. Als im Laufe der Verhandlung ein inzwischen ebenfalls noch heimgekehrter ehemaliger Polizeihauptmann die Bitte äußerte, ihm den Wortlaut dieser Paragraphen mitzuteilen, erklärte ihm der sowjetische Staatsanwalt durchaus höflich, er würde dies gern tun, doch sei ihm der genaue Wortlaut nicht gegenwärtig und er verfüge leider nicht über die betreffende Verordnung und das Strafgesetzbuch (!). Offenbar hielt man es bei diesen Scheinverhandlungen und Massenaburteilungen gar nicht mehr für nötig, die genauen gesetzlichen Unterlagen für eine Urteilsfindung noch verfügbar zu haben. Das vorgeschriebene Schema schien vollauf zu genügen.

Fast alle bekannten Einzelfälle verurteilter und zurückgehaltener Kameraden lassen nun folgende Vermutung besonders naheliegend erscheinen: Die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen erfolgt nicht aus wirtschaftlichen, auch nicht in erster Linie — wie man gerade beim Russen vermuten sollte — aus politischen, sondern weitgehend aus militärischen Gründen. Der Großteil der Zurückgehaltenen setzt sich zusammen aus Ic-Offizieren und Ic-Mitarbeitern, Abwehroffizieren, Polizei- und SS-Offizieren, Dolmetschern, Transportspezialisten und ähnlichen Kategorien. Es handelt sich also überwiegend um Offiziere und Bremse im Offiziersrang, weniger um Mannschaften. Die Ic-Offiziere und Abwehroffiziere sind mit der russischen Taktik und Kampfführung, z. B. auch mit den Abhörmöglichkeiten des Sprechfunks und Fernsprechverkehrs der Roten Armee, mit den Methoden der propagandistischen Einwirkung auf die russische Truppe und das russische Hinterland, eingehend vertraut. Die Transportspezialisten, Dolmetscher, Sonderführer sind meist gute Kenner russischer Organisationseinrichtungen. Wer vor dem Kriege längere Zeit, wenn auch in rein ziviler Berufstätigkeit, im Auslande arbeitete, ist im Zweifelsfalle für den Sowjetrussen immer getarnt im Spionagedienst tätig gewesen. Der Russe verfügt in solchen Fällen über ein oft unbeschreiblich primitives Mißtrauen.

So drängt sich im ganzen der Verdacht auf, daß man in erster Linie Kategorien früherer deutscher Wehrmachtsangehöriger zurückhält, von denen man befürchtet, daß sie sich im Falle ihrer Heimkehr sofort in irgendeiner sowjetfeindlichen Weise den Westmächten zur Verfügung stellen. Alle anderen Gründe, die im einzelnen durchaus vorliegen mögen, scheinen seitens der Sowjetführung als nur zweitrangig betrachtet zu werden. Berichte von Heimkehrern aus anderen Gebieten der Sowjetunion bestätigen diese Auffassung.

Die in ihrem Aufsatz angeregte Aufklärung der noch immer in Rußland zurückgehaltenen Kriegsgefangenen nach ihrer Berufszugehörigkeit, zugleich aber auch ihrer besonderen Wehrmachtfunktion könnte jedenfalls sehr aufschlußreich sein. Sie würde wahrscheinlich die hiermit für ein russisches Teilgebiet dargestellten Erfahrungen und die daraus gefolgerten Rückschlüsse weitgehend bestätigen. In jedem Falle steht eines fest: Mögen in Ausnahmefällen auch einige wirkliche Kriegsverbrecher darunter sein, in 99% aller Fälle sind die Verurteilten auch bei Anlegung strengster Maßstäbe völlig schuldlos. Das weiß auch der Russe ganz genau. Man muß daher noch immer hoffen, daß er, sowohl durch die Meinung der Welt wie durch eigene Einsicht veranlaßt, die zurückgehaltenen Deutschen noch in diesem Jahre in die Heimat entläßt. Sie dürfen in der Heimat nicht in Vergessenheit geraten. Bis zur Rückkehr des Letzten muß das Weltgewissen in dieser Frage wachgehalten werden.

*) Fortsetzung des Artikels aus Nr. 38 v. 20. 9. 50.

Rheinbau

Rheinische Hoch- und Tiefbau A.-G.,
Mannheim

Telefon Nr. 44041/42

Am Ausbau des Schluchseewerkes beteiligt durch folgende Bauten:

Kraftwerk Eichholz
•
Mettma-Talsperre
•
Drosselklappenhaus mit Rosenrohreinbau und Rohrkanal (Kraftwerk Waldshut)

Das freie Berlin zeigt die Leistung der freien Welt

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

In Baden-Baden tagte in Gegenwart von Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm der Verband der öffentlichen Verkehrsbetriebe, das Selbstverwaltungsorgan der Straßenbahnen, der Obusbetriebe und der kommunalen und gemischtwirtschaftlichen Omnibusbetriebe. Mit seinen 156 Betrieben beschäftigt der Verband 75 000 Arbeiter und Angestellte. Die ausgewiesene Zahl von 3,4 Milliarden beförderten Personen im Jahre 1949 zeigt, daß diese Betriebe zusammen dreimal so viel Personen befördert haben wie die Bundesbahn im gleichen Jahr. Diese Tatsache allein beweist eindeutig die große Bedeutung dieser Gruppe der Verkehrswirtschaft. 1,35 Milliarden DM sind erforderlich zur Behebung der Kriegsschäden, die die Anpassung der Betriebe an die gewaltsamen Verkehrsbedürfnisse noch so stark beeinträchtigen. So ist es verständlich, daß die Tagung in einer an die Bundesregierung geleiteten Resolution eine weitgehende Befreiung der öffentlichen Verkehrsbetriebe vom Lastenausgleich, den Verzicht auf die Beförderungssteuer bei den Straßenbahnen, eine Erleichterung bei der Körperschaftsteuer, die Anpassung der Beförderungssteuer an das Lohn- und Preisniveau und die Gewährung von langfristigen Krediten zu tragbaren Bedingungen forderte. Oberbürgermeister Dr. Schlapper, Baden-Baden, richtete an den Bundesverkehrsminister die Bitte, sich besonders für den Neubau des Bahnhofes Baden-Oos und die Fortführung der Autobahn von Ettlingen nach Baden-Baden einzusetzen. Diese Bitte unterstrich Staatspräsident Wohleb mit dem Hinweis, daß für Baden als bedeutendem Fremdenverkehrsgebiet die Lösung dieser Fragen und die Schaffung eines vorbildlich angelegten und gepflegten Straßennetzes unerläßlich seien. In seiner Erwiderung sprach der Bundesverkehrsminister dem Land Baden sein Lob aus für die hervorragende Arbeit, die beim Wiederaufbau und der Pflege der jetzt an den Bund übergegangenen Eisenbahn- und Straßenstrecken geleistet wurde. Er betonte besonders, daß diese Leistungen allein schon eine bevorzugte Unterstützung des Landes Baden bei der Lösung der brennendsten Verkehrsprobleme durch die Bundesregierung rechtfertigen.

Das Bad. Ministerium der Wirtschaft und Arbeit hat in Verbindung mit anderen badischen Ministerien eine mehrseitige Denkschrift über die wirtschaftlichen Wiederaufbauleistungen des Landes Baden von 1945 bis zur Gegenwart herausgegeben. Interessenten können diese Schrift zum Selbstkostenpreis von den Industrie- und Handelskammern beziehen.

„Vereinigung der südbadischen Industrieverbände und -unternehmungen e. V." heißt jetzt die frühere „Arbeitsgemeinschaft industrieller Fachvereinigungen in Südbaden". Anschrift der Geschäftsstelle: Freiburg, Mühlestr. 1.

Ihr 100jähriges Bestehen konnte die Brauerei Lasser in Lörrach feiern. Sie steht leistungsmäßig mit an der Spitze der badischen Brauereien. Sie hat neben den Lagerbieren Spezialbiere gebraut, die sich eines besonders guten Rufes erfreuen. Lasser-Aussich, Lasser-Hubertus und Lasser-Urbock sind zu Begriffen geworden.

Englische Zone

Der Regierungspräsident in Köln hat angeordnet, daß die Maßnahmen gegen Preisverstöße und Mißbrauch von Bezugsbescheinigungen bei der Abgabe von Vergasertreibstoff verschärft durchgeführt werden sollen. Im Regierungsbezirk Köln schwebt z. Zt. eine Reihe von Verfahren, für die sich auch die Staatsanwaltschaft interessiert.

Der Einzelhandelsausschuß der Industrie- und Handelskammer zu Köln wandte sich gegen die Ausdehnung der Winterschlußverkäufe auf den gesamten Einzelhandel. Im Januar 1951 sollten die Winterschlußverkäufe einmalig auf den gesamten Einzelhandel ausgedehnt werden, um dadurch sämtlichen Branchen Gelegenheit zu geben, schwer verkäufliche Waren abzustoßen und um der Verbraucherschaft billige Einkaufsmöglichkeiten zu bieten. Der Einzelhandel steht auf dem Standpunkt, daß eine derartige Ausdehnung von dem Sinn und Zweck der Sommer- und Winterschlußverkäufe vollkommen abweichen würde, die dazu dienen sollten, stark dem Modewechsel und damit einem Preisverfall unterliegende Waren schnell abzustoßen.

In jüngerer Zeit haben Versuche, den Warenabsatz auf dem Wege des Schnellbalsystems auszuweiten, stark zugenommen. Die Industrie- und Handelskammer zu Köln nimmt auf Grund zahlreicher Berichte und Klagen aus der Wirtschaft zu dieser Frage Stellung, um darauf hinzuweisen, daß der Warenvertrieb mittels des Schnellbalsystems nach den verschiedensten Urteilen maßgebender Gerichte nicht zulässig sei. In diesem Sinne hat sich auch das bei der Kammer bestehende Wettbewerbseinigungsamt wiederholt ausgesprochen.

Im Rahmen des Gesetzes Nr. 53 der alliierten Hohen Kommission hat der Bundesminister der Finanzen vor kurzem auf dem Gebiete der Devisenüberwachung und der Verfügung der Devisenzuwiderhandlungen dem Oberfinanzpräsidenten Köln die Gruppe Devisenüberwachung zugeteilt. Die Stelle ist sachlich zuständig zur Ahndung von Devisenvergehen im Bußgeldverfahren und zur Mitwirkung als Nebenkläger.

Auf der letzten Sitzung des Arbeitsausschusses Binnenwirtschaft der Industrie- und Handelskammer Braunschweig referierte Dr. Dahrenmöller u. a. über die Notwendigkeit der Vollendung der Mittelweser-Kanalisierung. Es sei auf die Dauer nicht tragbar, daß Schiffe, die vom Mittellandkanal in Minden auf die Weser in Richtung Bremen übergehen, gelichtet werden müssen bzw. vom Abgangsplatz aus nicht voll ausgelastet werden können. Weiter soll an Hand von Vergleichsmaterial über die Beförderungsmöglichkeiten anderer Verkehrsträger geprüft werden, in welchem Umfange die Wiederaufnahme eines regelmäßigen Stückgutverkehrs vom Hafen Braunschweig nach anderen Plätzen der Bundesrepublik möglich ist.

Der Wiederaufbau des Hauptbahnhofs Hannover macht sehr gute Fortschritte. Die neue Schalterhalle ist geradezu vorbildlich. Jetzt steht die neue Gaststätte kurz vor ihrer Eröffnung. Die Gaststätte wird im Wartesaal zu ebener Erde bequem für 350 und im Obergeschoß für 450 Gäste Platz bieten.

Mit einer Wiederaufnahme der Aluminiumproduktion des Ende September 1949 stillgelegten Lippe-Werkes in Lünen ist noch in diesem Herbst zu rechnen. Die zu Jahresbeginn in Westdeutschland noch vorhandenen erheblichen Aluminiumbestände sind inzwischen infolge des gestiegenen Inlandsbedarfs sowie der zunehmenden Exportlieferungen stark zusammengeschmolzen. Eine beschleunigte Auswertung der Aluminiumproduktion wird besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Lieferungen nach den USA als erforderlich angesehen, um Versorgungsschwierigkeiten im Inland zu vermeiden. Das auf Steinkohlenbasis arbeitende Lippe-Werk, neben dem bereits teilweise demontierten Erftwerk in Grevenbroich das einzige Aluminiumwerk der Britischen Zone, produzierte in den Nachkriegsjahren monatlich rd. 1000 Tonnen Hüttenaluminium. Die Vorkriegsleistung stellte sich bei einer Belegschaft von 2700 Mann auf 33 000 Tonnen jährlich.

Vor kurzem verließ der 10 000. Büssing-Wagen der Nachkriegsfertigung das Werk in Braunschweig. Der überragenden Unternehmerinitiative des Generaldirektors und Mitinhabers der Fa. Büssing-Nutzkraftwagen GmbH., Rudolf Egger-Büssing, und dem Schaffensdrang, mit dem die gesamte Belegschaft an die Beseitigung der großen Kriegsschäden ging, ist es zu verdanken, daß die Büssing-Werke in so kurzer Zeit wieder die bedeutendste Spezialfabrik Deutschlands für den Bau von Schwerlastwagen und Trambussen geworden ist. Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm, der die Grüße und Wünsche der Bundesregierung überbrachte, wies im Zusammenhang mit der Würdigung der besonderen Leistungen, die die Firma bei dem Wiederaufbau ihrer Werksanlagen vollbracht hat, auf die besondere Bedeutung dieses Werkes vor dem Eisernen Vorhang hin. Sie bestehe darin, unseren Volksgenossen hinter dem Eisernen Vorhang durch vorbildliche Zusammenarbeit innerhalb des Betriebes und durch die Leistung den Glauben an die Freiheit und Würde des Menschen und an den Wert seiner Arbeit zu erhalten.

Der holländische Philips-Konzern beabsichtigt, in Krefeld-Linn auf einem Gelände von 70 000 qm einen neuen Großbetrieb zu errichten. Mit den Bauarbeiten soll noch in diesem Jahre begonnen werden. Man hofft, eine Fabrikationshalle noch bis Ende d. J. fertigstellen. Für die Wahl Krefelds als Standort des neuen Philip-Werkes war die Verkehrslage insbesondere die Nähe der Zentrale Eindhoven ausschlaggebend.

Die Schwefelfabrik auf der Zeche „Hansa" der Gelsenkirchener Bergwerks-AG in Dortmund ist nach einjähriger Bauzeit fertiggestellt und der Betrieb bei voller Ausnutzung der Kapazität von fünf Tonnen täglich aufgenommen worden.

Amerikanische Zone

Die Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte in Industriebetrieben hat nach Mitteilung des Leiters des Bremer Gesundheitsamtes, Dr. Ullrich, erst 73% der Leistungsfähigkeit von 1937 erreicht. (1947 = ca. 40%.) Die gesundheitlichen Schäden durch die mangelhafte Ernährung der Nachkriegsjahre sind also noch nicht überwunden.

Die bayerische Regierung ist am 20. September vom Wirtschafts- und Haushaltsausschuß des Landtags ermächtigt worden, mit dem Bau des Sylvensteinspeichers sofort zu beginnen. In Vorgriff auf den außerordentlichen Haushalt ist sie dazu ermächtigt, zunächst 1 Mill. DM für den Bau bereitzustellen.

Die schon in den Vormonaten zu beobachtende Konjunkturbelebung hat sich in Württemberg-Baden nach dem letzten Bericht des Landesarbeitsamtes auch im August in fast allen Produktionszweigen fortgesetzt. Das hat vor allem im Maschinenbau, in der elektrotechnischen Industrie und in der Metallwarenindustrie zu einem fühlbaren Mangel an Facharbeitern geführt. Einzelne Betriebe, an wird gemeldet, seien bereits dazu übergegangen, sich ihre Fachkräfte durch übertarifliche Bezahlung und durch sonstige Vergünstigungen zu sichern. Der Mangel an Baufacharbeitern, so heißt es weiter, habe sich auf Grund der starken Belebung der Bautätigkeit, insbesondere auch beim Wohnungsbau, nunmehr auf ganz Württemberg-Baden, mit Ausnahme einiger Landesbezirke, ausgedehnt. Baufacharbeiter aus anderen Bundesländern konnten daher in größerer Zahl Arbeit in Württemberg-Baden finden. Aber auch den Gablonzer Glaswarenbetrieben in den Bezirken Schwäbisch-Gmünd und Aalen, die insbesondere mit Auslandsaufträgen gut versehen sind, fehlt es an versierten Glasschleifern und Glasdruckern. Ebenso fehlen in den württemberg-badischen Schmuckwarenfabriken die Spezialisten für die Effektuierung belangvoller Exportaufträge. Hier habe sich inzwischen ein Wandel vollzogen, als jetzt vorwiegend kleinere Silberwaren, sowie unechte und versilberte Gegenstände gesucht sind, während noch vor kurzem vorwiegend größere echte Stücke gefragt waren.

Die oberfränkische Wirtschaft beklagt sich darüber, daß die Besuche des Bundesverkehrsministers ohne Auswirkung geblieben sind, wie die IHK Bayreuth auf einer Pressekonferenz zum Ausdruck brachte. An der Spitze der Note dieses Industriegebietes steht der Verlust des natürlichen Absatzgebietes in Thüringen und Sachsen, sowie der Ausfall der mitteldeutschen und schlesischen Kohle, besonders der Braunkohle. Die Frachtkosten für Kohle aus dem Ruhrrevier zuzüglich der Erhöhung der Rohstoffpreise stelle eine Belastung dar, die die Betriebe allein nicht mehr auffangen könnten. Die Verlagerung des Kohlenhandels zeigt folgende Gegenüberstellung: 1944/49 kamen 82% der Kohle aus Mitteldeutschland und der Tschechoslowakei im Betrag von rund 4,8 Mill. Mark, im Kohlenwirtschaftsjahr 1948/49 kamen 68% des auf 60% zurückgegangenen Kohlenbezugs von der Ruhr und kosteten 7,09 Mill. DM. Oberfranken nehme „nachhinkend" an der Wirtschaftskonjunktur teil, so daß die Gefahren in etwas überdeckt würden. Im Bund sei jeder 20. ein Arbeitsloser, in Oberfranken jedoch schon der 28. Gegenüber einem Exportanteil der Produktion im Bundesgebiet von 12%, falle Oberfranken mit knapp 6% erheblich ab. Oberfranken bestehe daher auf der Beseitigung der durch die Zonengrenze notwendig gewordenen Berechnung der Umwegkilometer und auf einem Direktarif für Ruhrkohle. Energisch müsse der Ausbau des Straßennetzes gefördert werden sowie der beschleunigte Ausbau des Mains.

Nach einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes ist das Land Bremen das teuerste des Bundesgebietes, die in Bremen gezahlten Durchschnittspreise für die Lebenshaltung (außer dem saisonmäßig schwankenden Gemüse und Obst und ohne Berücksichtigung der Mieten) liegen um 3,4% über dem Bundesdurchschnitt. Die stärkste Verteuerung wurde bei den Preisen für Heizung und Beleuchtung (plus 17%), für Reinigung und Körperpflege (plus 8%) und für Bekleidung (plus 7%) festgestellt.

Die bayerischen Sägewerke, die bislang angesichts der hohen Holzpreise unter ziemlichen Absatzschwierigkeiten litten, verzeichnen jetzt — vor allem wohl als Ausfluß der endlich angelaufenen Bautätigkeit — eine rege Nachfrage nach Schnittmaterial aller Art.

Wie in Melbourne bekannt wird, sind die Verhandlungen über die Lieferung von deutschen Holzhäusern nach Australien erfolgreich abgeschlossen worden. Die Donauindustriewerke GmbH in Deggendorf sollen nach den australischen Meldungen zunächst 2000 Holzfertighäuser im Wert von 3,3 Mill. Pfund Sterling liefern. Ein weiterer Auftrag von 2000 Häusern soll nach zufriedenstellender Erfüllung des ersten erteilt werden. Als Montagearbeiter soll die bayerische Firma etwa 500 Mann nach Australien schicken. Die ersten Fertighäuser sollen Anfang nächsten Jahres in Australien eintreffen. Beim Lieferwerk lagen noch keine endgültigen Abschlüsse vor, wie auf Anfrage mitgeteilt wurde.

Die „Großkraftwerk Mannheim AG." bietet als ersten Abschnitt „1950/1" einer Gesamtanleihe von 20 Mill. DM eine 6½%ige Anleihe im Nennbetrag von 10 Mill. DM an. Die Teilschuldverschreibungen werden freibleibend zum Kurse von 99½% zuzüglich Börsenumsatzsteuer verkauft. Die Bezahlung kann ab 21. September 1950 unter Verrechnung von 6½% Stückzinsen erfolgen. Die Blückelung sieht Anleihen von 200 DM, 500 DM und 1000 DM im Nennwert vor. Die Zinsen von 6½% jährlich sind zur Hälfte am 1. April und 1. Oktober zahlbar. Der erste Zinsschein wird am 1. April 1951 fällig. Die Laufzeit der Anlage beträgt 20 Jahre. Die Gesellschaft versorgt das gesamte Gebiet des Städtischen Elektrizitätswerkes Mannheim, der Oberrheinischen Eisenbahn AG. und einen großen Teil des Gebietes der Pfalzwerke AG. Außerdem befaßt sich die Gesellschaft mit der Lieferung von Dampf für Heiz- und Fabrikationszwecke an vier Großbetriebe.

Ein „Kuratorium der bayerischen Arbeitgeberschaft" hat sich jetzt in München unter Vorsitz von Dr.-Ing. Otto Meyer, Generaldirektor in Augsburg, gebildet. Das Kuratorium hat die Aufgabe, Ehrenzeichen an selbständige und nicht selbständige Mitarbeiter der bayerischen Wirtschaft zu verleihen.

Die auf Bundesebene neu gegründete Arbeitsgemeinschaft Holz wird in ihrer Arbeit von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald weitgehend unterstützt werden, teilt der Hauptverband der Schutzgemeinschaft mit. Die Arbeitsgemeinschaft Holz, der die Sägewerksverbände, der Holzwirtschaftsrat, der Bund deutscher Zimmermeister und der Forstwirtschaftsrat angehören, will die Bevölkerung über die Möglichkeiten der Holzverwendung aufklären.

Die „Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung" in Heidelberg, Franz-Knauf-Straße 38, stellt ihre Sachkenner als fachkundige Berater allen Farmen gerne zur Verfügung, die beabsichtigen, eine zusätzliche Versorgung ihrer Betriebsangehörigen einzurichten. Durch Hinzuziehung dieser Fachkenner können Fehldispositionen mit weittragenden Folgen ausgeschlossen werden. Interessierte Firmen können sich die in ihrem Bereich ansässigen Berater dieser Organisation von ihrer Industrie- und Handelskammer benennen lassen.

Firmen, die an der Vergebung öffentlicher Aufträge interessiert sind, können sich mit der Württ. Wirtschaftshilfe, Geschäftsstelle Reutlingen, Kaiserstraße 50, in Verbindung setzen, die mit der Württ. Verbindungsstelle für öffentliche Aufträge in Bonn unmittelbar zusammenarbeitet. Zur Zeit werden laufend Aufträge auf dem Bausektor vergeben. Es stehen aber auch Aufträge anderer Art demnächst in Aussicht.

Das Postscheckamt Reutlingen wird mit Ablauf des Monats September 1950 seinen Buchungsbetrieb einstellen. Die bisher beim Postscheckamt Reutlingen geführten Konten werden, soweit die Kontoinhaber nicht im Kreis Lindau ansässig sind, vom 1. Oktober ab vom Postscheckamt Stuttgart unter neuer Konto-Nummer weitergeführt. Entsprechende Nachricht geht den Kontoinhabern zu. In Reutlingen wird bis auf weiteres eine Abwicklungsstelle bestehen bleiben.

In Karlsruhe fand die Hauptversammlung der Hafenbautechnischen Gesellschaft statt, an der fast 400 Hafenfachleute aus der Bundesrepublik und aus dem Auslande teilnahmen.

Ostzone

Unbedingte Disziplin bei der Durchführung des Investitionsplanes forderte der Ostzonenminister für Planung, Heinrich Rau. Schwarze Investitionen, d. h. solche, die im Plan nicht vorgesehen seien, würden die Realisierung des gesamten Volkswirtschaftsplanes stören. Eine Überschätzung über die im Jahresablauf schwankenden Produktionsmengen lehre, so erklärte Rau, daß in der Ostzonenrepublik bei einer Ausschöpfung aller Reserven und einer reibungslosen Zuführung der Rohstoffe die Gesamtproduktion noch um 10—15% erhöht werden könne, ohne daß neue Investitionen durchgeführt würden. Es habe die Hauptabteilung Leichtindustrie als erste bei einer Überprüfung der Betriebskapazitäten feststellen können, daß in diesem Industriezweig Waren im Werte von 1 Milliarde Ostmark im Jahre mehr produziert werden könnten, ohne daß irgendwelche Investitionen erforderlich seien. Auch in anderen Industriezweigen seien die Verhältnisse ähnlich.

Der Bundesvorstand des FDGB in der Ostzonenrepublik hat sich an die Industrie- und Handelskammern und an die Handwerkskammern gewandt, um Verhandlungen über eine 8%ige Lohnerhöhung in den Privatbetrieben, die rückwirkend ab 1. September 1950 gewährt werden soll, aufzunehmen. Damit entspricht der FDGB einer Forderung, die der stellvertretende Ministerpräsident der Ostzonenrepublik Walter Ulbricht vor einigen Wochen auf dem 3. FDGB-Kongreß in Berlin anläßlich der Erörterung der Lohnpolitik gestellt hatte. Dabei hatte Ulbricht ausdrücklich betont, daß eine solche Lohnerhöhung unter keinen Umständen zu Preiserhöhungen durch die Privatunternehmer führen dürfe. Den Privatbetrieben, so wiederholt jetzt die amtliche Presse die von Ulbricht vorgebrachte Begründung, sei die höhere Entlohnung ihrer Arbeiter und Angestellten durch schärfere innerbetriebliche Kalkulation möglich, da ihr stetiger Aufstieg durch die Mitarbeit an der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne voll gesichert sei. Die privaten Unternehmer selbst dagegen sehen in der Forderung auf Lohnerhöhung ohne Preissteigerung einen gefährlichen allgemeinen Angriff auf die Existenzmöglichkeit ihrer Betriebe. In den privaten Betrieben der Ostzone sind rund 3 Mill. beschäftigt.

Der „Gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft" hat auf seiner Leipziger Tagung nach einem Bericht des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" vom 19. September u. a. auch eine Entschließung über die Ausweitung des Interzonenhandels gefaßt. In dieser Entschließung wird festgestellt, daß es auch als notwendig erweise, in allen Ländern Westdeutschlands Arbeitsgemeinschaften für den gesamtdeutschen Warenaustausch zu schaffen. Der Arbeitskreis in Westdeutschland werde in allen Ländern bei Behörden und Organisationen dafür eintreten, daß unmittelbar Verhandlungen mit der Regierung der Ostzonenrepublik aufgenommen würden. Die Teilnehmer der „Arbeitsgemeinschaft Gesamtdeutscher Warenaustausch" hätten mit großer Befriedigung festgestellt, daß die Ostzonenregierung bei den in Berlin durchgeführten Verhandlungen eine große Bereitschaft zeige, die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft zur Ausweitung des innerdeutschen Warenverkehrs zu realisieren. Die Frage, für welche Warenkategorien sich die Ostzonenregierung bei diesem geplanten Warenaustausch interessiere, wird damit beantwortet, daß die Ostzone alle Waren brauche, die dem Aufbau der Friedenswirtschaft dienen, z. B. Zuchttiere, Hopfen, Farbe, Feldspat, feuerfestes Material, Walzwerkserzeugnisse, Eisenbahnschienen, Gießereiprodukte, Maschinen, Fahrzeuge, Motoren, feinmechanische Erzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse, Blech- und Metallwaren, Werkzeuge, Schneidwaren, Pharmazeutika, Farbstoffe, Gummi-Erzeugnisse, Foto-Rohpapier, Pergamentpapier, Spiegelglas, Seidenwaren, Schuhwaren, Offenbacher Lederwaren, Uhren, Steinkohlen, Koks und Superphosphat.

Berliner Brief

Berlin ruft den Westen

Ein Weltereignis — Berlinbesuch leicht gemacht — Ein großes Kulturprogramm
Was der Osten nicht braucht — Hilferuf der HO

Die am 1. Oktober beginnende und bis zum 15. Oktober dauernde „Deutsche Industrieausstellung 1950" verspricht ein Weltereignis zu werden. Auf dieser Ausstellung wird nicht nur alles vertreten sein, was Rang und Namen in der deutschen Industrie hat, darüber hinaus wird auch das Ausland, werden die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, Italien usw., mit den Spitzenerzeugnissen ihrer Industrie vertreten sein. Es handelt sich also um ein Ereignis von weltweiter Bedeutung. Mit dieser Ausstellung wird ein neues Glied in die Kette eingefügt, die Deutschland mit der Zivilisation und Kultur des Abendlandes immer fester verbindet. Im New Yorker Kommuniqué der Westmächte ist eindeutig jede, auch die bewaffnete Hilfe, für Berlin zugesichert worden, und Berlin ist gewissermaßen „geographisch" in den Atlantikpakt einbezogen worden. Das sollte für Westdeutschland der Anlaß sein, zum mindesten für weite Kreise in Westdeutschland, die gelinde gesagt, laue Haltung gegenüber den Berliner Problemen zu revidieren. Dieses Kommuniqué ist eine deutliche Abfuhr für die westdeutschen Kreise, die kürzlich eine Abschreibung Berlins verlangten, und es ist beschämend gerade für diese Kreise im Süden Deutschlands. (Siehe unter „Wir greifen auf".)

Anläßlich der Deutschen Industrieausstellung kann Westdeutschland seine Anteilnahme am Schicksal Berlins, das auch das Schicksal Westdeutschlands ist, beweisen. Es wird den westdeutschen Besuchern leicht gemacht, die deutsche Hauptstadt zu besuchen. Die Formalitäten sind auf ein Mindestmaß beschränkt worden. So braucht der westdeutsche Besucher nur einen Interzonenpaß, der von seiner Heimatbehörde bescheinigt ausgestellt wird. Eine Aufenthaltsgenehmigung in Berlin ist nicht notwendig. Geldbeträge können in beliebiger Höhe aus der Bundesrepublik an ein beliebiges Westberliner Postamt überwiesen werden. Auch umgekehrt können Geldbeträge in jeder Höhe von Westberlin nach der Bundesrepublik transferiert werden. Soweit die Reise nicht im Flugzeug stattfindet, wird empfohlen, keine Westmark auf der Reise mitzuführen. Der Eintritt zur Ausstellung ist ohne besonderen Messeausweis gegen Lösung einer Tageskarte für 1 DM oder eines Dauerausweises für 5 DM möglich. Für die Unterkunft der Besucher ist in vorbildlicher Weise durch fünf Informationsbüros beim Verkehrsamt Messedamm, Ecke Masurenallee, am Bahnhof Zoo, beim Deutschen Reisebüro, Kurfürstendamm 17, auf dem Stuttgarter Platz und im Flughafen gesorgt, die Quartiere nachweisen, soweit nicht von der Vorbestellungsmöglichkeit Gebrauch gemacht wurde. An Reisemöglichkeiten stehen die Interzonenzüge, Reisebahnhöfe und der Flugverkehr zur Verfügung, der vom 27. September ab verstärkt durchgeführt wird. Ein Teil der Flugkosten wird rückvergütet. So beträgt die Rückerstattung bei Hin- und Rückflug von Hamburg 50 DM, Hannover 60 DM, Düsseldorf oder Köln 110 DM, Frankfurt a. M. 45 DM, Nürnberg 50 DM und München 75 DM. In den 350 Berliner Hotels stehen über 7000 Betten zur Verfügung.

Dem Besucher wird außerdem ein glänzendes kulturelles Programm geboten werden, das für jeden Geschmack etwas bringen wird. Die Berliner Theater, Konzertsäle, Filmbühnen und Sportstätten werden mit Spitzenleistungen aufwarten, die nicht so leicht auf engem Raum konzentriert wieder zu sehen und zu hören sein werden. Es mag genügen, einige Namen zu nennen, die den kulturellen Veranstaltungen ihr Gesicht geben werden. Da sind die Schauspieler Lothar Müthel und Käthe Dorsch, der Opernsänger Emanuel List, die Dirigenten Keilberth, Schuricht und Böhm, die Solisten Wilhelm Kempff und Wilhelm Backhaus, die Maler Paul Klee, Feininger, Schlemmer usw. Eine internationale Boxveranstaltung ist geplant, für die man von einem Treffen Ten Hoff — Jones spricht, eine Pferdeschau und ein internationales Fußballspiel. Außerdem werden Varietés und Kabaretts mit besonderen Programmen aufwarten. Auf dem Gebiet des Theaters werden Neueinstudierungen und Premieren dem Besucher zeigen, daß Berlin auch als Kulturstadt sich seinen alten Namen zurückerobert hat.

Unter der Überschrift „Hier stimmt etwas nicht" bringt die Nationalzeitung eine Leserzuschrift aus bäuerlichen Kreisen, die für die östliche Planwirtschaft bezeichnend ist. Die Bauern von Beveringen im Kreis Kyritz haben zwar das Annauoll für Frühweißkohl erfüllt, doch können sie ihre Ernte jetzt nicht bei der VVEAB Kyritz loswerden, die sich tot stellt. Allein bei einem Bauern liegen 750 Zentner Weißkohl auf dem Feld, für das er keine Abnehmer hat. Wie groß mag wohl die Gesamtmenge sein? Der Bauer meint nun, daß „der Weißkohl doch so schade sei, um als Dung wieder untergepflügt zu werden". Wenn wir recht unterrichtet sind, ist es eine durchaus kapitalistische Wirtschaftsweise, Lebensmittel zu vernichten. Aber vielleicht ist dieser Segen darauf zurückzuführen, daß man im Lande der klassischen Kohlsuppe, in der Sowjetunion, über genügend Kohl für die Herstellung des heimischen „Borscht" verfügt. Der Bauer mag sich damit trösten, daß dafür alles, was in Ostdeutschland hergestellt wird, und was gut und teuer, in der Sowjetunion aber rar ist, unweigerlich den Weg nach Osten geht, weshalb es denn auch bisher bei Versprechungen im Hinblick auf eine Verbesserung des Lebensstandards der ostdeutschen Bevölkerung geblieben ist.

Die „Tägliche Rundschau" weiß zu berichten, daß die weibliche Belegschaft der Firma Kodak in Berlin-Köpenick zu 90% mit neuem Schuhwerk ausgerüstet wurde, das aus der Tschechoslowakei eingeführt wurde, und das in „erstklassiger Qualität" im Preise zwischen 10 und 15 Ostmark lag. Entweder haben nun die Tschechen diese Schuhe verschenkt, oder aber die Preise der HO für Damenschuhe, die vom gleichen Blatt vor kurzem erst anläßlich der letzten Preissenkung der HO veröffentlicht wurden, und die für die billigsten Qualitäten über 100 Ostmark betrugen, sind maßlos und wucherisch überteuert. Man kann sich übrigens leicht ausrechnen, was ein Damenschuh, der umgerechnet bis 3 Westmark kostet, wert sein kann. Hier von einer „erstklassigen Qualität" zu sprechen, ist eine ebenso große Blasphemie, wie sie im Wahlkampf der östlichen CDU zum Ausdruck kommt, die es für notwendig gehalten hat, in den Kopf ihres Organs „Neue Zeit" die Devise „ex oriente pax" aufzunehmen, und die sich nicht scheut, diese Sentenz in meterhohen Buchstaben an Häuserfronten anzubringen. Aber vielleicht verschenkt man die Schuhe wirklich als Wahlpropaganda der Tat, als Lockmittel.

Die gleiche Aufgabe der „Täglichen Rundschau" veröffentlicht einen Hilferuf der HO „Hilft uns bei der Aufdeckung unserer Mängel", in dem wörtlich gesagt wird: „Es kann nicht übersehen werden, daß ständig die Qualität der in der HO angebotenen Waren verbessert und daß bald jeder Unterschied zwischen Friedensware und den heute angebotenen verschwinden wird." Wir bitten um Entschuldigung für das schlechte Deutsch, es handelt sich um eine wörtliche Zitierung. Unerklärlicherweise hat man das Wort Friedensware in der „Täglichen Rundschau" in Anführungsstriche gesetzt. Wirkliche Friedenswaren gibt es in Westberlin schon lange, zum mindesten seit der Aufhebung der Blockade. Das macht das freimütige Eingeständnis der HO in bezug auf die Qualität der von ihr angebotenen Waren zu Wucherpreisen noch pikanter. Die „Aufdeckung der Mängel bei der HO" würde sich sehr leicht und schnell ergeben, wenn die HO gezwungen wäre, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in einer freien Wirtschaft zu arbeiten. Bei ihren heutigen Methoden würden ihre Läden bald unter solchen Umständen gähnend leer sein, und die Verantwortlichen hätten genügend Zeit, darüber nachzudenken, welche Mängel diese Leere verursachen. Bei der Monopolstellung, die die HO in Ostdeutschland genießt, fehlt ihr eben der Maßstab. Der Kunde ist ja Zwangsabonnent und kann nicht ausweichen. Daher der heuchlerische Wunsch um Hilfe bei der Aufdeckung der Mängel.

Der Witz der Woche ist ein Tauschgeschäft zwischen Ost und West, bei dem Polizisten die Tauschobjekte sind, und das nach mittelalterlichen Methoden der Geiselfestsetzungen vor sich ging. Sechs Volkspolizisten mit Waffen wurden in den Westsektoren aufgegriffen und vor ein amerikanisches Militärgericht gestellt. Daraufhin hat die Vopo 25 Stumpopolizisten aus den Westsektoren, die ohne Waffen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln durch den Ostsektor fuhren, aufgegriffen und rechtswidrig verhaftet. Die Leitung der Vopo ließ den Polizeipräsidenten Stumm wissen, daß die Festgenommenen freigesetzt würden, sobald die 6 Vopos auf freiem Fuß gesetzt sind. Dr. Stumm ließ daraufhin 44 Vopos einkasteln, ebenfalls als Gegenmaßnahme für die 25 Stupos. Wenn das so weitergeht, wird sich eines Tages die Vopo vollzählig in den Westsektoren befinden und die Stupo im Ostsektor. Vielleicht wird man sogar dazu übergehen, diese Praxis auch auf die übrige Bevölkerung auszudehnen, so daß eine Reise in die Westsektoren oder umgekehrt zu einem Abenteuer wird. Der politischen Aufklärung könnte ein solches Verfahren bei manchem Westberliner aber auch Ostberliner nur dienlich sein. Vielleicht entschließt man sich dann, dabei den Wechselkurs zugrunde zu legen, 1 Vopo oder Ostberliner gegen 3 Stupos oder Westberliner.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutsch-österreichischer Warenaustausch unbefriedigend

Die Einfuhr österreichischer Erzeugnisse in das Bundesgebiet im Rahmen des Überalliierten Abkommens vom 30. 9. 1949 hat bisher 21,2 Mill. Dollar betragen. Bei Abschluß jener Septembervereinbarungen waren die Delegationen von einer jährlichen Warenausfuhr von Österreich nach Westdeutschland von 36 Mill. Dollar ausgegangen, d. h. man rechnete mit einer monatlichen Exportsumme von 3 Mill. Dollar. Das Abkommen läuft nunmehr am 30. 9. ab und es läßt sich heute bereits sagen, daß diese Schätzung des österreichischen Ausfuhrvolumens nicht erreicht werden wird. Andererseits betrug die deutsche Ausfuhr allerdings unter Einschluß der Kohlenlieferungen 58 Mill. Dollar. Die Ausfuhr deutscher Kohle nach Österreich allein war höher als der österreichische Export in das Bundesgebiet, so daß Österreich noch nicht in der Lage ist, mit seinen Einfuhren die Kohlenbezüge aus der Bundesrepublik zu bezahlen. Auf Grund des zweiten intereuropäischen Zahlungsabkommens standen Österreich ursprünglich für diese Zwecke 50 Mill. Dollar Ziehungsrechte zur Verfügung. Dieser Betrag ist später noch um 4 Mill. Dollar erhöht worden. Unter den drei Warengruppen, deren Einfuhr nach Westdeutschland der wertmäßigen Kontingentierung unterlegen werden ist, sind die Positionen für Papier und Edelstahl deutscherseits ausgeschrieben und auch ausgenutzt worden. Auch die Position Schnittholz mit 3,5 Mill. Dollar ist voll ausgeschrieben worden. Doch bereits bei der ersten Ausschreibung von 2,3 Mill. Dollar war nur eine etwa 30proz. Ausnutzung zu verzeichnen. In unterrichteten Kreisen wird dies besonders darauf zurückgeführt, daß bisher der deutsche Markt für Österreich noch nicht interessant genug gewesen ist, um durch entsprechende Preisstellung auch den in Österreich gewünschten Absatz an Schnittholz zu erzielen. Ganz allgemein haben offenbar die Dreiecksgeschäfte über Italien von dem direkten deutsch-österreichischen Warenaustausch abgelenkt. Nachdem jedoch im neuen österreichisch-italienischen Abkommen Kompensationsgeschäfte zwischen beiden Ländern verboten worden seien, wäre damit zu rechnen, daß nunmehr an die Stelle dieser für die österreichischen Exporteure sicher sehr gewinnbringenden Dreiecksgeschäfte eine starke Hinwendung zum direkten Export nach Westdeutschland erfolgen würde. Mit neuen deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen wird gerechnet.

Der österreichische Handel mit Südosteuropa

Der Warenaustausch zwischen Österreich und Südosteuropa hat im ersten Halbjahr 1950 im Vergleich zum Vorjahr erheblich zugenommen. Die im 1. Halbjahr 1949 fast ausgeglichene Handelsbilanz im Warenverkehr mit diesen Ländern hat sich jedoch zu einem Einfuhrüberschuß Österreichs verschlossen. Die österreichischen Einfuhren wurden in der Berichtszeit von 358 Mill. Schilling auf 538,4 Mill. Schilling erhöht. Die Ausfuhren Österreichs nach Südosteuropa erhöhten sich in der gleichen Zeit von 359,9 Mill. Schilling auf 404,1 Mill. Schilling, so daß sich für 1950 ein Handelspassivum von 74,3 Mill. Schilling im Warenverkehr mit Südosteuropa ergibt, während dieser Handel im ersten Halbjahr 1949 mit 0,8 Mill. Schilling für Österreich aktiv gewesen ist. Im einzelnen zeigt sich folgendes Bild (jeweils 1. Halbjahr 1950 bzw. 1949, Werte in Millionen Schilling):

	Österr. Einfuhr 1950	Österr. Einfuhr 1949	Österr. Ausfuhr 1950	Österr. Ausfuhr 1949
CSR	247,5	162,1	184,9	161,2
Jugoslawien	118,2	79,5	112,8	105,3
Ungarn	170,1	82,2	107,2	58,4
Rumänien	23,8	24,0	49,8	13,9
Bulgarien	19,8	11,1	18,4	21,0
Albanien	—	—	0,1	—
	533,4	358,0	404,1	359,8

An der österreichischen kommerziellen Einfuhr (1. Halbjahr 1950 3593 Mill. Schilling) sind die sogenannten Südostländer mit 15,1 % beteiligt. Ihr Anteil am österreichischen Gesamtexport (3715 Mill. Sl) beträgt 17 %. Im 1. Halbjahr 1949 hingegen betrug der Anteil Südosteuropas am österreichischen Import 18 %, am Export 22,7 %. Die österreichischen Exporteure und Export-Industrien stellten im vergangenen Jahr eine erhebliche Zunahme der Export-Konkurrenz anderer Länder, vor allem Westdeutschlands, auf den Südostmärkten fest, dies habe zu einer wesentlichen Verschlechterung der österreichischen Handelsbilanz mit Südost geführt. Aber auch die Devisenpolitik und Handelsbürokratie der Außenhandelskommission und der Nationalbank müßt man viel Schuld an der unbefriedigenden Entwicklung des Handels mit den Südostländern bei.

Nah-Ost-Handel aktiv

Die statistischen Erhebungen über den Handel Österreichs mit den Levante-Ländern ergeben für das 1. Halbjahr 1950 im Vergleich zum 1. Halbjahr 1949 eine wertmäßige Zunahme der Ausfuhr von 156,1 auf 179,2 Mill. Schilling. Die Einfuhr aus diesen Ländern stieg ebenfalls und zwar von 74,4 Mill. Schilling auf 150,3 Mill. Schilling. Im einzelnen betrugen Exporte und Importe (Werte in Mill. Schilling):

	Österr. Einfuhr		Österr. Ausfuhr	
Griechenland	39,5 (1.49: 14,8)		40,7 (1.49: 36,3)	
Türkei	48,3 (	19,6)	32,8 (	44,2)
Iran	8,9 (	2,7)	6,4 (	3,9)
Israel	7,6 (	0,5)	17,2 (	11,8)
Ägypten	54,1 (	33,6)	43,3 (	33,3)
Nah-Ost (sonst.) Irak, Sau.-E-Arab., Transjord., Syr., Cypern, Liban	1,9 (	3,2)	18,8 (	6,3)
Zusammen:	150,3 (	74,4)	179,2 (	156,1)

Das Handelsaktivum Österreichs mit diesen Ländern ging jedoch von 81,7 Mill. Schilling im 1. Halbjahr 1949 auf 28,9 Mill. Schilling im 1. Halbjahr 1950 zurück, das Warenverkehrsvolumen stieg von 230,5 Mill. Schilling im 1. Halbjahr 1949 auf 329,5 Mill. Schilling im 1. Halbjahr 1950.

Realeinkommen seit Mitte 1949 um 8 % gestiegen

Bei einem Vergleich der Entwicklung der Preise und Löhne in Österreich seit dem Abschluß des 3. Lohn-Preis-Abkommens im Juli 1949 kommt man zu dem überraschenden Ergebnis, daß die Lebenshaltungskosten zurückgegangen, das Realeinkommen aber beachtlich gestiegen ist. Diese Feststellung macht der Präsident der österreichischen Bundeshandelskammer, Minister a. D. Raab, indem er nachweist, daß nach den einwandfreien Untersuchungen des Instituts für Wirtschaftsforschung die Lebenshaltungskosten von 308 % (April 1945 = 100 %) im Juni 1949 auf 301,3 % im August 1950, also um rund 1,3 %, zurückgegangen sind — obwohl in dieser Zeitspanne die Abpassung der Wechselkurse im November 1949 fiel und obwohl für die Einfuhr zahlreicher Rohstoffe weit höhere Preise angelegt werden mußten als früher, wodurch z. B. Textilrohstoffe um 40 % verteuert wurden. In der gleichen Zeit ist der Nettolohnindex der Arbeiter von 444,3 auf 455,8, also um 5 % gestiegen, was vor allem der Ermäßigung der Lohnsteuer um 20 % und andererseits verschiedenen Lohnerhöhungen im „Nachziehverfahren" usw. zuzuschreiben ist. Der Lohnindex der öffentlichen Angestellten stieg um 9 %, der Handelsangestellten um 9,6 % und der Industriearbeiter um 11 %, so daß eine durchschnittliche Einkommenssteigerung um rund 7 % zu dem Rückgang der Lebenshaltungskosten um 1,3 % hinzukommt. Die Realeinkommen sind danach um fast 8 % gestiegen.

Bevorzugte Benelux-Häfen

Wie sich die „Presse" aus Brüssel berichten läßt, ist der tägliche Binnenschiffahrts-Transitverkehr von Linz nach Antwerpen und Rotterdam mit Bahnumladungen in Regensburg aufgenommen worden. Man rechnet, bis zum Jahresende einen Umschlag von 100 000 Tonnen österreichischer Massengüter auf diesem neuen Verkehrswege zu erreichen. Entsprechende Freilager sollen in Antwerpen bzw. Rotterdam errichtet werden. Durch diesen neuen Transitweg wird, und das fügt auch die „Presse" hinzu, ein neuer Konkurrenzzustand zwischen den Beneluxhäfen und den deutschen Nordseehäfen geschaffen.

Sowjetunion sucht Rüstungsrohstoffe

USA-Molybdän gelangt auf Umwegen nach Rußland

Mit der Zuspitzung der weltpolitischen Lage scheint es den Wirtschaftsexperten der Sowjetunion gerade zu sein, rüstungswichtige Rohstoffe, die in der Sowjetunion trotz reicher Kenntnisvorkommen immer noch nicht in ausreichendem Maße erzeugt werden, durch Mittelsmänner auf dem Weltmarkt aufkaufen zu lassen. Normalerweise liegt es nicht im Interesse der westlichen Mächte, die sowjetische Rüstungsindustrie durch Lieferung kriegswichtiger Rohstoffe noch zu unterstützen. Deshalb ist man gezwungen, Schleichwege zu gehen, um die Exportverbote der westlichen Welt, soweit sie Lieferungen nach der Sowjetunion und die Kominformländer betreffen, zu umgehen.

Der Kreml weiß, daß er im Ernstfall nicht mehr mit Leih- und Pachtlieferungen aus dem Westen rechnen kann, die ihm im letzten Krieg die Kriegführung außerordentlich erleichtert haben. Man sucht deshalb Vorräte solcher Rohstoffe anzulegen. Merkwürdigerweise steht Quecksilber nun nicht auf der ERP-Verbotsliste für Rohstoffe, deren Lieferung an potentielle Gegner verhindert werden soll. So konnte es geschehen, daß seit etwa einem Jahr zwischen der Sowjetunion und Spanien über ein Tauschgeschäft Getreide und Rohöl gegen spanisches Quecksilber verhandelt wird. Die Sowjetunion hat sich bei den spanischen Quecksilberlieferungen, die über Finnland weitergeleitet wurden, der Vermittlung arabischer Staaten bedient. Eine besondere Pikanterie dabei ist es, daß die Transporte zum größten Teil auf amerikanischen Schiffen erfolgten. Eine der letzten Lieferungen soll 1000 t oder rund 20 000 Flaschen betragen haben. Auch Italien hat größere Mengen Quecksilber in der letzten Zeit an die Sowjetunion geliefert. Die Weltquecksilbererzeugung, die nach dem Zerfall des spanisch-italienischen Quecksilberkartells in der Zeit des spanischen Bürgerkrieges und später bis 1941 auf 327 000 Flaschen gestiegen war, glog im zweiten Weltkrieg schon zurück, und erreichte 1945 nur noch etwa 130 000 Flaschen. Seitdem bewegt sie sich wieder in steigender Linie, und der Markt wird seit Jahren von einer latenten Überproduktion bedroht, die auch auf die Preisbildung nicht ohne Einfluß blieb. Meinungsverschiedenheiten innerhalb des nach dem Krieg neu errichteten „Mercurio Europeo", des spanisch-italienischen Kartells, führten Ende 1949 zum Zusammenbruch dieser Organisation. Die amerikanischen Quecksilbereinfuhren, die 1945 71 509 Flaschen betragen hatten, waren bis 1947 auf 10 258 Flaschen gesunken. Wenn sie seitdem auch gestiegen sind, so genügten sie doch nicht, den Überschuß der europäischen Quecksilberproduktion zu absorbieren. Unter diesen Umständen konnten die sowjetischen Aufkäufer die Lage des Weltquecksilbermarktes ausnützen.

Aber nicht genug damit. Die Sowjets haben es verstanden, sogar 50 Tonnen Molybdän, das man für Spezialstähle, für Radiarlampen und manchen anderen rüstungswichtigen Zweck benötigt, durch eine Blockadelücke zu beziehen. Es handelte sich in diesem Fall um amerikanisches Molybdän, und die Vereinigten Staaten sind der weitaus größte Molybdänerzeuger der Welt. Der Fall spielte sich so ab: Obwohl Molybdän in der Exportverbotsliste der USA, sowei Exporte nach Ländern des Ostblocks in Frage kommen, an erster Stelle steht, konnte sich eine amerikanische Exportfirma eine Exportlizenz für 200 t im Werte von 100 000 Dollar verschaffen. Die Exportlizenz lautete auf eine englische Firma und als endgültiger Bestimmungsort war England angegeben. Die englische Importfirma hat es verstanden, die 50 t Molybdän im londoner Hafen auf den sowjetischen Dampfer „Bielostrov" umzuladen, und da die Ware nicht in das englische Zollgebiet gekommen war, war eine englische Exportlizenz nicht notwendig, so daß die „Bjelostrov" ungehindert mit der Beute abdampfen konnte. Formell war anscheinend alles in Ordnung, doch haben hier offenbar Profitinteressen sowohl in den USA als auch in England über die nationalen Belange bei den beteiligten Firmen gesiegt, denn die Russen werden nicht gegeizt haben. Sie sind in solchen Fällen durchaus bereit, in Dollar oder sogar in Gold zu zahlen und gute Preise anzulegen. Zwar haben die amerikanischen Behörden, als sie von diesem „Geschäft" Wind bekamen, sofort die Exportlizenz für die restliche Menge widerrufen, doch zeigt dieser Fall deutlich, welcher Mittel sich die sowjetischen Agenten bedienen, um zu den begehrten Rüstungsrohstoffen zu kommen. Kautschuklieferungen aus englischen Häfen nach den Kominformländern sind verboten, doch besteht hier wie auch bei Zinn eine Lücke, denn russische Agenten können ungehindert diese wichtigen Rohstoffe in den netzartigen Erzeugungszentren kaufen und an nur ihnen bekannte letzte Empfänger weiterleiten. An den letzten Preissteigerungen für Zinn am Weltmarkt waren nicht zuletzt sowjetische Käufe schuld.

Bulgarien will Erze ausführen

Auf der Wiener Herbstmesse wirbt die bulgarische staatliche Ausfuhrgesellschaft für Erze und Mineralien „Bulgarrudexport" für bulgarische Erze und Mineralien. Auf einer Pressekonferenz erklärten die bulgarischen Messevertreter, daß sich bei einer Ausfuhr von Erzen nach Österreich und Deutschland der Donauwasserweg in einer Verbilligung der Einstandskosten auswirke. Außer Steinkohle, Anthrazit und Schwefelkies, die bisher schon von Bulgarien nach Österreich exportiert wurden, will Bulgarien auch Mangan-, Chrom- und Eisenerze, außerdem Mineralien wie Fluarit, Kaolin, Feldspat, Quarzsand usw. ausführen.

Schwedisch-russische Handelsvertrags-Verhandlungen

Schwedisch-russische Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsabkommens für 1951 sollen nach einer Mitteilung des schwedischen Auswärtigen Amtes Ende November beginnen. Der schwedisch-russische Warenverkehr ist in diesem Jahr ohne vertragliche Basis abgewickelt worden, nachdem die Verhandlungen in Moskau ergebnislos verlaufen waren. Schweden hatte eine Rückzahlung seines im Handelsverkehr mit Rußland aufgelaufenen Passivsaldo in Höhe von 42 Mill. sKr. vorgeschlagen, die UdSSR sprach sich jedoch für eine Ausgleichung des Fehlbetrages durch schwedische Warenlieferungen aus. Bis Ende Juli hatte Schweden Waren im Werte von 29 Mill. sKr. von der Sowjetunion gekauft, während sich die russischen Bezüge in Schweden auf 18 Mill. sKr. beliefen. Dadurch wurde der schwedische Passivsaldo bereits um 10 Mill. sKr. auf 32 Mill. sKr. reduziert. Inzwischen soll sich die schwedische Handelsschuld bereits auf 26 Mill. sKr. verringert haben.

Rotchinesische Maschinenindustrie erhält sowjetische Unterstützung

Die Maschinenindustrie Nordost-Chinas erzielte nach einem Bericht der chinesischen Agentur Sin-Hua aus Peking im laufenden Jahr bedeutende Fortschritte; sie konnte die Erzeugung gegenüber 1949 um 36,8 % erhöhen. Insgesamt arbeiten in Nordost-China jetzt 21 Maschinenfabriken, in denen Arbeiter und Spezialisten tätig sind, die in der Sowjetunion geschult wurden. Durch Lehrgänge konnten 5000 neue Spezialisten ausgebildet werden. Die Maschinenindustrie Nordost-Chinas macht sich die Erfahrungen zunutze, die in der Sowjetindustrie gewonnen wurden.

Jugoslawien hofft auf Handel mit dem Westen

Am 25. September 1950 begann die Agramer Messe, an der sich 15 Auslandsstaaten beteiligen. Dem Ausland stehen allein 45% der Ausstellungsfläche zur Verfügung.

Als das Kominform im Juni 1948 die nun bereits historisch gewordene „Resolution" gegen die KP Jugoslawiens, d. h. gegen ihre Führung mit Marschall Tito an der Spitze, faßte, da ahnte noch niemand, welche Ausmaße dieser Bruderkampf im kommunistischen Lager annehmen würde. Die einen rechneten damit, daß Tito ehestens zusammenbrechen würde, andere hielten das ganze für berechnende Spiegelfechterei — die wenigsten glaubten daran, daß Tito durchhalten könnte und — würde. Schon nach wenigen Monaten hatte die UdSSR, die Jugoslawien bisher mit Rohstoffen, Investitionsgütern und Industriekreisen reichlich versorgt hatte, den Warenaustausch bis auf 12% des früheren Umfanges reduziert. Zu Beginn 1949 wurde er auf Null herabgesetzt und die übrigen Satellitenstaaten, die nach und nach auch ihre Lieferungen verringert hatten, brachen ebenfalls die wirtschaftlichen Beziehungen zu Jugoslawien ab. Man wollte die „Tito-Clique" wirtschaftlich austrocknen, vernichten. Maschinen für Fabriken, die schon zum Teil eingerichtet waren, fanden nicht mehr den Weg nach Jugoslawien; Rohstoffe, auf die Jugoslawien angewiesen war, wurden zurückgehalten, das lebenswichtige rumänische Erdöl durfte die jugoslawische Grenze nicht mehr passieren. Dadurch geriet die Wirtschaftslage des Landes, vor allem seine Industrialisierung, in eine gefährliche Sackgasse, das wirtschaftliche Chaos schien zu drohen.

Da machte der wendige Marschall kurz entschlossen, erbittert auf seine bisherigen kommunistischen Brüdernationen, aber verbissen seinen Weg verfolgend, die entscheidende Wendung zum Westen hin. Nur in wirtschaftlicher Beziehung, wohlgemerkt! Die weltpolitische Konstellation kam ihm dabei zu Hilfe . . .

Noch im Jahre 1949 trat Jugoslawien zu 48 Staaten in Handelsbeziehungen, wurden Handelsverträge mit 24 Staaten geschlossen, kamen Kreditabkommen mit mächtigen und kapitalkräftigen Weststaaten zustande, wie das 100-Millionen-Pfund-Sterling-Wirtschaftsabkommen mit Großbritannien, Kreditabkommen mit den Ver. Staaten u. a. m. Der Handelsverkehr mit den traditionellen Handelspartnern in der Nachbarschaft, mit Österreich, dann mit Westdeutschland, nahm rapid zu, Verträge mit südamerikanischen Staaten, mit aller Welt, sicherten Jugoslawien Investitionsgüter, lebenswichtige Rohstoffe im Austausch gegen jugoslawische Erze, Agrarprodukte und auch in kleinem Umfang bereits gegen Fertigwaren, vor allem solchen des volkstümlichen Kunstgewerbes, der Lebensmittelindustrie, der Textil- und Lederindustrie.

Jugoslawien hat somit die Blockade der Kominformstaaten, wenn auch unter sehr, sehr schweren Opfern und Entbehrungen seiner Bevölkerung, überwunden. Der Industrialisierungsprozeß geht weiter, wenn auch mit Abänderungen gegenüber dem ursprünglichen Plan, mit Konzessionen an die veränderten Verhältnisse und manchmal bedeutend herabgesetzten Zielsetzungen. Aber es wäre falsch, zu leugnen, daß in geradezu hektischer Eile Fabriken um Fabriken, Eisenbahnlinien, Häfen gebaut und Bergwerke aufgeschlossen werden, daß die Industrieproduktion sich von Monat zu Monat vergrößert und vielfältiger wird. Die jugoslawischen Exportausstellungen auf den europäischen Messen jüngst wieder auf der Messe in Wien, und zur Zeit in Frankfurt/Main, lassen deutlich die Anstrengungen und auch die ersten Fortschritte in der Wirtschaft erkennen, die ihren Niederschlag in den Handelsverträgen finden.

Daß die „kapitalistischen" Länder ihrerseits den Handel mit Jugoslawien keineswegs ablehnen, zeigen nicht nur die vielen Reisen von Handelsdelegationen nach Belgrad, die Zunahme der Handelsvertretungen, sondern auch die wachsenden Ausstellerzahlen auf den Messen in Agram, die geradezu die Treffpunkte für die ausländischen und jugoslawischen Wirtschaftspartner geworden sind. Die Zahl der Aussteller auf der Agramer Messe ist von 783 i. J. 1947 auf 1148 i. J. 1948 und 1400 im Jahre 1949 gestiegen, die der ausgestellten Artikel von 619 auf 3000 und 2390 im Vorjahr, die der Besucher von 258 000 auf 307 000 bzw. 373 000 im Jahre 1949. Im Jahre 1949 waren bereits 12 Auslandsstaaten vertreten: Belgien, Dänemark, Westdeutschland, England, Frankreich, Holland, Italien, Österreich, Schweden, die Schweiz, Triest und die Ver. Staaten. In diesem Jahr kommen noch Ägypten, Griechenland und Mexiko hinzu. Die meisten ausländischen Ausstellungen sind stark vergrößert worden, insgesamt ist das ausländische Angebot um 15% größer als im Vorjahr — der Wichtigkeit der ausländischen Beteiligung bewußt, hat die Messe in Agram diese Jahr nicht weniger als 45% der gesamten Ausstellungsfläche für die Ausländer reserviert. Der kommerzielle Charakter der Agramer Messe wird neuerdings betont. Die Messe wird von den Auslandsfirmen, wie von den jugoslawischen Ausstellern selbst auf das reichhaltigste beschickt werden und ganz im Zeichen der immer intensiver werdenden Handelsbeziehungen Jugoslawiens mit dem Westen stehen, die für Jugoslawien von lebensentscheidender Bedeutung sind.

„Schneckengang" zum Schuman-Plan

Entgegen der von einem Sprecher des französischen Außenministeriums vertretenen Meinung, daß in den Besprechungen über die europäische Montan-Union zufriedenstellende Fortschritte gemacht worden seien, verlautet in belgischen Fachkreisen, daß in der nächsten Zukunft wohl kaum viel erreicht werden dürfte. Die führenden Persönlichkeiten der belgischen Stahlindustrie und des Kohlenbergbaues nähern sich in der letzten Zeit in ihren Ansichten mehr dem britischen Standpunkt, und sie werden dabei gewahr, so heißt es weiter, daß die Ziele des Schuman-Planes zu weit gesteckt waren. Das Widerstreben der westdeutschen Schwerindustrie, zu dem in Aussicht genommenen Kompensationsfonds für die Kohlenbergwerke beizutragen, habe klar erkennen lassen, daß noch viele Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden müssen. Andererseits könne trotz dieser Feststellungen keine Rede davon sein, die Verhandlungen abzubrechen, wenn man auch in belgischen Fachkreisen den „Schneckengang" der Verhandlungen bedauere.

Frankreichs Produktionsmöglichkeiten

Das amerikanische Handelsministerium untersucht seit Anfang August 1950 die Produktions- und Liefermöglichkeiten der französischen Metallindustrie und der mechanischen Industrie, um sich Klarheit darüber zu verschaffen, inwieweit diese französischen Industriezweige für amerikanischen Bilstungsbedarf eingesetzt werden können. Bekanntlich hat die amerikanische Hüttenindustrie in den beiden letzten Monaten bedeutende Aufträge für Handels- und Spezialstahl, sowie für Eisen an die französische Hüttenindustrie vergeben. In gut unterrichteten französischen Kreisen glaubt man, daß ähnliche Untersuchungen auch in den anderen westeuropäischen Industrieländern vorgenommen werden.

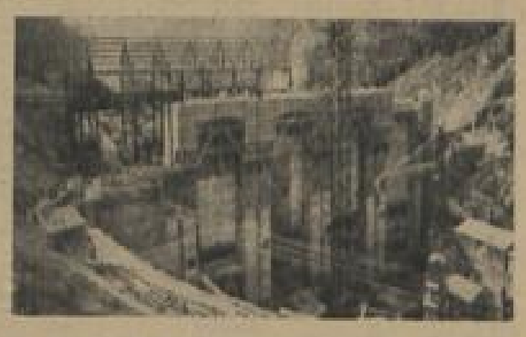
Großer Bedarf an Uhren in Norwegen

Der Bedarf des norwegischen Marktes an Uhren und auch Uhrenteilen kann zur Zeit nicht annähernd gedeckt werden, obwohl die Einfuhr dieses Jahr zirka 5 Mill. nKr. erreichen dürfte gegenüber 3 Mill. nKr. 1938, hieß es auf der Jahrestagung des norwegischen Uhrmacherverbandes. Der Bedarf sei noch immer erheblich größer als in normalen Zeiten, weil sich der Ausfall des Imports in den Kriegsjahren nach wie vor bemerkbar mache und weil außerdem der Lebensstandard gestiegen ist. Der Handel würde leicht mindestens das Doppelte der hereinkommenden Waren verkaufen können. Direktor Modabki vom Import- und Exportdirektorat wies darauf hin, daß vorerst aus Devisengründen eine höhere Einfuhr nicht zugelassen werden könne.

ROBERT KÖGEL

führte die gesamten Bauarbeiten für das Kraftwerk und die Sperre Witznau aus Bauzeit 1939 bis 1946

Bewegt wurden: rd. 80000 cbm Erd- und Felsmassen
Geleistet wurden: rd. 60000 cbm Beton und Stahlbeton



Höhe des Bauwerks auf der Wasserseite rd. 50 m - Aufbereitung der Zuschlagstoffe in eigenen Brech- und Siebanlagen an Ort und Stelle Beton-Einbringung mit 65 m hohem Aufzugsturm mit schwenk- und ausfahrbarem Bandförderer

ROBERT KÖGEL
BAUUNTERNEHMUNG
FRANKFURT MAIN – GUIOLLETTSTRASSE 18

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Metallhausse mit Vorbehalten

Mit dem Ausbruch des Korea-Konfliktes begann an den Weltmetallmärkten wie auch an den anderen Rohstoffmärkten eine nervöse Stimmung Platz zu greifen, die alle Merkmale einer Hausse in sich trug. Die Verschärfung der Lage in Korea in den folgenden Wochen trug dazu bei, diese Stimmung noch zu schüren. Es kam fast allenthalben, sogar in Westdeutschland und in anderen europäischen Ländern, vorübergehend zu Hamsterkäufen, die sich nicht nur auf das breite Publikum beschränkten, sondern die auch industrielle Kreise erfaßten, die bemüht waren, sich mit Rohstoffen einzudecken, und hier nicht zuletzt mit Metallen, denn die amerikanische Regierung hatte angekündigt, daß sie die Bewirtschaftung gewisser Metalle erneut anordnen würde, die inzwischen teilweise Tatsache wurde.

Merkwürdigerweise blieb aber diese von den Verbrauchern ausgelöste Haussestimmung auf die Preisbildung bei den großen Metallen mit Ausnahme von Zinn, dessen wichtigste Produktionsgebiete in Ostasien liegen, vorerst ohne Einfluß. Die Erzeuger machten keinen Versuch, Nutzen aus dieser Entwicklung zu ziehen. Das hätte überraschen können. Man muß aber berücksichtigen, daß in den vorangegangenen Monaten gewissermaßen die Entwicklung auf dem politischen Feld schon weitgehend vorweggenommen worden war. Bereits im zweiten Quartal 1950 begannen die Metallpreise anzuziehen, wobei der amerikanische Markt die Führung hatte. Die Rüstungshausse war damit vorweggenommen, ehe die ersten Kampfhandlungen in Korea stattgefunden hatten. Das brauchte gewiß kein Hinderungsgrund für die Metallerzeuger zu sein, ihre Preise der Haussetendenz des Marktes anzupassen. Es gab aber Gründe, die es ihnen rätlich erscheinen ließen, den Bogen nicht zu überspannen. Die damaligen Metallpreise hatten die Spitzenpreise der Nachkriegszeit bereits wieder nahezu erreicht, oder wie bei Zinn sogar überschritten. Nur Blei machte hiervon eine Ausnahme. Sein Preis erreichte nur etwa 60% des höchsten Nachkriegspreises. Außerdem überstiegen die Metallpreise die Zwangsnotierungen des letzten Krieges bedeutend. Kupfer notierte in den Jahren des letzten Krieges in den USA 11,77 cts je lb, Blei 6,50 cts, Zink 8,25 cts und Zinn 52,00 cts. Die heutigen Preise liegen für Kupfer um 89%, für Blei um rund 150%, für Zink um 112% und für Zinn um 90% höher. Obwohl die Metallerzeuger heute auskömmliche Preise für ihr Produkt erhalten, hätten sie sicher nicht gezögert, die Preise heraufzusetzen, wenn sie nicht damit rechnen müßten, daß es wieder zu weitgehenden staatlichen Eingriffen in die kaum erst von den Fesseln der Kriegsbewirtschaftung befreite amerikanische Metallwirtschaft kommt. So zogen sie es offenbar vor, die gegenwärtige Chance vorerst ungenützt vorübergehen zu lassen. Über die Preisentwicklung der letzten Zeit für die vier großen Schwermetalle gib die nachstehende Zusammenstellung Auskunft:

Preisentwicklung in den USA
(Monatsendpreise in cts je lb)

	Kupfer	Blei	Zink	Zinn
Höchster Nachkriegspreis 1949	23,50	21,50	17,50	103,00
Niedrigster Nachkriegspreis 1949/50	16,00	10,50	9,00	74,50
März 1950	18,62	10,30	10,25	73,75–75,87
April	19,50	10,75	11,00	77,00
Mai	20,50	12,00	13,00	78,12
Juni	22,50	11,00	15,00	78,87
Juli	22,50	12,00	13,00	97,50
gegenwärtig (11. 9.)	22,50–24,50	16,00	17,50	89,25
in % des höchsten Nachkriegspreises	106,0	74,5	100,0	100,0
in % des niedrigsten Nachkriegspreises	145,0	155,0	195,0	134,0

Inzwischen haben die Preissteigerungen am grauen Markt in den USA die Erzeuger gezwungen, ihre Preise zu erhöhen, um den Markt in der Hand zu behalten.

In der letzten Zeit macht man für die Befestigung an den Metallmärkten in steigendem Maße die Metallhortungen der amerikanischen Regierung für strategische Zwecke verantwortlich. Diese Ansicht mag zum Teil zutreffen. Auf der anderen Seite kann nicht übersehen werden, daß der amerikanische Metallverbrauch allgemein seit der Vorkriegszeit gestiegen ist, und daß die Vereinigten Staaten heute ein Metallausschußland großen Stils sind, das den Metallüberschuß der Welt an sich saugt.

Die statistischen Unterlagen für die amerikanische Metallerzeugung und den Metallverbrauch liegen zwar nur vom Jahre 1946 ab vor und reichen nur bis 1948, doch zeigt eine Zusammenstellung dieser Zahlen, daß für alle vier Metalle Jahr für Jahr ganz bedeutende Zuschüsse erforderlich waren, um den Bedarf der amerikanischen Wirtschaft zu befriedigen:

Metallbilanz der USA
(1946 bis 1948)

	Kupfer*)	Blei*)	Zink*)	Zinn**)
Erzeugung	2 676 195	1 323 631	2 381 182	113 503
Verbrauch	3 909 000	2 040 300	3 089 959	181 765
+ oder —	— 1 145 875	— 716 669	— 707 777	— 68 262

*) in shorttons (907 kg) **) in longtons (1016 kg)

Bei den drei Metallen Kupfer, Blei und Zink war in den drei Jahren ein Zuschußbedarf zwischen einer ½ Mill. sht bzw. über 1 Mill. sh't notwendig. Bei Zinn muß man berücksichtigen, daß die Eigenerzeugung auf der Basis fremder Erze — die Vereinigten Staaten verfügen über keine Zinnerzvorkommen — erst während des Krieges aufgenommen wurde, so daß der Zuschußbedarf praktisch mit dem Verbrauch gleichzusetzen ist, denn das Erz für die Erzeugung in der staatlichen Hütte in Texas City muß eingeführt werden.

Wie sehr sich die Verhältnisse gegen die Zeit vor dem Kriege verändert haben, ergibt sich bei einem Vergleich der Metallerzeugung und des Metallverbrauchs in den USA im letzten Vorkriegsjahrzehnt:

Metallbilanz der USA
(1929—1938 in m/t nach Met-Ges.)

	Kupfer	Blei	Zink	Zinn
Erzeugung	3 392 400	3 814 600	3 818 700	—
Verbrauch	4 842 700	4 033 700	3 773 600	639 400

Es zeigt sich, daß über einen Zeitraum von 10 Jahren hinweg die USA bei Kupfer und Zink einen Überschuß hatten, und daß sie in Blei nahezu als Selbstversorger anzusehen waren. In Zinn waren sie, wie es auch heute der Fall ist, praktisch vollständig auf die Einfuhr angewiesen.

Wenn auch seit dem Krieg die Veröffentlichung von Erzeugungs- und Verbrauchszahlen in der Metallwirtschaft mit ziemlicher Verspätung erfolgt und zudem noch lückenhaft ist, so ist doch angesichts der während des Krieges erreichten Rekordproduktion in der Metallwirtschaft kaum anzunehmen, daß die Welt, selbst unter Berücksichtigung eines zur Zeit wahrscheinlich erhöhten Rüstungsbedarfs von einer Metallknappheit bedroht sei. Das zeigt am besten das Beispiel des Zinns. Trotz eines bedeutenden Erzeugungsüberhanges haben die Zinnpreise in der letzten Zeit eine phantastische Höhe erreicht. Ein plötzlicher Ansturm der Käufer, zu denen in diesem Fall natürlich die amerikanische Regierung zu rechnen ist, hat eine relative Knappheit geschaffen, die jedoch nicht über die wahre Marktlage hinwegtäuschen kann. Es sind offenbar im wesentlichen grundlegende Veränderungen in der Struktur der amerikanischen Metallwirtschaft, die nicht nur die Nachkriegshausse nach 1945 auslösten, sondern die es auch verhinderten, daß eine tiefgreifende Depression nach dem zweiten Weltkrieg in der Weltmetallwirtschaft Platz griff. Unter diesen Umständen genügte der Ausbruch des Korea-Konfliktes, die neue Hausse, sogar eine vorweggenommene Hausse, in der Weltwirtschaft auszulösen. Sie ist vorläufig jedoch nicht gleichbedeutend mit Preissteigerungen ohne Limit, weil, wie schon erwähnt, die Metallerzeuger einerseits mit den heutigen Metallpreisen durchaus zufrieden sein können, und andererseits kaum den Wunsch haben, daß sich staatliche Stellen wieder allzu sehr in das Geschäft einmischen.

Ursachen der Metallhausse

Die großen amerikanischen Metallgesellschaften, besonders die Kupfer- und Zinkerzeuger, haben seit dem Ausbruch des Korea-Krieges versucht, eine ungezügelte Hausse für Metalle zu verhindern. Sie hatten guten Grund für ihr Verhalten. Einerseits waren die Preise weitaus höher als während des zweiten Weltkrieges, andererseits befürchtete man die Wiedereinführung der Bewirtschaftung. Der Graue Markt erzielte aber auf Kosten der großen Erzeuger so hohe Gewinne, daß man schließlich eine Heraufsetzung der Preise nicht mehr vermeiden konnte.

Nicht zuletzt ist aber die amerikanische Regierung an der Hausse schuld. Auf dem amerikanischen Minenkongreß in Salt Lake City wurde eine Resolution gefaßt, aus der hervorgeht, daß der gegenwärtige Umfang der Einlagerungen an Kupfer und Zink für den strategischen Vorrat geeignet sei, die Rüstungsindustrie in der Rohstoffversorgung zu behindern und damit die Verteidigungskraft der USA zu schwächen. Von seiten der Regierung wurde auf dem Kongreß dagegen die Ansicht vertreten, daß der Ausbruch des Korea-Krieges vom Munitions Board als der Anlaß für eine Beschleunigung der Einlagerung strategisch wichtiger Rohstoffe betrachtet werde. Für eine Reihe von Rohstoffen, einschließlich Blei, Antimon und Bauxit, stehe der Abschluß des Stockpiling-Programms bevor. Auf der anderen Seite habe die Regierung nicht die Absicht, ihre Metallkäufe einzuschränken oder vielleicht sogar Metalle aus ihrem Vorrat zur Entspannung der Versorgungslage abzugeben. Das Munitions Board hat sich sogar bereit erklärt, für einheimische Rohstoffe, die normalerweise nicht exportiert werden, bis zu 25 Prozent über den Auslandspreis zu bezahlen, sofern diese Rohstoffe für die nationale Sicherheit der USA notwendig sind. Das ist der Grund für die außerordentliche Festigkeit der Kupfer- und Zinkpreise in den USA, während Blei nur von der allgemein festen Haltung der Metallmärkte profitieren konnte.

h. b.

Steigende Stahlerzeugung in der Welt

Die englische Fachzeitschrift „The Metal Bulletin" bringt in einer ihrer letzten Ausgaben eine detaillierte Übersicht über die Entwicklung der Welteisen- und Stahlerzeugung in den letzten drei Jahren, die angesichts des steigenden Stahlbedarfs im Zuge der Wiederaufrüstung der Großmächte besonders interessant ist. Es zeigt sich, daß 1949 die Rohstahlerzeugung besonders in Frankreich, Westdeutschland, Japan und in der Sowjetunion gestiegen ist. Die englische Produktion wies nur eine mäßige Zunahme auf, während in den USA in Auswirkung des Stahlstreiks im Herbst 1949 sogar rund 4 Mill. t weniger erzeugt wurden als 1948.

Die Stahlerzeugung zeigt eine ähnliche Entwicklung. Auch hier waren starke Produktionszunahmen bei Frankreich, Westdeutschland, Japan und Sowjetrußland zu verzeichnen. In England war die Zunahme gering und in den Vereinigten Staaten war die Stahlerzeugung um nahezu 9 Mill t niedriger als im Jahre 1948.

Im einzelnen gibt das Metal Bulletin folgende Zahlen, die zum Teil auf Schätzungen beruhen:

Rohsteinerzeugung der Welt
(in 1000 lg't zu 1016 kg)

	1947	1948	1949
Australien	1 145	1 141	1 032
Österreich	276	806	826
Belgien	3 844	3 876	3 494
Brasilien	444	326	402
Tschechoslowakei	1 698	*)	*)
Kanada	2 772	2 112	2 112
Chile	11	14	19
Frankreich	4 812	6 468	8 220
Ostdeutschland	129	197	246
Westdeutschland	3 120	4 538	7 020
Holland	389	435	434
Ungarn	300	372	422
Indien	1 440	1 440**)	1 548**)
Italien	384	576	444
Japan	300	816	1 594
Luxemburg	1 788	2 592	3 240
Mexiko	332	279	353
Norwegen	182	252	215
Polen	852	*)	*)
Sowjetunion	12 000**)	16 300**)	17 250**)
Saargebiet	648	1 116	1 360
Südafrika	624	636	696
Spanien	492	504	600
Schweden	672	768	792
Türkei	96	108	115
England	7 788	9 176	9 504
USA	52 860	84 324	48 396
Jugoslawien	163	172	200
Welt ***)	98 400	112 500	115 500

Rohstahlerzeugung der Welt
(in 1000 lg't zu 1016 kg)

	1947	1948	1949
Australien	1 324	1 141	1 021
Österreich	348	636	828
Belgien	3 944	3 852	3 780
Brasilien	372	456	600
Kanada	2 628	2 856	2 844
Chile	30	31	32
Tschechoslowakei	2 244	*)	*)
Frankreich	5 892	7 128	8 064
Ostdeutschland	250	398	690
Westdeutschland	12 984	5 376	8 900
Ungarn	568	744	835
Indien	1 356	1 200	1 356
Italien	1 680	2 088	2 016
Japan	636	1 680	3 000
Luxemburg	1 680	2 412	2 232
Mexiko	312	384	348
Polen	1 548	*)	*)
Sowjetunion	14 250	18 000	22 000
Saargebiet	696	1 200	1 728
Südafrika	588	678	624
Spanien	378	564	672
Schweden	1 184	1 236	1 344
Türkei	93	101	101
England	12 720	14 880	15 552
USA	79 812	79 032	88 636
Jugoslawien	355	355	450
Welt **)	139 000	150 500	154 000

*) nicht angegeben
**) geschätzt
***) einschließlich anderer Länder geschätzt.

Trotz des Rückganges der Eisen- und Stahlerzeugung in den USA, dem bedeutendsten Produktionsland der Welt, konnte die Produktion im Jahre 1949 weiter steigen, und erreichte eine Rekordmenge, die selbst während des Krieges nicht verzeichnet wurde. Im laufenden Jahr ist mit einer weiteren Steigerung der Welterzeugung an Eisen und Stahl zu rechnen, soweit die bisher vorliegenden Angaben einen Rückblick gestatten. In einer Reihe wichtiger Produktionsländer, so in den USA, in England, Deutschland, der Sowjetunion und Japan werden höhere Produktionsangaben gemacht als im Vorjahr.

Deutsche Börsen

Frankfurt	1. 9. 50	8. 9. 50	15. 9. 50	22. 9. 50
AEG	39½	—	—	—
Brown, Boveris	85	98	103	106
Buderus	71½	70½	74½	77
Chem. Albert	53½	59½	65	65
Degussa	84½	85½	78½	80
Deutsche Erdöl	36½	35½	37½	36½
El. Licht u. Kr.	30	30½	31½	31½
Frankf. Masch.	87	87	90	92
Heidelb. Zement	95	101½	111	109½
Holzmann	36½	37	38	37
Kupferberg	45	—	46	47½
Lahmeyer	78½	80	84	85
Lanz	37	36½	39½	44½
Linde's Eis	88½	79	83	84
Metallges.	61	61	65	65
Rheinmetall	25½	25½	27	32½
Schöfferhoff	50½	51	51½	53
Siemens & Halske	44½	44½	46½	48
Voigt & Häffner	135	123	123	123
Weyß & Freytag	116	116	116	114
Zellst. Waldhof	35	35½	37½	40½
Commerzbank	21	23	23	23
Deutsche Bank	20½	22½	23½	24½
Dresdner Bank	19½	19½	21½	22½
4% Frft. Hcp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Pfälz. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Degussa	8½	8½	8½	8½

Hamburg	1. 9. 50	8. 9. 50	15. 9. 50	22. 9. 50
Accum	67	69	71	75
Bekula	32	32	32	32
Bremer Wolle	97	102½	103	101
Demag	86	85½	85	85½
Deschimag	47½	47	47	51
Dynamit Nobel	38	38	38	38½
Feldmühle	72	73	73	73
HEW	54	57	60	65
Hamb. Hochb.	48	46½	47½	50½
Hamb. Hyp. Bk.	15	15	16	15
Hansa Mühle	16½	16½	20	22½
Harburg. Gummi	112	112	112	112
Hoffmann Stärke	87	90	104	106
Ilse St. A.	14½	14½	14	15
Ilse Genuß	19½	8½	10	10½
Karstadt	70½	69½	70	73
Phrix Inh. A.	29	28½	31	34
Rütgers	48	40	39	43
Schering	30½	32½	32	31
Hapag	32	34	35	
Nordd. Lloyd	19	18½	20	
4% Hbg. Hyp.	7½	7½	7½	7½
4% Hbg. El. W.	7½	7½	7½	7½

Hannover				
Contl Gummi	108½	108	110	115
Hackethal	85	88	89	91
Ilseder Hütte	58½	79	86	86½
Mech. Web. Linden	48	50	54	54
Salzdetfurth	65	66	66½	65½
Wolle Döhren	87	87	87	89
Winterhall	49	49½	50½	52

Düsseldorf	1. 9. 50	8. 9. 50	15. 9. 50	22. 9. 50
Alexanderwerk	66	66	66	68½
Baltke Masch.	63	63	63	63
Basalt AG.	34	35	35	35
Dortm. A.-Brau	53	55	54	55
Felten & G.	64	65	64½	65½
Ford	78½	—	80	80
Gerresh. Glas	82	82	82	82
Goldschmidt	51	52	—	60
G. H. H.	69	68	70	71
Harpen	—	72	80	—
Hoesch	62	62	65½	68
Kabel Rheydt	54	53	53	—
Klöckner	64½	62½	67½	69
Mannesmann St.	62½	61½	64½	64½
Mülh. Berg	53	53	52	57
Rheinbraun	94	93	93	96½
Rhein. Kunstseide	45	46	48	51½
Rhein. Zellwolle	40	41	49	52½
Rheinstahl	57½	58	—	61
RWE	—	73	73½	78½
Verein. Stahlwerke	54½	55	—	59
Westwaggon	51½	—	50	59
Westd. Kaufhof	76	—	—	81
Rhein. Westf. Boden	36½	36½	36½	38
4% Rh. W. Bd.	7½	7½	7½	7½
4% Gelsenberg	7½	7½	7½	7½
4% Klöckner	7½	7½	7½	7½

München	1. 9. 50	8. 9. 50	15. 9. 50	22. 9. 50
Amperwerke	89	89½	87½	87
Augsb.-Nbg. Masch.	80	80½	82	82
BMW	35½	35½	34	37
Bemalit AG	106	106	106	106
Dierig	73	75	73	78
Hackerbräu	76	79	79	79
Hanf. Füssen	127	127	127	127
Hutschenreuther	69½	60	60½	61
Kraus Maffei	72½	72½	76	74
Leth. El.	89	88	89	87
Löwenbräu	59½	59	59½	59½
Mech. Baumw. Sp.	116	116	116	116
Rathgeber	90	90	90	89
Rosenthal	69½	70	71	74
Spinn. u. Web. Kott.	130	136	136	130
Südd. Zucker	93½	94	96	—
Tucherbräu	48	48	48	48
Würzb. Hofbr.	40	39	40	47½
Serr. Hyp. u. W. Bk.	32	31	32	32
Südd. Boden	25	25	25	25
Allianz Leben	43	41	40	39
Allianz Vers.	81	81	81	81
4% Bayer. Hyp. Bk.	7½	7½	7½	7½
4% Augsb. Nbg.	7	7	7	7

Stuttgart				
Brauerei Wulle	60	65	65	65
Daimler	49½	49	51½	53
Junghans	70	73	77	80
Knorr	70	69	71	73
Salamander	77	78	77	76
Württ. Bank	38	38	38	38

Italiens Konjunktur

Der soeben veröffentlichte Konjunkturbericht der Mailänder Industrie- und Handelskammer für August verzeichnet ein weiteres Ansteigen der in- und ausländischen Nachfrage. Als charakteristisch wird insbesondere die Nachfragesteigerung im Textilsektor und bei der eisenschaffenden Industrie erwähnt. Die Kammer ist der Auffassung, daß die erhöhte Nachfrage im August nicht mehr als Auswirkung einer Psychose wie im Juli angesehen werden kann. Der Großhandelspreisindex ist von dem Anfang Juli erreichten Tiefpunkt bis Ende August um 6,8 % gestiegen. Bei einem Vergleich des Preisstandes von Ende August 1949 mit dem gleichen Zeitpunkt 1950 ergibt sich folgendes Bild:

Lebensmittel	+ 8,9 %
Industrielle Rohstoffe	+ 2,87 %
Fertigwaren	— 4,01 %

Einzelne Nahrungsmittel zeigen gegenüber dem Stande vom Vorjahr immer noch niedrigere Preise (Weizen, Mehl, Öhl, Zucker, Käse), während bei Mais, Roggen, Gerste, Kartoffeln, Olsaaten die Preise gestiegen sind. Bei industriellen Rohstoffen ergibt sich folgendes Bild: Textil-Erhöhungen nur bei Seide, Baumwolle und Wolle. Chemie: Preissenkungen Atznatron und Düngemitteln. Preiserhöhungen bei den wichtigsten Säuren und bei den meisten Einfuhrprodukten. Gesunken ist der Kohlenpreis, gestiegen sind die Preise für alle Produkte der eisenschaffenden Industrie. Die NE-Metallpreise lagen immer noch unter denen des Vorjahres (Kupfer fast um 25 %). Baumaterialien zeigen allgemein wesentliche Preissteigerungen.

Tauernkraftwerk Glockner-Kaprun

Eines der schönsten österreichischen Alpentäler, das Kapruner Tal, das unweit Zell am See, vom langgestreckten Pinzgau abzweigend, nach Süden bis an den Fuß der Gletscherriesen des Großglockners und seiner Trabanten streicht, ist seit 1939 in ein riesiges Arbeitsfeld verwandelt worden. Die Gletscherbäche dieses Alpentales, die jährlich nahezu 250 Mill. Kubikmeter Wasser talabwärts führen, das Vorhandensein von zwei zu Speichern ausbaufähigen Talbecken, das hohe Gefälle und die Möglichkeit, einen dritten Speicherraum südlich des Tauernhauptkammes zu schaffen und dessen Wasser verhältnismäßig günstig zu den nördlich des Kammes gelegenen Kraftwerken umzuleiten — das alles hatte schon frühzeitig Projekte zur Erschließung der Wasserkräfte dieses Tales reifen lassen. Aber zur Ausführung kamen diese Pläne erst nach dem Anschluß Österreichs 1939. Es wurde damals die „Alpenelektro-AG" gegründet, die die Bauarbeiten bereits 1939 aufnahm und bis 1945 fortführte. Als 1945 der Zusammenbruch kam, arbeitete bereits das Krafthaus Kaprun mit einem Maschinensatz von 90 000 kW, waren die ersten Druckstollen fertig und Straßen, Seilbahnen usw. zur weiteren Aufschließung des Tales und seiner Wasserschätze gebaut.

Österreich übernahm diesen — nunmehr verstaatlichten — gigantischen „Bauplatz" und hat seither nach den 1941 entworfenen Plänen der „Alpenelektro-AG" die energiewirtschaftliche Erschließung dieses Teiles der Hohen Tauern, wirkungsvoll unterstützt von Marshallplangeldern, vorangetrieben. Das Herzstück des Riesenwerkes ist der Wasserfallbodenspeicher mit 80 Mill. Kubikmeter Wasserinhalt. Um diese ungeheure Menge zu speichern, mußte eine Sperre errichtet werden, die Limbergsperre. 1948 begann man mit den Betonierungsarbeiten. Es wurden in diesem Jahr 33 000 cbm Beton verbaut. 1949 betrug die Verbauung 170 000 cbm, und für dieses Jahr schätzt man auf 200 000 cbm, wozu 1951 noch einmal 50 000 cbm kommen werden. Insgesamt wird die Limbergsperre 120 m hoch, 38 m an der Sohle, 8 m an der Krone breit, rund 400 000 cbm Kubator erfordern.

Der Speicher auf dem Wasserfallboden wird im Juli 1951 fertig sein. Er liegt mit dem Spiegel 1872 m hoch. Oberhalb des Wasserfallbodens liegt aber noch ein für Wasserspeicherung günstiges Talbecken: der Moserboden. Hier wird der zweite Großspeicher des Tauernkraftwerkes errichtet, der Wasserspiegel des Moserbodenspeichers wird 2023 m hoch liegen und bis an die Gletscherzungen der das Tal umsäumenden steilen Eisriesen reichen. Dieser Speicher wird 62 Mill. cbm Wasser fassen, seine zwei Sperrmauern erfordern bei 85 bis 90 m Höhe eine gesamte Mauerkubatur von rund 900 000 cbm Beton. In einem 12 km langen Stollen werden von der Südseite der Hohen Tauern, am Fuß des Pasterzengletschers im Speicher Margaritze gesammelt, die Wasser der obersten Möll nach Norden abgeleitet, um so die Wasserdarbietung der Speicher zu erhöhen. Der Speicher Wasserfallboden und das Krafthaus Kaprun (zur Zeit zwei Maschinensätze zu je 55 000 kW kommen 1951 dazu) stellen die „Hauptstufe" der Tauernkraftwerke Glockner-Kaprun dar. Ab 1951 arbeitet diese Stufe mit der vollen Maschinenleistung von 300 000 kW und leitet den Strom über eine 110 000-V-Leitung und eine 200 000-V-Leitung nach Wien.

Nachdem die ECA-Mission Anfang September die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt hat, werden noch in diesem Jahr die Vorarbeiten zum Bau der „Oberstufe" mit dem Speicher Moserboden und dem Krafthaus Limberg aufgenommen. Das Krafthaus Limberg wird zwei Maschinensätze mit zusammen 100 000 kW Leistung erhalten. Die Oberstufe soll 1954 fertig sein. Dann wird die gesamte Werkanlage über eine Maschinenleistung von 360 000 kW verfügen und in der Hauptstufe 480 Mill. kWh, in der Oberstufe 140 Mill. kWh pro Jahr erzeugen.

Zu dieser Gesamterzeugung von 600 Mill. kWh Strom — davon 4000 Mill. kWh kostbarer Winter- und 200 Mill. kWh Sommerstrom — werden noch weitere 100 Mill. kWh Strom kommen, die dadurch erzeugt werden können, daß mit Hilfe von Überschußstrom verschiedener Laufwerke (Drau, Enns), bereits abgearbeitetes Wasser aus dem unteren Speicher wieder in den oberen Speicher gepumpt und nochmals verarbeitet wird.

Das „Tauernkraftwerk Glockner-Kaprun" ist für Österreich wie auch für die europäische Energiewirtschaft von enormer Bedeutung. Mit der Jahresleistung von 600 bis 700 Mill. kWh Strom gehört es zu den größten Kraftwerken Europas als Speicherkraftwerk ist eines der allergrößten dieser Art auf dem Kontinent. Es ist dazu ausersehen, den besonders wertvollen Winterstrom zu liefern und während der Sommermonate zu Zeiten des höchsten Strombedarfs, Spitzenstrom abzugeben. Das Riesenwerk wird aber auch dazu beitragen, daß die westlichen österreichischen Bundesländer, die jetzt immer wieder dazu herhalten müssen, in Zeiten der Stromknappheit — trotz der hohen Leistungsverluste! — Strom nach den Wiener und ostösterreichischen Industriegebieten zu liefern, diese Lieferungen einstellen können. Damit wird westösterreichischer Kraftstrom für Exportzwecke nach anderen europäischen Bedarfsgebieten frei, wobei nicht nur Deutschland — das bisher ja schon österreichischen Strom bezieht — sondern auch Frankreich, die Schweiz und Westeuropa als Abnehmer in Frage kommen. Darin liegt die große europäische Bedeutung der österreichischen Wasserkraftwerkbauten, die nunmehr im Zeichen des ERP noch verstärkt werden sollen.

Das Tauernkraftwerk Glockner-Kaprun wird Aufwendungen von rund 1,2 Milliarden Schilling erfordern. Bis 1949 sind 106 Mill. RM von der „Alpenelektro-AG" und seither rund 200 Mill. S — davon allein 250 Mill. S ERP-Gelder — verbaut worden. Für die „Oberstufe" rechnet man mit insgesamt 250 Mill. S ERP-Geldern bis 1952. Wie rentabel dieses Kraftwerk für Österreich aber sein wird, geht daraus hervor, daß eine Kilowattstunde Kraftstrom aus Kohle in Österreich 30 Groschen kostet, während das Tauernkraftwerk 1 kWh bereits für 18 Groschen liefern kann.

Das Tauernkraftwerk Glockner-Kaprun ist vorläufig noch das größte im Bau befindliche österreichische Kraftwerk. Aber Österreich hat 40 Milliarden kWh ausbaufähiger Wasserkräfte (die Schweiz nur 25 Mrd. kWh!) und davon sind erst 5 Mrd. kWh ausgebaut. (Im Krieg — 1944 — wurde bereits eine Jahreserzeugung von 6 Mrd. kWh erreicht, eine Leistung, die nach dem Elektroplan aber erst wieder 1962 erreicht und dann schnell überschritten werden wird.) Für die österreichische Wirtschaft, die bereits 7 bis 8 Mrd. kWh Strom pro Jahr benötigt und deren Strombedarf etwa um 10 Prozent im Jahr steigt, und für die europäische Energiewirtschaft, deren Interesse sich immer mehr auf die österreichischen Wasserkräfte konzentriert, wird daher der weitere Ausbau dieser Wasserkräfte immer dringlicher.

Indiens Handel mit Japan in den letzten zwölf Monaten

In den letzten 12 Monaten exportierte Indien bis einschließlich Mai für 14,2 Mill. Dollar nach Japan und importierte von dort für 16,8 Mill. Dollar. Die Hauptexportwaren waren Baumwolle, Ölsaaten, Manganerz, Sala, Tabak, Ramie, Gewürze, Wolle und Chemikalien, während Indien aus Japan u. a. Kupfer, Textilmaschinen, elektrische Ausrüstungen, Kugellager und Zellwolle importierte.

Notenkurse in Zürich am 23. Sept. 1950

1 $ USA	4,34½	/ 4,35½
1 £ England	10,78	/ 10,98
10 ffr Frankreich	1,14	/ 1,16
100 bfrs Belgien	8,41	/ 8,63
100 hfl Holland	109,—	/104,—
100 skr Schweden	67,50	/ 69,50
100 nkr Norwegen	43,—	/ 45,—
100 dkr Dänemark	44,50	/ 46,50
100 Escudos Portugal	14,70	/ 16,20
100 skr Tschechoslowakei	1,—	/ 1,15
100 arg. Pesos Argentin.	22,—	/ 24,—
100 türk. £ Türkei	1,05	/ 1,15
100 öst. Schilling Österr.	13,60	/ 13,80
1 israel. £ Israel	5,—	/ 5,75
100 DM Deutschland	90,—	/ 91,50

Hier abtrennen und einsenden:

An den

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH
Karlsruhe i. B., Veilchenstraße 35

Probe-Bezug

Senden Sie mir die „Wirtschaftsrevue" kostenlos einen Monat zur Probe.

Name

Ort

Straße und Hausnummer

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Welt-Warenmärkte

Industrie-Rohstoffe steigen weiter

Kautschuk und Wolle sehr fest — Baumwolle und Metalle fest — Schwächer lagen Zucker, Kaffee, Kakao, Öle und Fette

Die Nahrungsmittel-Rohstoffe gaben in der Woche zum 22. September an den internationalen Märkten leicht nach; Industrierohstoffe wurden im allgemeinen bei noch immer steigender Tendenz höher notiert.

Getreide

An der Chikagoer Getreidebörse gingen die Notierungen für Weizen, September-Kontrakt, von 222¾ cts je Bushel am 14. September auf 222⅛ am 21. September und die für Mais von 155⅛ auf 151⅞ zurück; Hafer stieg im gleichen Zeitraum von 81 auf 82⅞ cts je Bushel leicht an. Der Rückgang der Notierungen war vornehmlich die Folge von 3 Faktoren: Die günstigere Entwicklung auf dem Kriegsschauplatz in Korea und der schleppende Absatz am In- und Auslandsmarkt. Eine Sonderentwicklung zeigten nach einigen Tagen die Preise für Futtergetreide, da nach der Erklärung eines der Direktoren der ECA in diesem Jahre 25% mehr Futtergetreide nach Europa verschifft werden sollen als im vorigen Jahr. Dagegen sollen die Verschiffungen von Brotgetreide wahrscheinlich um 10 bis 15% gekürzt werden. Zum Wochenschluß bewirkten Nachrichten über leichte bis schwere allgemeine Regenfälle im Mittleren Westen der USA eine leichte Erholung. Das Geschehen an der Chikagoer Getreidebörse läßt sich, abgesehen von den das Tagesgeschäft beeinflussenden Momenten, auf die grundlegende Tatsache zurückführen, daß die Absatzaussichten für Getreide aus den Vereinigten Staaten und aus Kanada recht mäßig sind. Selbst der Ernterückgang in Kanada infolge der Frostschäden im August dieses Jahres ändert nichts daran, daß Kanada seinen Weizenüberschuß nur mit einiger Mühe wird unterbringen können, wenn auch die Qualitätsverringerung des kanadischen Weizens andererseits der Regierung die Handhabe zu einer elastischeren Preisgestaltung gibt. Tritt also das Politische tatsächlich mehr in den Hintergrund, etwa durch eine Beendigung des Korea-Konfliktes, dann sollte sich bei einer ruhigeren, mehr auf die eigentlichen marktbestimmenden Faktoren Rücksicht nehmenden Beurteilung sehr bald die Erkenntnis durchsetzen, daß in einer Zeit der „sieben fetten Jahre" die Voraussetzungen, die bei der Unterzeichnung des Internationalen Weizenabkommens galten, heute nicht mehr gegeben sind.

Ausgedehnte Regenfälle in fast allen Getreideanbaugebieten Argentiniens haben die Aussichten auf einen guten Ertrag bei Weizen stark verbessert. Außerdem erleichtern sie die Bodenvorbereitung für die Aussaat von Mais. Das für diese Jahreszeit ungewöhnlich kalte Wetter, verbunden mit Frost in verschiedenen Distrikten, hat bisher keinen großen Schaden angerichtet, da die Bodenfeuchtigkeit sehr gut ist. Sollte es jedoch andauern, und sollten die Fröste an Schärfe zunehmen, dann könnten die Weizenkulturen leiden. In der Woche zum 20. September wurden in argentinischen Häfen mit Bestimmung nach dem europäischen Kontinent 800 t Weizen, 2282 t Mais, 21 128 t Hafer und 9638 t Leinsaatöl verladen. In Roggen, Gerste und Weizenmehl fanden keine Verschiffungen statt. Der Weizen, verschifft am 25. September in Rosario de Santa Fé (Dampfer „President Stein") ist für Westdeutschland bestimmt, von Mais gehen 1547 t nach Frankreich und 735 t nach Großbritannien.

Getreidenotierungen

Weizenpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg.

	15. 9. 50	22. 9. 50
September	226⅛	—
Dezember	228⅛	224⅝
März	229⅝	226¼
Mai	—	228

Maispreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,2 kg.

	15. 9. 50	22. 9. 50
September	154	—
Dezember	148	144⅝
März	149½	148
Mai	—	149⅝

Haferpreise in Chikago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg.

	15. 9. 50	22. 9. 50
September	80⅛	—
Dezember	83⅛	81⅞
März	85⅛	81⅞
Mai	—	78⅞

Roggenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 25,4 kg.

	15. 9. 50	22. 9. 50
Oktober	148	142½
Dezember	144⅛	141⅞
Mai	149⅞	146⅛

Gerstenpreise in Winnipeg in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 21,7 kg.

	15. 9. 50	22. 9. 50
Oktober	121⅞	125⅞
Dezember	120⅛	112⅝
Mai	119⅝	113⅞

Öle und Fette

Die günstigen Meldungen vom Kriegsschauplatz in Korea und der hohe Ertrag der diesjährigen Sojabohnenernte drückten auf die Preisgestaltung an den nordamerikanischen Märkten für Öle und Fette. In der gleichen Richtung wirkten die Verkäufe der Regierung aus eigenen Beständen von Baumwollsaat. Rückgänge von 1 ct je lb waren an der Tagesordnung. Nichteßbare Öle und Fette, insbesondere Firnisöle, lagen stetig. Das Ausfuhrgeschäft nahm größere Partien von Fettrohstoffen für die Seifenindustrie auf.

Der Londoner Kopramarkt hat sich in der ersten Hälfte des September weiter gefestigt. Anlaß hierzu waren Käufe der skandinavischen Länder in Philippinen-Kopra und Frankreichs in Ceylon- und Straits-Settlements-Kopra.

In Argentinien haben die Niederlande in der Berichtswoche zwischen 4 und 5000 t Rapssaat, Expeller, zu einem nichtgenannten Preise gekauft, jedoch kann dadurch ein gewisser Anhaltspunkt gewonnen werden, daß sich der Exporteur für diesen Verkauf beim Instituto Argentino de Promocion del Intercambio (IAPI) zu 380 arg. Peso je fob eingedeckt hat. Außerdem hat das IAPI den Exportfirmen 1500 t Rapssaat-Mehl zu 380 arg. Peso je t verkauft. Für Leinsaat fordert es seit neuestem 80 arg. Peso je Quintal gegenüber bisher 78,50 arg. Peso.

Kaffee

An der New Yorker Kaffeebörse notierte Santos „D"-Kontrakt, Septembertermin, am 21. September 54,50 cts je lb, gegenüber 54,99 cts am 14. September; Santos „S"-Kontrakt 55,20, gegenüber 55,75 und Santos „D"-Kontrakt, Dezembertermin, 53,18 gegenüber 54,60. Erholungen kleineren Umfanges wechselten mit Verkaufswellen ab, wobei jedoch beide größere Preisveränderungen nicht zur Folge hatten. Die an dieser Stelle vor zwei Wochen ausgesprochene Meinung, daß die Kaffeeversorgung der Welt nicht zum besten stehe, erfuhr in diesem Berichtsabschnitt durch die Erklärung des Vertreters einer führenden Kaffee-Importfirma des New Yorker Platzes eine Bestätigung. Der Sprecher sagte, daß die brasilianische Kaffee-Ernte im besten Falle für die Ausfuhr 16 Mill. Sack übrig lassen werde, gegenüber den bisherigen Erwartungen von 17 bis 18 Mill. Sack und einer tatsächlichen Ausfuhr von rund 17 Mill. Sack in 1949/50. Allerdings erfährt diese pessimistische Beurteilung der Kaffeeversorgung der Welt insofern eine Abschwächung, als die hohen Preise für Kaffee — das gilt nach den letzten Meldungen insbesondere für die Vereinigten Staaten — automatisch eine Verbrauchskürzung zur Folge haben. Man hat das in den USA zu Anfang dieses Jahres schon einmal erlebt, als der Widerstand der Verbraucher gegen die hohen Kaffeepreise zu einem erheblichen Verbraucherückgang führte. Angesichts des hohen Gesamtverbrauchs der USA fällt schon ein leichter Konsumrückgang stark ins Gewicht.

Kakao

An der New Yorker Kakaobörse notierte Bahia-Kakao, loko, am 21. September 41,75 cts je lb, gegenüber 43,25 cts am 14. September und Accra, loko, 43,75 gegenüber 44,25. Die Kakaopreise waren in der Berichtszeit überwiegend rückläufig. Das entscheidende Moment dieser Woche war das Wiedererscheinen des britisch-westafrikanischen Kakaoamtes als Verkäufer am New Yorker Markt. Allerdings heißt es, daß Britisch-Westafrika bereits von der Accra-Ernte annähernd 40 000 tons, davon 30 000 tons nach Europa, zum voraus verkauft habe, und daß es dadurch nach Ansicht des New Yorker Kakaohandels für Verkäufe nach den USA in eine sehr günstige Position gekommen sei. Noch immer scheint sich Europa stark für brasilianischen und für westafrikanischen Kakao zu interessieren. Doch ist eine leichte Abschwächung des Marktes unverkennbar, die wahrscheinlich auch in der nächsten Zeit die Grundnote für den Weltkakaomarkt abgeben wird, wenigstens solange, bis sich die Preis-Fronten zwischen Käufern auf der einen und Verkäufern auf der anderen Seite stärker herauskristallisiert haben.

Tee

Am Teemarkt in Kalkutta hat sich der Preisstand wenig verändert; in Colombo konnten auf der letzten Versteigerung im allgemeinen etwas höhere Preise als in der Vorwoche erzielt werden.

Zucker

An der New Yorker Zuckerbörse stieg die Notierung für Weltkontrakt Nr. 4, September-Termin, von 5,64 cts je lb am 14. September auf 5,67 leicht an. Die übrigen Termine waren dagegen um 3 bis 4 Punkte rückläufig. Nach Ansicht von Fachkreisen ist die statistische Position des Zuckermarktes künstlich. Die Abnahme der Hortungskäufe fällt mit einem Rückgang der Nachfrage am Weltmarkt zusammen. Hierdurch wird sich das Angebot in der kommenden Saison verstärken, und, sofern nicht eine Verschlechterung der weltpolitischen Lage eintritt, ist zu bezweifeln, ob selbst ein nennenswerter Preisabschlag in New York für den Weltkontrakt Nr. 4 die tatsächlichen Marktverhältnisse angemessen widerspiegeln würde.

Wolle

Es wäre wahrscheinlich zu gewagt, schon jetzt festzustellen, daß die Wollpreise ihren höchsten Stand erreicht oder gar schon überschritten haben, obwohl das Ergebnis der Wollversteigerung in Kapstadt am 21. September Veranlassung zu einer solchen Behauptung geben könnte. Die ersten Versteigerungen dieses Jahres in London hingegen, am 21. und 22. September, brachten eine Bestätigung der Ende August und im Laufe der ersten Hälfte des September erzielten Gewinne bei den australischen Auktionen. Gegenüber dem Juli dieses Jahres, in dem die letzten Londoner Versteigerungen der vorigen Saison stattfanden, zogen australische Merino-Spinner- und beste Zuchtwollen um 50 Prozent, neuseeländische Kreuzzuchten sogar um volle 80 Prozent, Sterblingswollen zwischen 70 und 80 Prozent und Kreuzzucht-Waschwollen um 70 Prozent an. Es soll dabei nicht verkannt werden, daß durch die zur Zeit in London tagende Internationale Wollkonferenz insofern eine gewisse Beruhigung in das Wollgeschäft hineingetragen wurde, als man von dieser Konferenz — mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt — einschneidende, auf lange Sicht berechnete Maßnahmen erwartet.

Obwohl der Wollmarkt in Buenos Aires in der Berichtszeit nichts von seiner festen Haltung eingebüßt hat, ist das Geschäft schleppender geworden. Grobwollen zweiter Schur aus der Provinz Buenos Aires werden zu 90 arg. Pesos je kg ab Farm und zu 83—84 arg. Pesos je kg Lieferung Buenos Aires angeboten. Allerdings hat ein Los Merino-Wollen in Camarones 151,50 arg. Peso ab Farm und ein anderes Los 142,5 arg. Pesos erbracht. Das amerikanische Kaufinteresse für argentinische Wollen scheint nicht von Dauer zu sein.

Auch in Montevideo lagen die Preise sehr fest, weil die Farmer, die ihre Bestände bisher noch nicht aufgelöst haben, die Ware zurückhalten, bis die neue Schur beginnt. Der Exporthandel verfügt ebenfalls nur über sehr niedrige Lagervorräte; er bietet daher zur Lieferung nach dem Februar 1951 an, während die ausländischen Käufer frühere Auslieferung fordern. Einige Superwollen wurde in Montevideo zum Gegenwert von 114 US-cts je lb gehandelt. Die Verkäufe in der vergangenen Woche an nichtnordamerikanische Märkte in Höhe von 750 t gehen zumeist zur Lieferung aus der kommenden Schur.

Baumwolle

An der New Yorker Baumwollbörse notierte der Oktober-Kontrakt am 21. September 40,86 cts je lb, gegenüber 40,83 am 14. September, der September unverändert 40,87 und der Dezember 1951 32,33 gegenüber 35,45 cts je lb. Zu Anfang der Woche gaben die Preise unter dem Drucke verstärkter Sicherungsabgaben und spekulativer Liquidationen, die durch die günstigen Meldungen vom Kriegsschauplatz in Korea und durch die Aussichten auf eine große Baumwollernte in der kommenden Saison ausgelöst wurden, ziemlich scharf nach. Gelegentlich fehlte es jedoch nicht an Erholungen infolge von Käufen des Handels für Rechnung der Spinnereien und zur Deckung von Ausfuhrabschlüssen. Diese Erholungen wurden jedoch immer wieder durch stoßweise an den Markt kommende Sicherungsabgaben gegen Käufe von Beleihungsbaumwolle aus den Beständen der Commodity Credit Corporation unterbrochen. Einige Händler vertreten die Ansicht, daß eine schnelle Beendigung des Korea-Konfliktes auch das Ende des derzeitigen Booms für Textilrohstoffe bedeuten würde.

Dementsprechend würde auch der Inlandverbrauch von Baumwolle absinken, den man zur Zeit auf 10 Mill. Ballen für die laufende Saison veranschlagt, gegenüber 8,87 Mill. Ballen in der vorigen Saison. Andere Händler indessen meinen, daß das Aufhören der Kampfhandlungen in Korea wahrscheinlich auf die Preisgestaltung am Baumwollmarkt nur vorübergehenden Einfluß ausüben werde, denn das Nachlassen der Inlandsnachfrage infolge geringeren Absatzes von Baumwollstückgütern würde durch eine verstärkte Ausfuhr von Baumwolle mehr als ausgeglichen werden. Im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Rohbaumwolle aus den Vereinigten Staaten soll ein Sprecher der ECA erklärt haben, daß für das am 1. Juni 1950 begonnene Fiskal-Jahr mit einer Kürzung von 20 bis 30 Prozent gegenüber der vorjährigen Ausfuhr gerechnet werden müsse, weil die Versorgungslage in den Vereinigten Staaten eine gleich hohe Ausfuhr wie in 1949/50 nicht gestatte. Diese Beschränkung werde sich, immer nach der gleichen Quelle, auf alle Ausfuhren erstrecken, einschließlich der von der ECA finanzierten Baumwollverschiffungen. Diese Ansicht steht im Gegensatz zu der früher vertretenen Meinung, daß die ERP-Länder in der Belieferung mit nordamerikanischer Baumwolle nicht beschnitten werden sollen. Die Commodity Credit Corporation hat erklärt, daß ihr von Beleihungsbaumwolle des Jahres 1948 nur noch Bestände in Höhe von 1,17 Mill. Ballen verbleiben. Von den auf ursprünglich 3,8 Mill. Ballen geschätzten Beleihungsbeständen der Ernte des Jahres 1949 konnten also rund 2,6 Mill. Ballen verkauft werden. In Kreisen des Handels glaubt man indessen, daß die Statistik der Commodity Credit Corporation den tatsächlichen Ereignissen nachhinkt, und daß die CCC im Höchstfalle 1 Million Ballen, vielleicht sogar noch weniger, auf Lager hat.

Die Notierungen an der Alexandriner Baumwollbörse waren im Berichtsabschnitt rückläufig. Durch die Feiertage gegen Wochenschluß wurde die Geschäftstätigkeit auf drei Tage zusammengedrängt. Die hervorstechendsten Faktoren für die Preisgestaltung in Alexandrien waren die günstigeren Meldungen aus Korea und die Erörterungen im ägyptischen Parlament über die Kürzung der Anbaufläche für Baumwolle zugunsten von Getreide. Allerdings kam dieser letztgenannte Faktor infolge der ungewissen Lage im Zusammenhang mit der Ausdehnung des nordamerikanischen Baumwollanbaues im nächsten Jahre nicht voll zur Auswirkung.

In Bombay war der Umsatz in einheimischer Baumwolle gering. Er belief sich auf nur 624 Ballen. Der Streik der Baumwollarbeiter dauert an. Nur 18 Spinnereien, davon 4 bei voller Ausnutzung der Kapazität, haben ihren Betrieb wieder aufnehmen können. Die Wetterlage war nicht einheitlich. Aus Nord-Gujerat wird über zu große Regenfälle berichtet. Die Ernte in Bengal-Desi hat hierdurch etwas gelitten. In den anderen Anbaugebieten soll der Feldbestand jedoch zufriedenstellend sein.

In der Woche zum 16. September wurden in Großbritannien 22 264 Ballen Rohbaumwolle gelandet, gegenüber 30 186 Ballen in der Vorwoche. 9158 Ballen kamen aus den USA, 3678 aus Peru, 1333 aus dem Sudan und 8067 aus anderen Ländern. Schwimmend und auf dem Wege nach Großbritannien befanden sich am gleichen Stichtage 126 456 Ballen in der Hauptsache aus Brasilien, Peru und Afrika. Dem Vernehmen nach hat die britische Rohbaumwollkommission gegen ihr Verschiffungsprogramm von amerikanischer Baumwolle für die zweite Hälfte des Oktober dieses Jahres mäßige Mengen von Memphis-Baumwolle am 21. Oktober gekauft. Die übrigen Angebote der Verschiffer aus den Südstaaten der USA werden zur Zeit noch überprüft.

Baumwollnotierungen

New York	15. 9. 50	22. 9. 50
Disp.	42.07	42.15
Oktober	41.07	41.15
November	41.15	41.08
Dezember	41.15	41.05
Januar 1951	41.14	41.02
März	41.12	41.05
Mai	40.89	40.76
Juli	40.21	40.11
Oktober	35.68	36.12
Dezember	—	35.76

Kautschuk

An der New Yorker Kautschukbörse stieg die Notierung für Nr. 1 RSS-Kontrakt, September-Termin, von 37 cts je lb am 14. September auf 41,50 am 21. September. Entgegen allen Erwartungen setzten somit die Kautschukpreise ihre steigende Entwicklung fort. Das Angebot blieb gering, so daß ein vorübergehender Rückgang der Preise infolge der nordamerikanischen Maßnahmen zur Beschränkung des Verbrauchs von Naturkautschuk und infolge der Erklärung von Präsident Truman, daß die gesamte Kapazität der nordamerikanischen Synthesenanlagen einschließlich der bisher noch in Reserve gehaltenen Betriebe voll ausgenutzt werden soll, schon bald wettgemacht wurde.

An der Londoner Kautschukbörse war die Entwicklung uneinheitlich, der Markt war sehr empfindlich und reagierte schnell auf Einflüsse von außen. Innerhalb weniger Minuten wurden Schwankungen von ½ d je lb verzeichnet. Zu Anfang der Woche führte der scharfe Rückgang der Preise in Singapur infolge der Beendigung des Streiks der Plantagenarbeiter in Indonesien und die Erklärung von Präsident Truman über die volle Ausnutzung der Kapazität der nordamerikanischen Synthesenanlagen in Verbindung mit den Bestimmungen der nordamerikanischen Produktionsbehörden (NPA) gegen die Hortung von Kautschuk, zu einem Rückgang der Preise. Auf dem niedrigeren Niveau belebte sich jedoch die Kauflust. Da andererseits nur geringes Angebot an den Markt kam, konnten sich die Notierungen sehr schnell erholen, sie schlossen im Schnitt für nahe Sichten um 1½ d je lb und für fernere Sichten um 1 d je lb höher.

Häute und Felle

Die internationalen Märkte für Häute und Felle lagen auch in dieser Woche fest. Das Angebot war überall sehr gering. Der Verkauf von argentinischen Häuten wurde durch das Instituto Argentino de Promocion del Intercambio (IAPI), seitdem es die Verkäufe nach der Neufestsetzung der internationalen Verrechnungskurse eingestellt hatte, noch nicht wieder aufgenommen. Der Markt in Montevideo ist sehr fest. Die Schlachtungen sind zur Zeit gering. Brasilianische Trockenhäute werden nicht angeboten. Trockene und trocken gesalzene afrikanische Häute sind fest. Für australisches und neuseeländisches Gefälle, das knapp ist, werden hohe Preise gefordert, die jedoch nach den vorliegenden Berichten von japanischen Interessenten anstandslos bewilligt werden.

NE-Metalle in New York

Unersättliche Nachfrage auf der einen Seite und unzureichendes Angebot auf der anderen Seite waren auch in der Woche zum 22. September die Charakteristiken des Geschäftes am New Yorker NE-Metallmarkt. Schon die Erfahrung weniger Tage seit der Anordnung der Nationalen Produktionsbehörde über Bestandskontrollen scheint den Beweis erbracht zu haben, daß nirgends Vorräte in Überschuß vorhanden sind, und daß die meisten Betriebe der Metall verarbeitenden Industrien eher zu knapp als zu reichlich versorgt sind. Am „grauen" Markt erzielte Kupfer 33 cts je lb und Zink zwischen 30 und 32 cts je lb. Bei Blei hat sich die Angebotslage etwas gebessert. In Zinn war das Geschäft schleppend bei verhältnismäßig geringen Preisschwankungen.

Metalle

Der kurze Hausseanlauf, der die Entwicklung in der Vorwoche kennzeichnete und nur nachholte, was auf dem grauen Markt bereits Tatsache war, wobei sich die offiziellen Preisheraufsetzungen noch in mäßigen Grenzen hielten, ist in der neuen Woche bereits zum Stillstand gekommen. Offenbar hat die Entwicklung des Krieges in Korea abkühlend auf manche Kreise, besonders in den Vereinigten Staaten gewirkt, die der Meinung waren, daß jetzt der Zeitpunkt für Spekulationen à la hausse gekommen sei. Man konnte annehmen, daß je weiter die Preise steigen, desto größer die Wahrscheinlichkeit eines Preiseinbruches werden würde, der durch irgendeinen Umstand ausgelöst werden konnte. Die Wendung im Korea-Krieg scheint sich jetzt als ein solcher Umstand zu erweisen. Die Spekulation ist vorsichtig geworden. Kommt es erst zu Abgaben von dieser Seite, so ist bei der heutigen Preishöhe für Metalle mit Überraschungen zu rechnen. Besonders in Westdeutschland scheint man sich von der „Metallpsychose" noch nicht befreit zu haben. Altmetalle werden weitaus höher bewertet, als es den Richtpreisen für Neumetalle entspricht, wobei allerdings zu sagen ist, daß auch diese Preise nur auf dem Papier stehen, weil man dafür eben kein Metall bekommt. In der letzten Zeit hat sich, was kaum zu verstehen ist, ein lebhafter Metallschmuggel von Westdeutschland nach Ostdeutschland entwickelt, an dem auch der Berliner Altmetallhandel, der es in dieser Beziehung besonders leicht hat, beteiligt war. Auch jetzt sind in Westberlin ostdeutsche Aufkäufer noch tätig, die bereit sind, gute Westmarkpreise zu zahlen. Ob dieses Metall der ostdeutschen Wirtschaft zugute kommt, oder ob es den Weg weiter nach Osten macht, ist nicht festzustellen. Eine große Wahrscheinlichkeit für diese Annahme ist jedoch vorhanden.

Kupfer: Die jetzt bekanntgegebene Kupferstatistik des American Copper Institute zeigt gleichfalls die außerordentlich angespannte Lage des amerikanischen Kupfermarktes, der Ende Juli nur noch über 48 506 sh/t Raffinadekupfervorräte verfügte. Die Kupfervorräte außerhalb der Vereinigten Staaten haben sich dagegen etwas von 138 482 sh/t Ende Juni auf 149 368 sh/t Ende Juli erhöht. Die Rohkupfererzeugung hat sich in den USA von 96 734 sh/t im Juni auf 83 215 sh/t im Juli verringert, ist dagegen außerhalb der USA von 108 106 sh/t auf 121 370 sh/t gestiegen. Die Raffinadekupfererzeugung ist in den USA von 112 983 sh/t auf 96 734 sh/t gesunken, außerhalb der USA etwas von 91 143 sh/t auf 94 609 sh/t gestiegen. Die Ablieferungen gingen im Juli in den USA an Raffinadekupfer auf 96 734 sh/t zurück gegen 113 983 sh/t im Juni und stiegen außerhalb der USA auf 69 663 sh/t gegen 64 348 sh/t. Im Weltmaßstab sind mit Ausnahme der Rohkupfererzeugung, die 206 685 sh/t betrug gegen 204 840 sh/t im Juni und der Raffinadebestände, die sich leicht auf 188 622 sh/t gegen 186 809 sh/t erhöhten, sowohl Erzeugung (191 343 sh/t gegen 205 116 sh/t) als auch die Ablieferungen (160 045 sh/t gegen 180 613 sh/t) geringer gewesen als im Juni. Die Politik des festen Preises, die vom englischen Versorgungsministerium auf Grund der offiziellen New Yorker Notierungen befolgt wird, hat letzthin Kritik bei den englischen Verbrauchern und auch beim Handel gefunden, weil man der Meinung ist, daß der englische Kupferpreis in den USA und auch in Europa weit überholt wird, was zur Folge hat, daß die Versorgung der englischen Industrie in Schwierigkeiten geraten könnte, wenn die gegenwärtige Kupferknappheit noch einige Zeit anhält.

Zinn: Den Zinnmarkt kann man auch gegenwärtig nur als unsicher bezeichnen, wenn auch die wilden Preisschwankungen der letzten Wochen etwas gemildert sind. Das englische Versorgungsministerium hat vor kurzem über 3000 lg/t Zinn am New Yorker Markt abgegeben — wie das Metal Bulletin berichtet, zu „guten Preisen" — und zusammen mit umfangreichen Abgaben der Refiro, haben sich die Gemüter in den Vereinigten Staaten etwas abgekühlt. Die Nachfrage ist dort nicht mehr so rege, und bei der Bedeutung der Vereinigten Staaten als Zinnkonsumenten, kann das nicht ohne Rückwirkung auf die Preisbildung bleiben. Für Rechnung des englischen Versorgungsministeriums sind zudem weitere Mengen an Straitszinn auf dem Wege nach den USA. Weitere 1500 lg/t malaiischen Zinns wurden nach London auf den Weg gebracht, die bei ihrer Ankunft die Lage für promptes Zinn wesentlich entspannen werden. In englischen Kreisen rechnet man damit, daß selbst bei einer Wiedereinführung der Preiskontrolle für Zinn in den Vereinigten Staaten der Preis kaum unter 183 Dollarcents je lb (etwa 824 £ je lg/t) liegen würde. Inwieweit bei dieser Ansicht der Wunsch der Vater des Gedankens ist, muß natürlich dahingestellt bleiben. Selbstverständlich liegt den Engländern bei der Bedeutung des Zinns für die englische Volkswirtschaft an dem maximalen Zinnpreis.

Blei: Auch der Bleimarkt ist in den letzten Wochen zumindest in beschränktem Umfang von der Hausse-Stimmung ergriffen worden. Die Nachfrage hat sich gebessert, doch ist die Versorgungslage nicht so angespannt wie beispielsweise bei Kupfer. Aus England wird berichtet, daß kontinentale Verbraucher durchaus bereit sind, bis zu 149 £ je lg/t für Sterlingblei zu zahlen. Westdeutschland ist in den letzten Wochen vom Bleiexporteur zum Bleiimporteur geworden, soweit es möglich ist, Blei am Weltmarkt zu kaufen. Die Ursache soll in dem starken Nachlassen des Altbleiangebots zu suchen sein.

Zink: An der festen Haltung des Zinkmarktes hat sich auch in der Berichtswoche nichts geändert. Das Angebot an Zink bleibt weiter bedeutend hinter der Nachfrage zurück, und es überrascht nicht, daß die Preise ausgesprochen fest liegen. Das trifft nicht nur für die Vereinigten Staaten zu, sondern auch für England und Westdeutschland neben den anderen kontinentalen Verbrauchsländern. Englischen Berichten ist zu entnehmen, daß um die Eindeckung besorgte kontinentale Verbraucher bereit sind, zwischen 168 und 170 £ je lg/t zu zahlen. Dem englischen Versorgungsministerium ist es trotz der angespannten Versorgungslage am Zinkmarkt gelungen, beträchtliche Quantitäten für die Lieferung im ersten Quartal 1951 abzuschließen. Wahrscheinlich würden die Zinkpreise heute auch offiziell bedeutend höher liegen, wenn nicht die amerikanischen Erzeuger den Preis strikt unter Kontrolle halten würden. Wie berichtet wird, sind jedoch die Vorräte bei den amerikanischen Gesellschaften auf etwa 18 000 t zurückgegangen. Wie lange es ihnen unter diesen Umständen möglich sein wird, das Davonlaufen der Preise zu verhindern, bleibt abzuwarten.

Wolframerz: Eine besondere Würdigung verdient zur Zeit der Wolframerzmarkt. Die Lieferungen aus China und Korea an die westliche Welt sind seit einiger Zeit vollständig versiegt. Naturgemäß ist das Angebot an prompter Ware außerordentlich zurückgegangen, und inwieweit Ware in der Hoffnung auf spätere Preissteigerungen zurückgehalten wird, ist nicht zu erkennen. Soweit aus anderen Erzeugerländern Wolframerz angeboten wird, wird die Ware den Erzeugern aus der Hand gerissen. In Portugal wiederholt sich der „Wolframrausch" des zweiten Weltkrieges gegenwärtig. Man glaubt nicht, daß die Erzeuger und auch der Handel über größere Bestände verfügen, und rechnet damit, daß die Preishausse für Wolframerz auch heute noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, um so mehr als die heutigen Preise durchaus nicht zu einer Angebotssteigerung geführt haben. Mit Zwangsmaßnahmen wie Bewirtschaftung und Preiskontrolle wird man dieser Situation nicht Herr werden. Zum Teil beginnen die Verbraucher zum Molybdän abzuwandern, soweit dies technisch möglich ist. Der englische Preis liegt zwischen 18/15 £ und 11/5 £, der amerikanische zwischen 31 und 35 Dollar.

Metallpreise vom 20. 9. 50

	Engl. in £ je lg/t	USA in cts. je lb	Westd. in DM je 100 kg
Kupfer	202/ 0/0	22,50—24,50	239,50
Blei	139/10/0	16,00	157,50
Zink	147/10/0	17,50	171,50
Zinn	796/ 0/0	102,50	971,00
Aluminium	114/10/0	17,00	—

Auslandsbörsen

PARIS: schwächer

Bei gegenüber der Vorwoche erheblich verringerten Umsätzen war die Haltung der Pariser Effektenbörse im abgelaufenen Berichtsabschnitt allgemein schwächer. Zu Beginn der Berichtswoche boten die Meldungen vom Kriegsschauplatz in Korea — es gingen Gerüchte um, daß die nordkoreanische Regierung durch Vermittlung der UN Verhandlungsmöglichkeiten für einen Frieden erkunde — stärkere Anregung. Namentlich in indochinesischen Werten kam es hierauf zu einer stärkeren Kauftätigkeit, während Goldminen-Aktien unter Angebot litten. Im Laufe der Woche bestand fast allgemein Neigung zu Gewinnmitnahmen, die eine Kursreaktion nach sich zogen. Auf einzelnen Märkten war eine stärkere Betätigung der Spekulation festzustellen. Von internationalen Werten standen Mexican Eagle und belgische Emissionen mehr im Vordergrunde. Argentinische Werte lagen indessen gedrückt, da zwischen der argentinischen Regierung und der Quilmes-Brauerei über den Streitfall durch die diesem Unternehmen zum Vorwurf gemachte Steuerhinterziehung bisher keine Einigung erzielt werden konnte. Am Markt der Auslandsbonds waren japanische Emissionen mehrfachen bedeutenden Schwankungen unterworfen und lagen im Vergleich zur Vorwoche schwächer. Französische Renten konnten sich bei ruhigem Geschäft nicht immer voll behaupten.

	22. 9. 50	15. 9. 50
3%ige Ewige Rente	5 710	5 730
Credit Lyonnais	1 300	1 308
Caoutchous Indochine	365	382
Kuhlmann	1 375	1 405
Schneider Creusot	4 400	4 650
Canadian Pacific	6 005	6 325
Shell	2 680	2 700
De Beers	3 313	3 360
Rio Tinto	16 650	17 200
Suez-Kanal	87 700	90 000

SCHWEIZ: widerstandsfähig

Abgesehen von wenigen Ausnahmen hielten sich die Kursveränderungen an den Schweizer Börsen im Vergleich zur Vorwoche in engen Grenzen. Im großen und ganzen war trotz stärkerer Gewinnrealisationen eine beachtliche Widerstandsfähigkeit unverkennbar. Hierzu trugen die Erfolge der UN-Truppen in Korea bei. Bemerkenswert ist die feste Verfassung der deutschen Werte, da die Meldungen, denen zufolge der Kriegszustand mit Westdeutschland bald beendet werden soll, Kaufinteresse auslösten, wie überhaupt die Beschlüsse der Außenministerkonferenz in New York deutschen Wertpapieren und den Anteilen von Gesellschaften mit deutschen Interessen eine Stütze boten. Gegen Wochenschluß war die Haltung etwas freundlicher, jedoch nahm die Kauftätigkeit nicht annähernd den Umfang der Vorwoche an. Am Markt der Auslandsvaluten konzentrierte sich das Hauptinteresse weiterhin auf amerikanische Eisenbahnaktien, die auf Grund der günstigen Ertragsaussichten gefragt waren. Argentinische Emissionen bröckelten erneut ab. Am Obligationenmarkt gaben schweizerische Anleihen überwiegend nach, während Auslandsbonds stetig tendierten oder sogar höher notiert wurden.

LONDON: freundlich

Die Londoner Effektenbörse stand im ersten Teil der Berichtswoche im Zeichen der durch die angekündigte Verstaatlichung der britischen Stahlindustrie ausgelösten innerpolitischen Spannungen. Der Sieg der Labour-Regierung gegenüber dem Mißtrauensantrag Churchills, durch den die Neuwahlen aufgeschoben worden, verstärkte später das Kaufinteresse. Hierbei standen Industriepapiere im Vordergrunde, da man damit rechnet, daß die aus dem Verkauf von Stahlaktien im Zusammenhang mit der Verstaatlichung der britischen Stahlindustrie freiwerdenden Kapitalien in Industrieaktien Anlage suchen dürften. Auch auf den übrigen Marktgebieten wurde der Grundton freundlicher, so daß im Schnitt gegen die Vorwoche Kurssteigerungen überwogen. Von Auslandsbonds wurden deutsche und japanische Emissionen durch feste Tendenz gekennzeichnet, da man erwartet, daß mit diesen Ländern in Kürze Friedensverträge abgeschlossen werden. Japanische Anleihen vermochten indessen den erhöhten Kursstand nicht voll zu behaupten. Britische Staatspapiere unterlagen mehrfachen Schwankungen, tendierten im allgemeinen aber eher fester. Südafrikan. Goldminen wiesen keine einheitliche Kursbewegung auf, da in diesen Werten eine stärkere Betätigung der Spekulation festzustellen war. Diamant-Aktien zogen zeitweise aus Käufen für Pariser Rechnung Nutzen. Am Markt der Schiffahrts- und Maschinenbauwerte fielen Vickers-Stammaktien gegen Wochenschluß durch eine kräftige Steigerung auf, für die die Erhöhung der Interims-Dividende von 2 auf 2½ Prozent ursächlich war. Von Kupferaktien waren Nchanga gefragt, da Gerüchte über eine Sitzverlegung des Konzerns die Kaufneigung anregte. Zu erwähnen ist noch die stärkere Nachfrage nach British-Borneo-Petroleum aus Übersee, die zeitweise auf leere Märkte stieß.

	22. 9. 50	15. 9. 50
2½%ige Consols	72	71⅛
5%ige Dawes-Anleihe	22½	21
5½%ige Young-Anleihe	17½	16
7%ige Deutsche Kalianleihe	63	62
6½%ige Deutsche Kalianleihe	61	59½
Rio Tinto	18	17⅞
Royal Dutch	23¼	20⅛
Anglo Iranian	139/-	136/-
Courtaulds	38/9	38/7½
Imperial Chemicals	43/4½	42/3
Reuters Index für		
Goldminenwerte	90,7	88,4
Industriewerte	134,1	131,8
Kaffirwerte	111,1	109,5

NEW YORK: fester

Im Zusammenhang mit den Ereignissen auf Korea konzentrierte sich das Kaufinteresse an der New Yorker Effektenbörse im abgelaufenen Berichtsabschnitt weitgehend auf Anteile solcher Gesellschaften, die ausschließlich Güter für den zivilen Bedarf produzieren. Werte der Schwerindustrie traten vorübergehend etwas in den Hintergrund. Die bedeutenden Kurssteigerungen der letzten Zeit führten jedoch mehrfach zu umfangreichen Gewinnmitnahmen, zumal da in Börsenkreisen die Ansicht vorherrscht, daß selbst eine erfolgreiche Beendigung des Korea-Feldzuges nicht unbedingt eine Garantie für eine Klärung der internationalen politischen Lage bedeuten müsse. Im übrigen bekundete man eine gewisse Zurückhaltung und suchte sich Klarheit über die Auswirkungen der Kreditbestimmungen, der Steuermaßnahmen und der Bewirtschaftung kritischer Materialien auf die Gesellschaftseinnahmen zu verschaffen. Eisenbahnaktien standen weiterhin im Vordergrund, da die Frachtwagengestellungen der letzten Woche um 18,5 Prozent größer waren als in der entsprechenden Woche des Vorjahres und auch für den Rest des Jahres mit günstigen Einnahmen gerechnet werden kann. Durch die erneuten Kursgewinne erzielte der Durchschnittskurs für 20 Eisenbahnwerte mit 67,96 den höchsten Stand seit 20 Jahren. Sonderbewegungen wiesen ferner United States Smelting Refining and Mining Company und General Electric auf. Das erstgenannte Papier erzielte mit einem Kurs von 51⅞ einen neuen Höchststand, wofür in erster Linie die Meldungen über die Ölvorkommen der Gesellschaft maßgebend waren. Bei General Electric bot die Einigung zwischen der Konzernverwaltung und CIO-Gewerkschaft Anregung, da hierdurch der Streik beendet wird.

	22. 9. 50	15. 9. 50
30 Industriewerte	226,04	225,88
20 Eisenbahnwerte	67,96	66,74
40 Industrieanleihen	101,63	101,13
15 Versorgungsbetriebe	39,06	39,31
Moody's Index	475,0	475,1

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die aktuelle Reportage:

OFFENBURG – Tor zum Westen

Am 29. September beginnt in Offenburg die Ortenauer Herbstmesse. Diese Messe hat schon eine gewisse Tradition. Seit 1924 wird sie jährlich am 1.-Oktober-Sonntag beginnend, abgehalten. Der Krieg unterbrach diese Tradition und in diesem Jahr findet die Messe zum erstenmal wieder nach Kriegsende statt. Ursprünglich war die Ortenauer Herbstmesse eine reine Landwirtschaftsmesse, eine Messe der und für die Landwirtschaft. Allmählich wurde daraus auch eine Schau der in Offenburg und dem weiteren Gebiet der Ortenau ansässigen Industrie. Auch auf dieser ersten Messe nach dem Krieg wird die Offenburger und benachbarte Industrie ausstellen. Vor der Messe, nämlich am 23. September, sind die Weine der Ortenau prämiiert worden, ebenso wie Edelbranntweine der Bauern dieser Gegend. Die Weine der Ortenau, die sich von nördlich Lahr bis ins Bühlertal erstreckt, gehören bekanntlich zu den guten Sorten badischer Weine. Um den kaufenden Weinhändlern immer Gelegenheit zu geben, die Weine dieser Gegend zu probieren und anzukaufen, wird eine Weinprobierstube in Offenburg errichtet. Die Stadt Offenburg selbst ist ja auch Winzer; denn ihr gehört das bekannte Andreas-Gut. Aber auch die Edelbranntweine aus dieser Gegend sind gut bekannt. Im südbadischen Kleinbrennerverband sind die vielen tausend Bauern zusammengeschlossen, die ein Brennrecht haben. Dieses Brennrecht gehört in dieser Gegend einfach zu einem mittleren Bauernbetrieb hinzu; denn das Brennrecht trägt wesentlich zur Rentabilität des bäuerlichen Betriebes bei.

Offenburg ist als Eisenbahnerstadt entstanden. Der große Durchgangsverkehr gibt ihm heute noch sein Gepräge. Sowohl auf der Bahn wie auf der Straße ist hier der Schnittpunkt der Rheinstrecke mit der Schwarzwaldstrecke. Auch der Geschäftsreisende macht gern in Offenburg Station, zumal ausgesucht gute Gaststätten und Hotels zur Verfügung stehen. Nach der Freigabe vieler Hotels und Restaurants durch die Besatzungsmächte haben die Wirte und Hoteliers keine Mühe gescheut, die Räume zu renovieren und wieder in einen Zustand zu versetzen, der den Aufenthalt angenehm macht. Wie wir feststellten, sind die Preise auch in den besten Lokalen verhältnismäßig niedrig.

Die Industrie in Offenburg ist gut beschäftigt. Es fiel uns auf, daß aus fast allen Branchen mindestens ein Betrieb in Offenburg ist. Weiter ist bemerkenswert, daß es keinen wirklichen Großbetrieb gibt, der mit seiner Größe alles andere überschattet und der Stadt und seiner Bevölkerung das Gepräge gäbe. Es ist ein Vorteil für Offenburg, daß es so ist. Ein paar mittelgroße Betriebe und ein paar kleinere, aus vielen Branchen gemischt und mit starker Landwirtschaft und fruchtbarem Boden umgeben, ergibt eine gesunde krisenfeste Wirtschaft mit minimalen sozialen Spannungen. Der größte Betrieb in Offenburg, ein Verlag, hat etwa 700 Arbeiter und Angestellte. Einige der mittleren Firmen, die zwischen 150 und 300 Mann beschäftigen, haben wir persönlich aufgesucht und uns den Betrieb zeigen und erklären lassen. Bei allen diesen Firmen fiel uns ein Gemeinsames auf: sie sind alle Familienbetriebe, sind vom Vater auf den Sohn vererbt und sind meist nicht einmal in eine Gesellschaftsform gegossen. Etwas Patriarchalisches wehte uns beim Besuch dieser Betriebe an. Gesunde bodenständige Industrie mit verantwortungsbewußten und traditionstreuen, persönlich haftenden Unternehmern.

Die neu errichtete Bleicherei der Spinnerei Clauß; im Hintergrund rechts ein ganz moderner großer Trockenofen

Stahlbauwerk Müller

Kommt man von Karlsruhe nach Offenburg, so liegt rechts an der Chaussee, ehe man ins Innere Offenburgs eindringt, das Stahlbauwerk Gustav Müller, das nun schon über 100 Jahre besteht. 1842 wurde es als kleine Werkstatt gegründet und 1926 übernahm es Gustav Müller, der jetzige Besitzer, und vergrößerte es seit dieser Zeit laufend — und es wird weiter vergrößert; denn eine neue Halle ist projektiert und zum Teil schon im Werden. Das Werk ist mit seinen 250 Mann gut beschäftigt. Das Produktionsprogramm ist sehr umfangreich. In der großen Halle, die den Feinmeßbau beherbergt, sahen wir die Herstellung der Transparente. Das sind die vielen, von innen beleuchteten Reklameschilder, die wir an den Straßen und an den Häusern, an den Gaststätten und Hotels wiederfinden. Daneben läuft in dieser Halle die Herstellung der Werkzeugschränke, Ölkabinette, Ölkessenständer und der Teile für die Schnellbenzinstationen, also Ausrüstungsgegenstände für die Tankstellen und Reparaturwerkstätten.

In der anderen großen Halle werden die größeren Objekte hergestellt und teilmontiert: Die Masten für die Überlandleitungen, Brückenbauteile und andere Stahlkonstruktionen. Die Firma Müller ist ja führend im Stahlhochbau und im Brückenbau. Sie hat u. a. die Stahlkonstruktionen für das Stadttheater Freiburg geliefert. Auch Konstruktion für die Kranbereitung sind ein Spezialgebiet dieser Firma. Vom Stahlblechbau sahen wir die Herstellung von Wänden mit den Fensterausschnitten für Stahlhäuser. Auch Absaugvorrichtungen für große Silo-Anlagen sind von der Firma Müller erstellt worden. Man sieht: ein umfangreiches Produktionsprogramm.

Lederfabrik Walz

Fahren wir nun durch Offenburg durch am Rathaus mit seinen blumengeschmückten Fenstern vorbei in eine stille Straße, die Badstraße, dann kommen wir zunächst links zur Lederfabrik Otto Walz K. G. Sie beschäftigt 85 Mann, ist 70 Jahre alt und seit dieser Zeit in Familienbesitz. Sie gerben nur Sohlleder. Der Gerbvorgang hat noch etwas stark Handwerkliches, auch wenn er, wie hier, in großer Fabrikation betrieben wird.

Bei unserem Rundgang durch das Werk sahen wir zuerst die vielen Eichen- und Fichtenrindenlager. Dann kamen wir in den großen Raum, in dem die Häute vorgearbeitet werden. Dort wird das Salz beseitigt und die Häute und die Häler, die für sich gegerbt werden, abgeschnitten. So entsteht der Doppel-Krupon. Im weiteren Arbeitsgang ist das Entfernen der Haare und das Entfernen der Fleischhautscheren. Die Haut ist nun zum Gerben fertig und die Vergerbung beginnt, da sind große Gruben, in die die Häute gehängt werden.

In der eigentlichen Gerberei sehen wir Grube an Grube. Der trockene Gerbstoff, bestehend aus Eichenrinde, Fichtenrinde und ausländischen Gerbstoffen, wird eingestreut und Krupon auf Krupon mit zwischengestreutem Gerbstoff gelegt. Gerbbrühe wird dann noch zugesetzt und in dieser Grube bleiben die Häute viele Wochen und wieder beginnt der gleiche Vorgang: Die Häute werden herausgeholt und wieder in eine andere Grube mit etwas stärkeren Gerbstoffen eingelegt. Rund acht Monate dauert der Produktionsprozeß. Anschließend an die Gerbung werden die Häute getrocknet und gewalzt und das Leder ist fertig, wie es der Schuhmacher braucht. Die ausgelaugte Lohe wird gepreßt, getrocknet und im Kraftwerk verheizt.

Stahlbauwerk Müller, die neue Halle im Bau

Leinenweberei Clauß

Ein paar Häuser weiter auf der rechten Seite der Badstraße liegt die Leinenweberei und Bleicherei Walter Clauß. Auch ein Familienbetrieb. Der Enkel Oskar Clauß führt jetzt das Geschäft. Der Großvater gründete 1865 die Firma. Man hat auf dem Gelände schönes weiches Wasser und hatte früher große weite Wiesen, um dort das gewebte Leinen, die Tischtücher, Bettücher und Handtücher zu bleichen. Der Großvater hat nur Leinen gewoben. Um die Jahrhundertwende ging man dann auch dazu über, Halbleinen zu weben, also die Kette aus Baumwolle zu nehmen. In diesem Krieg hatte die Firma einen großen Bombenschaden: Die Bleicherei wurde völlig zerstört. Inzwischen ist sie neu aufgebaut und ganz modern eingerichtet. Auch die alte Lufttrockenanlage ist durch eine riesige moderne Trockenanlage ersetzt worden, die in dem neuen Gebäude der Bleicherei steht. 1945 fing man mit 20 Arbeitern wieder an; heute sind es schon wieder 170 Mann. Meist sind es eingeführene, schon lange in der Firma tätige Männer. In dem großen Webesaal steht Webstuhl an Webstuhl. Einige Webstühle gingen durch die Zeit nach 1945 verloren, aber inzwischen sind modernere und schneller arbeitende Maschinen angeschafft worden. Es war für die Firma ein großes Glück, daß ihr die Karten nicht verlorengingen, mit denen sie ihre Muster webt. Überall sahen wir diese, an die Hollerith-Lochkarten erinnernden Karten hängen, und wie von Zauberhand geschrieben lief auf dem Mittelstreifen des Handtuchstoffs der Name des Hotels oder der Anstalt, für die dieses Leinen bestimmt ist. Die schönen alten Muster für die Tischwäsche sind heute wieder zu Ehren gekommen und werden verlangt. Eine Spezialität von Clauß ist das Einweben von Namen in die Wäsche. Es war eine Freude, die viele schöne Leinenwäsche wieder zu sehen. Aber auch farbige Tischtücher sahen wir auf den Webstühlen. Die Firma ist gut beschäftigt und hat große Exportaufträge.

Vivil

Daß das bekannte natürliche Pfefferminz „Vivil" in Offenburg hergestellt wird, erfährt der Reisende schon auf dem Bahnhof in Offenburg und der Autofahrer sieht auf der Brücke über die Geleise die beiden großen Transparente. Jeder Offenburger kennt unter dem Stichwort „Pfefferminze" die Fabrik in der Moltkestraße. Auch sie ist ein Familienbetrieb. Seit der Gründung im Jahre 1902 in Händen der Familie Müller. Der jetzige Besitzer Dr. Müller wird noch vermißt, aber ein Sohn, wenn auch noch minderjährig, ist da und damit ein Nachfolger. Das Eigenartige an dieser Fabrik ist, daß sie seit der Gründung immer nur Pfefferminz-Tabletten hergestellt hat. Die eigentliche Gründung erfolgte im Elsaß. Nach dem ersten Weltkrieg kam die Familie Müller mit dieser Fabrik nach Offenburg und richtete sich in einer Kaserne die heutige Fabrik ein. In hellem Weiß leuchtet der Bau uns entgegen und der Zaun ist gerade in dem frischen Grün gestrichen, den wir auf der Packung von Vivil sehen. 200 Mann arbeiten heute dort. Es muß in 2 Schichten, oft sogar in 3 Schichten gearbeitet werden, um die Nachfrage zu befriedigen. Der mengenmäßige Umsatz ist heute weit mehr als doppelt so hoch wie in den besten Friedensjahren. Man hat sich hier nie auf Experimente eingelassen, sondern immer nur die 3 Packungen hergestellt, die jeder kennt: die kleine und die große mit den viereckigen Tabletten und die Rolle mit den runden.

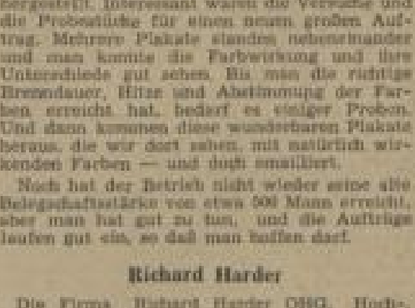
Betreten wir den 1. Stock des Fabrikgebäudes, dann sehen wir, wie der gemahlene Zucker mit den Bindemitteln vermischt wird, dann wieder zerkleinert und durch den riesigen Trockenofen langsam durchläuft. Am Ende des Raums stehen die Maschinen, in denen das Pfefferminz diesem Zucker zugefügt wird. Wieder muß der Zucker gemahlen werden und kommt dann in die Maschinen, die die Tabletten pressen. Die Tabletten kommen dann in großen Blechbüchsen in den 2. Stock, wo eine Verpackungsmaschine neben der anderen steht und die fertigen, bekannten grünen Päckchen herauswirft. Nirgendwo in der Produktion kommt die menschliche Hand mit dem Zucker und den anderen Bestandteilen zusammen.

Wer ein Vivilpäckchen aufmacht, hat sicher schon festgestellt, daß es in einer Aluminiumfolie verpackt ist. Aromafest verpackt, das ist die Lösung. So kann Vivil sie die Frische seiner Wirkung verlieren. Frisch, gesund, froh gestimmt. Wie wichtig ist das richtige und frische Atmen! Da man immer und überall frisch atmen will, ist auch Vivil überall, wo etwas los ist. Überall liegt es aus, bei allen Veranstaltungen wird es angeboten. Vivil ist überall dabei.

Hier werden die Vivil-Pfefferminztabletten aromafest verpackt

Plakatfabrik C. Robert Dold

Wenn eine Stadt eine so werbefreudige Firma wie Vivil beherbergt und damit schon zeigt, daß sie dem Markenartikelgedanken treu und in der Werbung modern ist, dann ist es eigentlich selbstverständlich, daß sie auch eine Firma hat, die nur Werbeplakate herstellt. Wir meinen die Ätz- und Emaillierwerke C. Robert Dold. Eine der bekanntesten Plakatfabriken in Deutschland. Dem Leser sei dabei erklärt, daß hier nicht Plakate auf Papier, sondern Plakate auf Eisenblech gemeint sind. Vom einfachsten Emailleschild bis zum künstlerischen mit vielen Farben und vielen Farbennuancen werden hier gearbeitet. 250 Mann sind allein in diesem Betrieb beschäftigt, der immerhin schon 56 Jahre alt ist. Früher wurden 60% der Produktion exportiert. Heute fängt der Export wieder langsam an. Wir dürfen keine Geheimnisse verraten, aber wir sahen Schilder für die bekanntesten Markenartikel und für die größten Firmen.



Ein Blick in die Lederfabrik Walz

Es ist ein langer Produktionsweg, bis das Schild, das jahrzehntelang in Wind und Wetter halten soll, fertig ist. Die Firma gibt eine Garantie, daß die Schilder 30 Jahre rostfrei und farbbeständig bleiben. Da heißt es sorgfältig arbeiten und trennen. Jede Farbe wird extra aufgetragen und extra gebrannt. Die Grundfarben werden länger gebrannt als die anderen. Die großen Buchstaben und andere Teile des Plakats werden mit Schablonen aufgetragen, andere Farben werden aufgedruckt. Dabei ist das Schablonieren negativ, nämlich die Farbe wird zunächst einmal auf der ganzen Fläche aufgetragen und gebrannt, dann wird die Schablone aufgelegt und alles von dieser Farbe weggebürstet, was nicht in dieser Farbe sein soll.

Daß eine solche Produktion große und weite Räume braucht, weil die großen Schilder in den erheblichen Mengen immer wieder auf großen Ständern aufgestellt und getrocknet werden müssen, ergibt sich von selbst. Die großen Brennöfen sieht der Leser hier im Bild. Ein besonderer großer Raum nimmt die Schlosserei auf, wo die Bleche gestanzt, gelormt und gebohrt werden. In den Kellerräumen wird geätzt und vorbehandelt. In einem anderen Raum werden die Zeichnungen, die Schablonen usw. hergestellt. Interessant waren die Versuche und die Probestücke für einen neuen großen Auftrag. Mehrere Plakate standen nebeneinander und man konnte die Farbwirkung und ihre Unterschiede gut sehen. Bis man die richtige Brenndauer, Hitze und Abstimmung der Farben erreicht hat, bedarf es einiger Proben. Und dann kommen diese wunderbaren Plakate heraus, die wir dort sahen, mit natürlich wirkenden Farben — und doch emailliert.

Noch hat der Betrieb nicht wieder seine alte Belegschaftsstärke von etwa 500 Mann erreicht, aber man hat gut zu tun, und die Aufträge laufen gut ein, so daß man hoffen darf.

Die Brennöfen der Plakatfabrik C. Robert Dold

Richard Harder

Die Firma Richard Harder OHG. Hoch-, Tief- und Ingenieurbau in Offenburg, gegründet 1897 in Kehl a. Rh., führt als Bauunternehmung neben anderen Bauarbeiten insbesondere Straßen- und Brückenbauten aus, unter besonderer Berücksichtigung neuzeitlicher Konstruktionsmethoden wie Verbundbauweise, Spannbeton u. a. Aber auch Brücken mit Holzüberbau in Nagelbauweise werden ausgeführt, wie z. B. die Kinzigbrücke bei Steinach im Jahre 1948 mit einer Gesamtlänge von 91 m, einer Fahrbahnbreite von 7 m, wobei der Unterbau (Widerlager und 4 Pfeiler) massiv ausgeführt ist. (Siehe Bild.) Von den zur Zeit vorherrschend gewesenen Wiederaufbauarbeiten, an denen die Firma Harder beteiligt ist, wären u. a. zu erwähnen: Wiederaufbau Stadttheater Freiburg i. Br. mit dem Teilabbruch und der Neuerstellung des zirka 40 m hohen Bühnenhauses, Kehler Wiederaufbau mit der Wiederherstellung des Wasserturmes unter Verwendung des Torkretbetonverfahrens (Stahlbetonmantel), sowie des Turmes der kath. Pfarrkirche in Kehl. Das Torkretbetonverfahren bietet die Möglichkeit, die Funktion von beschädigten Baukonstruktionsteilen wieder herzustellen, wodurch es sich in vielen Fällen erübrigt, diese Teile von Grund auf neu zu erstellen. Eine weitere spezielle Sparte der Firma ist die Ausführung von Entrümpelungsarbeiten mit Großgerät (Bagger, Kranen).

Mittelbadischer Baustoff-Vertrieb Inhaber Franz Schweiß

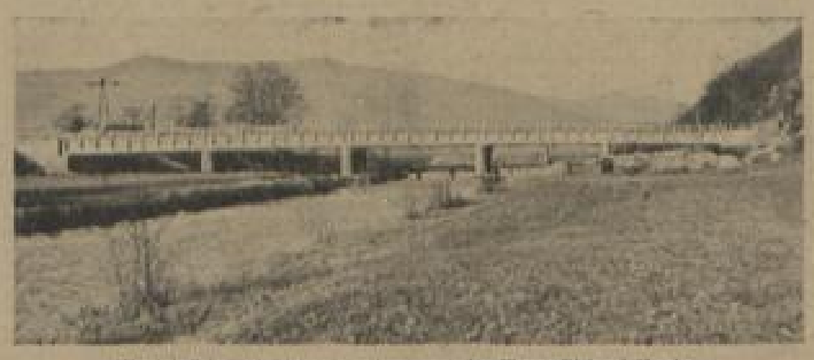
Der Konkurrenzkampf, der in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts zwischen den in Mittelbaden ansässigen Ziegelwerken ausgefochten wurde, brachte den gesunden Gedanken, durch den Zusammenschluß in einer Verkaufsstelle den Kampf zu beenden und vernünftige Marktverhältnisse in der Ziegelindustrie zu schaffen. Diese Idee führte 1906 zur Gründung der Mittelbadischen Ziegelverkaufsstelle GmbH mit Sitz in Offenburg. In den ersten Jahren wirkte sich diese Gründung für die Gesellschafter segensreich aus, bis die Verkaufsstelle durch Verluste in finanzielle Schwierigkeiten geriet.

In dieser Situation übernahm der bisherige Prokurist Franz Schweiß 1914 die Geschäftsführung und brachte es durch Umsicht und sparsamste Geschäftsführung soweit, daß die Verluste wieder aufgeholt und geregelte Verhältnisse geschaffen wurden. Als Anerkennung für diese erfolgreiche Arbeit übertrugen die Gesellschafter 1920 das Geschäft, dem inzwischen eine Baustoffhandlung mit einer Zweigniederlassung in Appenweier angegliedert wurde, dem Geschäftsführer pachtweise.

1924 gingen sodann sämtliche GmbH-Anteile durch Kauf in den Besitz des bisherigen Pächters Franz Schweiß über. Von diesem Zeitpunkt ab wurde das Schwergewicht auf den Baustoffhandel, verbunden mit Kohlen- und Düngemittelhandel, gelegt und das Geschäft durch Eröffnung weiterer Niederlassungen in Achern, Lahr-Dinglingen, Lörrach und Freiburg i. Br. bedeutend erweitert. Es gilt heute als führende Baustoffhandlung Mittel- und Südbadens. 1936 erfolgte die Auflösung der GmbH und Änderung der Firma auf den heutigen Namen: Mittelbadischer Baustoff-Vertrieb, Inh. Franz Schweiß.

Dem erfolgreichen Wirken von Franz Schweiß setzte am 2. Februar 1941 ein Schlaganfall ein jähes Ende. Jetzige Inhaberin ist die Witwe des Verstorbenen, Frau Luise Schweiß, welche das Geschäft im Sinne des bisherigen Inhabers mit einem Stab bewährter und treuer Mitarbeiter weiterführt und es trotz ungünstigen Kriegsausgang zu seiner heutigen Bedeutung brachte.

H.



Kinzigbrücke bei Steinach, gebaut von der Firma Richard Harder

Mittelbadischer Baustoff-Vertrieb Offenburg
Inhaber Franz Schweiss
Zweigniederlassungen in Appenweier, Achern, Lahr-Dinglingen u Freiburg Brsg.
Die führende Baustoffgroßhandlung Mittel- und Südbadens

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg